Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 12. November 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 266

Preissenkungsschwindel schon zerplatzt

Aber mit dem allgemeinen Lohnraub wird es ernst, wenn Ihr Arbeiter nicht den Gegenangriff, den Streik, organisiert!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 12. November.

Die von der bürgerlichen Presse groß aufgezogene Preis-„Senkung" entpuppt sich schon nach 24 Stunden als der ungeheuerlichste Betrugsindel, den es gibt. Die Brotfabriken geben bekannt, daß sie eine Preissenkung von 2 Pf. auf das Brot, und zwar nur für zwei Monate durchführen wollen. Wenn die von vielen behauptete Kostensenkung nicht eintritt, werden die Preise wieder erhöht. Bei den Bäckern beträgt die Brotpreisverbilligung tatsächlich auch nur 3 Pf.

Die Senkung der Schweinefleischpreise um 5 Pf. ist überhaupt nicht durchgeführt worden.

Es wurde eine merkwürdige Erklärung abgegeben. Die Preissenkung sei so zu verstehen, daß die Spanne zwischen Viehpreisen und Einzelverkauf um die fraglichen 5 Pf. pro Pfund herabgesetzt werden soll und die Senkung der Ladenpreise nicht eintritt, da die Schweinepreise in der letzten Woche um 10 Mk. gestiegen sind. Auf dem gestrigen Berliner Viehmarkt sind die Schweinepreise jedoch tatsächlich um 5 Mk. pro Zentner Lebendgewicht gesunken.

Mit den Milchpreisen verhält es sich ebenso. Dort tritt überhaupt keine Preissenkung ein, da die großen Milchlieferanten, die die Meierei Bolle und die Stadtgüter-Gesellschaft, von einer Verbilligung nichts wissen wollen.

Der Milchhändler-Verband aber sagt, er habe nur einer Senkung der Preise um 1 Pf. zugestimmt, wenn die Handelsspanne 12 Pf. betrügt. Das sei aber zur Zeit nicht der Fall, sie betrage nur 10 Pf. Deshalb könne ein Preisabbau bei der Milch nicht stattfinden.

Lohnraub-Schiedsspruch gegen die sächsischen Metallarbeiter

(Eig. Ber.) **Dresden**, 11. November.

In den Manteltarif-Verhandlungen für die sächsische Metallindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen unerhörten Passus über die Senkung der Akkordlöhne enthält. Nach dieser Bestimmung soll es künftig möglich sein, für Betriebe,

„die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, zwecks Hereinnahme eines mit Verlust verbundenen Auftrages eine Vereinbarung zu treffen, die eine Kürzung der sonst üblichen Akkordlöhne vorsieht."

Diese Bestimmung gibt den Unternehmern die bequemste Möglichkeit zur **Senkung der Löhne**, sie brauchen nur **ihre Aufträge** als Verlustaufträge **zu bezeichnen**. Dadurch, daß betrieblich eine Akkordabsenkung möglich gemacht wird, wird der ganze Bezirkstarif illusorisch und dem willkürlichen Lohnabbau überall der Weg geebnet. Die sächsischen Metallarbeiter müssen sich gegen diesen Schiedsspruch zur Wehr setzen.

Für die Proleten von Lauchhammer und für alle Metallarbeiter unseres Bezirks ist der sächsische Schandspruch eine ernste Mahnung:

Auch im Niederlausitzer Tarifgebiet und überall sonst wird nach dem Muster von Berlin und Sachsen der Lohnraub durchgeführt werden, wenn die Arbeiter nicht sofort darangehen, den Gegenstoß, den Streik unter Führung der RGO., unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen zu organisieren.

Drohender Lohnraub an den Holzarbeitern

Unternehmer kündigen den Tarif

(WTB.) **Berlin**, 12. November.

Der im Reichsverband des deutschen Tischlergewerbes zusammengeschlossene Tischler-Landes-Fachverbände haben beschlossen, soweit unter die Wirkung des Manteltarifvertrages für das deutsche Holzgewerbe fallen, den geltenden Manteltarifvertrag mit Wirkung zum 28. Februar 1931 zu kündigen.

Zörgiebel erneut am Pranger

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 12. November

Vor dem Schnellschöffengericht in Moabit wurde der Genosse Heidrich gestern nachmittag zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel beleidigte und einen Arbeitermörder nannte. Die Verhandlung fand unter größtem Andrang von Publikum und Presse statt. Während der Verhandlung war das Schöffengericht in Moabit von riesigen Polizeiaufgeboten umstellt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Genossen Heidrich eine Gefängnisstrafe von einem Jahr.

Die Verhandlung drohte wiederholt aufzufliegen, da der Rechtsanwalt Litten den bisherigen Berliner Polizeipräsidenten, eben den Zörgiebel, als den Anstifter der 33 Mai-Morde bezeichnete.

Einen Eindruck machte das Verhalten des Genossen Heidrich, der sich tapfer zu seiner Tat bekannte.

Gehaltsraub bis 1934

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 12. November.

Das Reichskabinett hat beschlossen, über den 1. März 1931 hinaus, bis 1934, den 6prozentigen Abbau der Beamtengehälter durchzuführen. Der Entwurf des Gesetzes erfaßt nur die Reichsbeamten. Es handelt sich um die Gehälter bis zu 1500 Mk. abwärts. Betroffen werden davon auch die Wartegehalts- und Pensionsempfänger, die Hinterbliebenenbezüge und Abfindungen der Soldaten. Die Kinderzulagen und Aufwandsentschädigungen sind vom Abbau ausgenommen. Schließlich kündigt die Brüning-Regierung noch an,

daß die Bestimmungen auch auf die Gehälter der Beamten in den Ländern und Gemeinden ausgedehnt werden sollen und daß man auch an den Bezügen der Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Körperschaften nicht vorübergehen könne.

Für die Beamten der Länder und der Gemeinden ist die Gehaltskürzung zusammen mit anderen Vorschriften in einem Gesetzentwurf zur Einsparung des Personalaufwands für die öffentlichen Körperschaften enthalten.

Erfolge der streikenden Berliner Bau- und Geldschrankschlosser

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 12. November.

In einer Branchenversammlung der streikenden Bau- und Geldschrankschlosser wurde berichtet, daß

bereits 32 der bestreikten Betriebe mit etwa 400 Beschäftigten die Forderungen der Streikenden auf Verhinderung eines Lohnabbaues und eine Erhöhung der Löhne um 10 Pf. schriftlich anerkannt haben.

Am Freitag dieser Woche finden wiederum Verhandlungen statt. Die streikenden Bau- und Geldschrankschlosser sind nach ihrem viereinhalbwöchigem Streik trotz Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie gewillt, jeden Pfennig Lohnabbau abzulehnen.

„Empörungs"komödie der DMV.-Bürokratie

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 12. November.

Die widerliche Komödie gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft wird von den Gewerkschaftsführern und der Brüning-Regierung weiter fortgesetzt.

Gestern tagte der Hauptvorstand gemeinsam mit den Bezirksleitern des DMV., der, nach der offiziellen Mitteilung der DMV.-Bürokratie, seine „Empörung über den gefällten Schiedsspruch" zum Ausdruck brachte. Heute findet eine Beiratssitzung statt, in der sicherlich eine weitere „Empörungs"-Resolution angenommen wird, die an der Sache natürlich nichts ändert.

Die „Empörungs"-Resolution der DMV.-Führer und die Preis-„Abbau"-Aktion der Brüning-Regierung haben das gleiche Ziel: Die ungeheure Empörung in den Arbeitermassen und den wachsenden Willen der Berliner Metallarbeiterschaft, dem Lohnraub Widerstand zu leisten, abzudämmen.

In der offiziellen Mitteilung über die gestrige Sitzung des Vorstandes des DMV wird der Versuch gemacht, die Metallarbeiter im Reiche zu beruhigen. Brandes soll nach dem offiziellen Bericht erklärt haben:

„Wenn die Arbeitgeber versuchen würden, den im Berliner Schiedsspruch vorgesehenen 8prozentigen Lohnabbau auch im Reich durchzuführen, so würden sie auf den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften stoßen."

Wie dieser „schärfste Widerstand" aussieht, wissen die Arbeiter zur Genüge vom Berliner Kampf. Kein Metallarbeiter wird diesen Verrätern auch nur einen Funken von Glauben schenken.

Es gilt, im Reiche die Metallarbeiter streikreif zu machen und unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Widerstand zu rüsten.

Wer kann den Faschismus schlagen?

Halle, 12. November.

Knapp zwei Monate sind vergangen seit dem Tage, wo sechs Millionen deutsche Werktätige auf die Demagogie der Nationalsozialisten hineinfielen, — und schon in zwei Monaten haben die Nazis es fertiggebracht,

durch die Tat ihre Wahlphrasen auf das Gründlichste zu widerlegen.

Sie haben sich gegen die Zerreißung des Young-Planes, gegen den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gestellt, ihre ganze Innenpolitik war — wie Hitler vor dem Reichsgericht sinnfällig demonstriert hat — darauf eingestellt, sich koalitionsfähig zu schwören, mit wohlbezahlten Ministerposten teilhaftig zu werden an der Führung Young-Deutschlands, an leitender Stelle im Reiche und in Preußen Kopfsteuer und Mietwucher einführen zu können, wie sie es in Thüringen getan haben. Haben sie, wie jetzt in Oldenburg, einen kleinen Wahlerfolg, so begrüßt ihn das nationalsozialistische Zentralorgan, der „Völkische Beobachter", mit dem charakteristischen Ausruf: „Der dritte nationalsozialistische Innenminister ist fällig!" Als ob die von den Nazis an der Nase herumgeführten Massen von den Ministergehältern ihrer Bonzen fett würden!

Je krasser sich die Nazis als eine ganz gewöhnliche Erfüllungs- und Koalitionspartei entlarven, desto stärker wird der Wille der arbeitenden Massen, mit dieser Partei, die offensichtlich nur zur Irreführung und Niederknüppelung der werktätigen Massen im Interesse des Großkapitals dient, aufzuräumen, den Faschismus politisch zu schlagen. Die Naziführer ihrerseits wissen sehr gut, daß sie unseren politischen Argumenten nicht gewachsen sind, daß die von ihnen irregeführten Massen, sobald die Fragen klar stehen, ins Lager der Revolution, ins Lager des Kommunismus übergehen werden. Darum suchen sie mit terroristischen Mitteln die Aufklärung der von ihnen irregeführten Massen durch die Kommunisten zu verhindern — wofür die Vorgänge der letzten Tage in Halle ein bemerkenswertes Beispiel sind. Gerade jetzt in Halle hat sich aber auch die ganze Größe des Kampfwillens der werktätigen Massen gegen den Faschismus gezeigt: Aus dem Versuch der SA. zur Unterbindung der kommunistischen Aufklärungsarbeit unter den Nazi-Arbeitern entwickelte sich eine Kette mehrtägiger, teilweise sehr schwerer **Zusammenstöße in fast allen Stadtteilen** — mit dem Ergebnis, daß **die Terrorgruppen der Nazis von den Arbeitern in ihre Löcher zurückgejagt und die Kräfteverhältnisse im roten Halle eindeutig klargestellt wurden.** Die Sozialfaschisten, deren Verhältnis zu den Nazis darin besteht, daß sie durch fortgesetzten Verrat an den Arbeiterinteressen Werktätige ins Nazi-Lager treiben, auf der anderen Seite aber durch ihren Polizeiterror die Bekämpfung des Faschismus verhindern, — diese Herrschaften konnten natürlich nicht verstehen, was sich vor ihrer Nase abspielte und stellten tiefgründige Betrachtungen darüber an, warum die Kommunisten, die vor einigen Wochen im „Straßenparlament" auf dem Universitätsring tage- und nächtelang mit den Nazis diskutiert haben, sich nun mit ihnen plötzlich auf den Straßen herumschlügen. Aber die Arbeiter verstehen sehr gut, daß beides notwendig ist: daß man die von den Nazis irregeführten Massen aufklären, aber gleichzeitig auch den Nazi-Terror abwehren muß, wenn man den Faschismus wirklich schlagen will.

Die sozialfaschistischen Führer als treue Hüter der Ausbeutergesellschaft sehen die ungeheure Gefahr, die für sie in dem wachsenden Kampfwillen der Arbeitermassen gegen den Faschismus liegt. Sie sehen, wie sich überall antifaschistische **Betriebswehren, Erwerbslosenstaffeln, Ortsgruppen des Kampfbundes gegen den Faschismus** unter Führung der Kommunistischen Partei bilden.

Sie sehen die Gefahr, die ihren Herren und Auftraggebern von dieser Massenbewegung droht, — und suchen sich ihr, so gut es geht, entgegenzustellen.

Bei den rechten Sozialfaschisten reicht es ja kaum weiter als bis zum Schimpfen und zum Polizeiterror, die „linken" Zeitzer und auch einige ihrer Hallenser Freunde, wie Alex Möller, versuchen es mit raffinierteren Methoden. Mit furchtbarem Gebrüll verkünden die Bergholz und Konsorten, daß sie in Zeitz ebenso wie ihre „linken" Brüder in Sachsen eine „antifaschistische" Kampforganisation aufziehen wollen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold muß die Fahnen, von denen es seinen Namen hat, zu Hause lassen, sich rot maskieren und gemeinschaftlich mit allerlei sozialdemokratischen Sportvereinen als „roter Schutzbund" aufmarschieren. In finsterer Nacht werden unter Leitung sozialdemokratischer Landräte geheimnisvolle Uebungen abgehalten. Mit allen Mitteln der Suggestion und der Reklame soll vor den arbeitenden Massen der Eindruck erweckt werden, daß Bergholz es schon schaffen, daß Bergholz, wenn er schon nicht das Mandat bekommen konnte, so doch den Faschismus niederwerfen wird.

Man muß in der proletarischen Oeffentlichkeit mit aller Klarheit feststellen, daß diese Maskeraden nicht nur lächerlich, sondern auch gefährlich sind,

weil sie die Arbeiter vom wirklichen Kampfe gegen den Faschismus abhalten.

Würden die Bergholz und Konsorten größere Massen kampfwilliger Arbeiter organisieren können, so wäre das politische Ergebnis im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0001

Angesichts einer gleichartigen Situation passiert wie in Oesterreich bei der Musterpartei der „linken" Zeitzer, wo die Disziplin des Republikanischen Schutzbundes nur dazu diente, die Arbeiter zur kampflosen Abgabe ihrer Waffen an die faschistische Reaktion zu veranlassen. Jeder denkende Arbeiter muß verstehen, daß die Abwehr des Faschismus nicht Sache von Leuten sein kann, die wie ein Chamäleon je nach der politischen Situation die schwarz-rotgoldenen oder die roten Fahnen aushängen, von Leuten, die — nachdem sie von ihren Reichsbanner-Brüdern Brüning und Marx den Fußtritt bekommen haben und beim besten Willen mit dem bankrotten Reichsbanner-Geschäft keinen Kredit mehr bekommen können — einen neuen Laden aufziehen, um die Arbeiter an der Nase herumzuführen. Ob das Zeitzer Reichsbanner vor einigen Jahren die Plakate seiner Führung geklebt hat: „Wählt Sozialdemokraten, oder Demokraten, oder Zentrum!" (für die Wähler kam es ja praktisch wirklich aufs gleiche hinaus, welche von diesen Parteien sie gewählt haben) oder ob sie heute mit Anschein zu erwecken, daß die SPD., die Partei, die den Brüning geoifte und darum auch ihrer Dienerin, der SPD., ist, daß gerettet und den Metallarbeiterstreik erwürgt hat, eine Partei des Kampfes gegen den Faschismus sei — beides kommt aufs gleiche hinaus: Mit verschiedenen Methoden sollen die Arbeiter an die Brüning und Konsorten gekettet, dem Faschismus wehrlos ausgeliefert werden.

Denn das muß jedem Proleten klar sein: Wer mit Brüning ist, kann nicht gegen den Faschismus kämpfen und wer mit der SPD. ist, der ist mit Brüning.

Wir wissen sehr gut, daß tausende ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter im Zeitzer Revier gegen den Faschismus kämpfen wollen. Aber gerade darum ist es unsere Pflicht, ihnen reinen Wein einzuschenken, ihnen zu sagen, daß sie unter Führung der Bergholz und Konsorten, unter Führung der Parteigenossen von Severing und Urich nicht gegen den Faschismus kämpfen können, daß der Faschismus die letzte Zuflucht der Bourgeoisie und darum auch ihrer Dienerin, der SPD. ist, daß

der Weg zum Sieg über den Faschismus über den Bruch mit der Partei des Arbeiterverrats führt.

Jawohl, Einheitsfront gegen den Faschismus — aber wirkliche Einheitsfront, Einheitsfront auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes! Wer soll den Bergholz und Konsorten, den Parteigenossen der Severing und Hörsing glauben, daß sie im Ernst gegen die Reichsbannerpolitik sind (und mögen sie noch so viel Phrasen gegen die Koalitionspolitik machen), wo Bergholz doch nur durch den Verlust seines Mandats davor beschützt wurde, wie seine „linken" Genossen aus Sachsen für den Brüning stimmen zu müssen, wo der „Volksbote" den Verrat an den Berliner Metallarbeitern deckt? Unter Führung dieser Leute kann man nur dorthin kommen, wohin die österreichischen Arbeiter unter ähnlicher Führung gekommen sind — und darum gibt es für alle Proleten, die ehrlich gegen den Faschismus kämpfen wollen, nur einen Ausweg:

Schließt Euch zusammen in den Betrieben und Stempelstellen, organisiert den proletarischen Selbstschutz auf breitester Grundlage, schafft rote Betriebswehren und Erwerbslosenstaffeln, um mit geschlossener Kraft den Faschismus abwehren zu können! Schließt alle Kräfte der antifaschistischen Abwehr zusammen!

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Was hat der Berliner Metallarbeiter vom „Preisabbau"

Sofort nach Fällung des Lohnabbau-Schiedsspruches für die Berliner Metallindustrie setzt eine neue Welle des Preisabbauschwindels ein. Der rücksichtslose Lohnraub soll mit diesem Preisabbau-Geschrei beschönigt werden. In den letzten Tagen hat der Hochschutz-Zollminister Schiele mit Vertretern des Lebensmittel-Gewerbes verhandelt, und nun wird als große Preissenkung angekündigt, daß ab 13. November in Berlin der Preis für das Normalbrot von 50 Pf. auf 46 Pf., der Preis für das Pfund Schweinefleisch um 5 Pf. und für das Liter Milch um 1 Pf. herabgesetzt werden soll. Diese in Aussicht gestellten winzigen Preisabschläge werden von der ganzen kapitalistischen Presse ärmend hinausposaunt, doch

alle übertrifft dabei der „Vorwärts".

Währenddem die übrigen kapitalistischen Zeitungen in ihren Ueberschriften sagen, daß Brot, Fleisch und Milch billiger werden, setzt der „Vorwärts" an die Spitze seines Blattes die riesige Ueberschrift: „Lebensmittel billiger". Geringfügige Preisabschläge für einige wenige Lebensmittel, die nach der Senkung der Weltmarktpreise selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus nicht mehr ganz zu umgehen sind,

sollen zum Vorwand genommen werden, den Arbeitern den Lohn radikal zu kürzen.

Dabei sind die bis heute eingetretenen und in Aussicht gestellten Preisabschläge einsch winzig gegenüber dem Lohnteil, den der Arbeiter in letzter Zeit bereits verloren hat.

Was kommt heraus, wenn das Brot, die Milch und das Schweinefleisch (die anderen Fleischsorten und die Wurst sollen nicht billiger, sondern nur noch teurer werden) um einige Pfennige verbilligt werden? Der Konsum der Arbeiterfamilien ist so eingeschränkt, daß dieser „Preisabbau" in der Woche nur den Bruchteil einer Mark ausmacht.

Was aber verliert z. B. ein Berliner Metallarbeiter, dem jetzt nach dem Schiedsspruch der Brauns, Singheimer und Jarres der Lohn um 8 Prozent gekürzt wird?

Seit einem Jahre sind die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 Prozent des Lohnes auf 6½ Prozent gesteigert worden, wovon der Arbeiter die Hälfte zu tragen hat.

Der Arbeiter verlor allein durch diese Steigerung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 1½ Prozent seines Lohnes. Zusammen mit den 8 Prozent Lohnabbau bedeutet das schon eine direkte Kürzung des Nominallohnes um beinahe 10 Prozent, d. h. des Tariflohnes, denn die Akkordsätze und die übertariflichen Löhne sind ununterbrochen noch tiefer gesenkt worden.

Dazu kommt aber noch die indirekte Entwertung des Lohnes durch die Steigerung der Verkehrs-, Gas- und Elektrizitätstarife, durch die Steigerung der Mieten und die Steigerung der Preise für viele sonstige wichtige Lebensbedürfnisse, die an Hand offizieller Ziffern nachgewiesen werden können. Infolge der Zollwucher-Politik der Müller- und Brüning-Regierung hat sich ja die Senkung der Preise auf dem Weltmarkt in Deutschland nicht ausgewirkt, im Gegenteil, die Preise sind noch gestiegen.

Zur Illustration der Zollwucherpolitik sei nur die Tatsache angeführt, daß der Berliner Weizenpreis im Juli 1929 um 60 Mark pro Tonne höher war, als in Chikago, im September 1930 betrug der Unterschied bereits 130 Mark.

Nach den offiziellen Ziffern des statistischen Reichsamtes sind eingangs Reihe von Lebensmitteln in den letzten Monaten im Preise gestiegen, und zwar sowohl im Großhandel wie im Kleinhandel. Wir greifen folgende Beispiele heraus:

Es kostete	Mai 1930	Sept. 1930
Weizenmehl im Kleinhandel pro Kilo . .	0,56 Mark	0,59 Mark
Ochsenfleisch im Großhandel pro Kilo . .	0,58 „	0,60 „
Ochsenfleisch im Kleinhandel pro Kilo . .	0,94 „	0,95 „
Butter im Kleinhandel pro Kilo	3,23 „	3,49 „

Nach denselben offiziellen Ziffern des Statistischen Reichsamtes stieg seit Juni:

Der Brotpreis (Roggen)

in Essen von 45 auf 48 Pfennig, in Hannover von 34 auf 35 Pfennig, in Dortmund von 36 Pfennig auf 38 Pfennig, in Magdeburg von 34 auf 35 Pfennig, in Königsberg von 36 auf 38 Pfennig.

Der Weizenmehlpreis (pro Kilo)

in Berlin von 58 auf 59 Pfennig, in Hamburg von 54 auf 55 Pfennig, in Dresden von 60 auf 64 Pfennig, in Essen von 60 auf 64 Pfennig, in Hannover von 59 Pfennig auf 60 Pfennig, in Königsberg von 60 auf 64 Pfennig, in Dortmund von 54 auf 60 Pfennig.

Der Preis für Rindfleisch mit Knochen (pro Kilo)

in Hamburg von 2,30 Mark auf 2,32 Mark, in Essen von 2,20 Mark bis 2,22 Mark, in Frankfurt a. M. von 2,06 Mark auf 2,10 Mark.

Der Preis für Bauchfleisch (pro Kilo)

in Berlin von 1,99 Mark auf 2,08 Mark, in Hamburg von 1,92 Mark bis 2,08 Mark, in Breslau von 1,80 Mark bis 1,82 Mark, in Hannover von 1,82 Mark auf 2,08 Mark, in Stuttgart von 2,40 Mark bis 2,50 Mark, in Magdeburg von 1,96 Mark auf 2,10 Mark, in Lübeck von 1,90 Mark auf 2 Mark.

Doppelt und dreifach wird die deutsche Arbeiterschaft ausgeraubt und diese Ausplünderung wird noch verschärft werden. Denn

die Durchführung des Brüning-Programms muß eine weitere Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse mit sich bringen.

So muß die geplante Wohnungspolitik die Mieten hinauftreiben, die geplante Zollerhöhung auf Zucker die Tabakpreise unerhört steigern.

Angesichts all dieser Tatsachen wird sich die deutsche Arbeiterschaft von dem Preisabbauschwindel nicht blufflen lassen und sich den Lohnraub zur Wehr setzen. Das große Elend der Millionen Erwerbslosen zwingt das Proletariat, um die 40-Stunden-Woche bei vollem Ausgleich und um Erhöhung der Löhne zu kämpfen, ohne Rücksicht auf die Unternehmerprofite und auf die niedergehende kapitalistische Wirtschaft.

Niederlage der Faschisten bei den österreichischen Wahlen

Die Wahlen zu dem Nationalrat in Oesterreich haben den Faschisten nicht den erhofften Erfolg gebracht, den sie sich von dem Auftrieb, den die faschistische Bewegung auf Grund der deutschen Reichstagswahlen erhielt, versprochen haben. Der Heimwehrfaschismus hielt sich für stark genug, um mit eigenen Listen in den Wahlkampf zu gehen. Er wurde in diesem Wahlkampfe geschlagen und erhielt ganze acht Mandate. Ebenso erhofften die Nazis einen größeren Erfolg. Aus diesem Grunde trennten sie sich in letzter Minute von der Heimwehr und stellten eigene Listen auf. Die Taktik der Nazis in Oesterreich wurde von Hitler befohlen. Das Ergebnis ist ein klägliches.

Ganze 180 000 Stimmen haben die Nazis trotz stärkster Unterstützung der deutschen Nazis erhalten.

Man versteht, daß deshalb bei den deutschen Nazis eine Katerstimmung über den Ausgang der Wahlen in Oesterreich herrscht und der „Völkische Beobachter" nur kleinlaut darüber berichtet.

Natürlich ist der Wahlausfall in Oesterreich nicht entscheidend für den Vormarsch des Faschismus. Die demokratische und sozialdemokratische Presse in Deutschland will den Arbeitern weismachen, daß durch den Wahlausgang die faschistische Gefahr in Oesterreich zurückgeschlagen worden sei. Besonders die Sozialdemokratie stellt dies als einen Erfolg der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs hin.

In Wirklichkeit ist aber die Gefahr der offenen Errichtung der faschistischen Diktatur noch nie so groß gewesen wie gerade jetzt in Oesterreich.

Der Heimwehrminister Starhemberg hat schon vor den Wahlen angekündigt, daß die Heimwehr, mögen die Wahlen ausfallen, wie sie wollen, nicht daran denkt, die Macht wieder aus den Händen zu geben. Die Sozialdemokratie in Oesterreich wird natürlich, das zeigt ihre ganze bisherige Politik, einem faschistischen Staatsstreich nicht den geringsten Widerstand entgegensetzen, sondern wie bisher fortfahren, bei der Entwaffnung und Wehrlosmachung der Arbeiter takträtig mitzuhelfen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß, ähnlich wie in Deutschland, die Christlich-Sozialen (die Zentrumspartei) die Sozialdemokraten durch die Drohung der Bildung einer faschistischen Regierung veranlassen werden, die Seipel-Politik offen zu unterstützen, und es ist ebensowenig nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten dem Beispiel der Müller, Wels und Hilferding folgen werden, „um die Demokratie zu retten". Aber auch in diesem Fall kann es sich nur um ein kurzes Zwischenspiel handeln, das dem Faschismus um so sicherer zur vollen Macht verhilft, nachdem er jetzt schon wichtige Machtpositionen in der Hand hat.

Gemeindewahlen in Oldenburg

(Eig. Bericht.) **Oldenburg**, 10. November.

Gegenwärtig finden im Freistaat Oldenburg die Gemeindewahlen statt. Am vergangenen Sonntag wurde in den Städten Oldenburg, Delmenhorst und Rüstringen gewählt. In der folgenden Aufstellung gibt die erste Klammerzahl die Stimmen an, die bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 gegeben wurden, die zweite nennt die Zahl der Sitze in der alten Gemeindevertretung. Es erhielten Stimmen:

Oldenburg-Stadt: Kommunisten 1672 (2285) Mandate 1 (2). Sozialdemokraten 4410 (6780) Mandate 7 (10). Nationalsozialisten 10 490 (8530) Mandate 18 (1). Deutschnationale 2 (1733), 3 (4). D. Volksp., Volkskonservative und Zentrum 1 (6228) 4 (11). Wirtschaftliche Vereinigung 1424 (1806) 2 (3). Demokraten 1763 (3606) 3 (8).

Delmenhorst: Kommunisten 1397 (am 14. Sept. 1734) Mandate 3 (1). SPD. 4450 (5382), Mandate 10 (16). NSDAP. 2556 (3[illegible]) 6 (0). Bürgerliche Einheitsliste 4915 (versch. Part. früher 11 [illegible]).

Stadt Rüstingen: Kommunisten 1730 Stimmen, 2 Sitze (1 Sitz) Wahl 2104. SPD. 10 762 Stimmen, 13 Sitze (16). N.-Wahl 1[illegible] Bürgerliche Front 2763 Stimmen, 3 Sitze (—). N.-Wahl [illegible] NSDAP. 6308 Stimmen, 8 Sitze (1) N.-Wahl 5869. Zentrum [illegible] Stimmen, — Sitze (—) N.-Wahl 592 Nationalsozialisten 123 Stimmen, — Sitze (—). Christlichsoziale 138 Stimmen.

Die Kommunisten haben in Delmenhorst und Rüstringen gegenüber der letzten Gemeindewahl die Zahl ihrer Mandate verdoppeln beziehungsweise verdreifachen können. Die Stimmen der Reichstagswahl sind nicht gehalten worden. Schwere Verluste gegenüber den letzten Stadtrats- sowohl wie den Reichstagswahlen erlitten die SPD. und die anderen bürgerlichen Parteien bis auf die Nazis, die in Oldenburg und Rüstringen noch einen Stimmengewinn erhielten. Ein abschließendes Urteil wird erst nach Beendigung der Gemeinderatswahlen in Oldenburg möglich sein.

„Lieber dürfen sich am Arbeitsplatz ein Zuchthausregime bieten lassen"

A.-K. Wenn Proleten kampflos alles hinnehmen, dann haben bald im Betriebe ein Zuchthausregime. Daß auch Steinsetzerbetriebe ein solches dulden, ist besonders traurig, waren doch die Steinsetzer-Kollegen immer diejenigen, die die Unternehmerwillkür am ehesten zurückwiesen.

Bei der Steinsetzerfirma Bär in Bitterfeld kann von einem kämpferischen Verhalten der Belegschaft nicht die Rede sein. Sie würden Ausdrücke wie „Schafsköpfe", „Schweine" und „Schweinehund" von seiten der Unternehmerknechte nicht fallen. Die Belegschaft muß sich eine anständige Behandlung erkämpfen. Sie muß weiter den randalierenden Unternehmer mit der Axt auf stehende Mißstände stoßen. Sie muß nur allem eine Bade[illegible] fordern, einen heizbaren Ofen. Sie muß einen Lautschacht fordern, den abends Wasser bereitstellt zum Waschen. Sie muß wundfreies Handwerkszeug fordern und alle ihre Forderungen dem nötigen Druck versehen. Der Unternehmer muß erkennen, daß die Belegschaft ernst macht, daß sie bereit ist, mit dem Streik ihren Willen durchzusetzen.

Die Firma R. Reiß, Liebenwerda, führt Entlassungen für weiteren Lohndruck durch

A.-K. Die große Weiß- und Handelsfirma R. Reiß, G. m. b. H. in Liebenwerda wird von der Wirtschaftskrise immer mehr erfaßt. Die Betriebsleitung versuchte mit den raffiniertesten Rationalisierungsmethoden sich bisher immer herauszuwirtschaften. Doch es gelang nicht. Solange sie Leute wie Wilke, Ebert usw mit „Ministergehältern an der Spitze des Betriebes hat, solange geht das nichts werden. Die Belegschaft arbeitet seit September 1930 verkürzt. Sie ist im Laufe der letzten Jahre von 500 auf 150 Mann herabgesunken. In den letzten vierzehn Tagen wurden weitere 70 Mann auf das Straßenpflaster geworfen. Jetzt sind sie wieder eingestellt worden. Schlauberger machen die Belegschaft für den Rückgang des Betriebes verantwortlich. Einzig und allein liegen die Vorgänge bei Reiß im kapitalistischen System begründet.

Die Arbeiter haben nicht danach zu fragen, ob die Unternehmer existieren können, sondern ob sie selbst existieren können. Denn sie sogar für den halben Wochenlohn arbeiten müssen, bevor sie ließe sich der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems [illegible] noch nicht aufhalten.

Massenerwerbslosigkeit und Massenelend wird es in Zukunft geben, solange die Kapitalisten ihre Millionen im Ausland [illegible] bringen und solange alle Lasten aus der arbeitenden Bevölkerung herausgepreßt werden. Der „Fall" der Firma Reiß, Liebenwerda ist ein Fall, der sich täglich zu Tausenden ereignet, wird die Bevölkerung [illegible] schaft nur anspornen, mit allen Mitteln für die Beseitigung des kapitalistischen Systems, für ein freies Sowjet-Deutschland zu kämpfen. Die Firma versucht noch, mit Lohndruck weiterzukommen. Die Proleten, durchkreuzt die Manöver. Ihr sollt die Lasten der Krise tragen, der Unternehmer will noch lange nicht [illegible] der Hut!

Oberbürgermeister Sinzheimer und seiner sozialfaschistischen Auftraggeber

Oeffentliche Anfrage an das „Volksblatt"

Herr Prof. Sinzheimer, „linker" Sozialdemokrat und Beauftragter der freien Gewerkschaften im Lohntarifkomitee von Berlin, veröffentlicht eine Erklärung über die Beweggründe seiner Abstimmung für den 8prozentigen Lohnabbau. Kurz gesagt, kommt sie darauf hinaus, daß er zwar „eigentlich" gegen „eine Lohnsenkung in dem ausgesprochenen Ausmaße" (also für eine etwas geringere Lohnsenkung) sei, daß er aber sich „im Schiedsgericht davon überzeugte, daß eine Lohnsenkung in Höhe von 8 Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war" — geplant durch Jarres und Brauns,

die von der DMV.-Bürokratie als Schiedsrichter eingesetzt worden waren.

Um nicht eine 8proz. Lohnsenkung „mit sofortiger Wirkung durch Mehrheitsbeschluß des Schiedsgerichts eintreten zu lassen", hat Sinzheimer dann „mit seiner Stimme wenigstens eine zeitliche Hinausschiebung dieser Senkung zu erreichen gesucht" — d. h. er erklärte sich bereit, mit seiner Stimme, der der freien Gewerkschaften, den 8proz. Lohnraub zu decken, wenn er dafür zeitlich hinausgeschoben würde.

Das „Volksblatt" nennt — mit Rücksicht auf die Erbitterung der Metallarbeiter — diese Erklärung „befremdlich", ohne aber auch nur den Versuch zu einer konkreten Kritik an Sinzheimer zu machen, zu sagen, was S. nach Meinung des „Volksblatt" zu tun gehabt hätte. Eine solche Stellungnahme würde auch schwer sein —

Sinzheimer hat nichts weiter getan, als was seine reformistischen Auftraggeber dauernd tun,

er hat nach der berühmten Theorie des „kleineren Uebels" gehandelt, hat den Lohnraub mit seiner Stimme gedeckt, um eine kleine Milderung" herauszuhandeln. Mit welchem Recht wollen die Leute, die solche Verratshandlungen dauernd begehen, den Sinzheimer kritisieren? Er könnte sich ihnen gegenüber darauf berufen, daß nach dem, was sie getan hatten, man der im voraus erfolgten Anerkennung des Brauns-Jarres-Spruches die Gewerkschaften ohnehin schon die moralische und politische Verantwortung für den Inhalt des Spruches vor den betrogenen Arbeitern trugen — gleichgültig, ob sich dann Sinzheimer die Demonstration des Dagegenstimmens erlaubte, eine Demonstration, die nur dann Sinn hatte, wenn man die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Nichtanerkennung des Spruches, das heißt zur Durchbrechung der von ihren Bonzen getroffenen Vereinbarung aufforderte. Ohne diese Aufforderung war auch ein Gegenstimmen Sinzheimers leere Augenauswischerei und die Sozialfaschisten, die den Verrat begangen, den Spruch im voraus anerkannt haben, sind nicht berechtigt, ihm einen Vorwurf daraus zu machen, daß er als echter Sozialfaschist bei der Durchführung des Lohnraubs mitwirkte und dabei die sozialfaschistische Theorie vom „geringeren Uebel" anwandte. Oder ist das „Volksblatt" der Meinung, daß Sinzheimer zur Durchbrechung des verbindlichen Spruches hätte aufrufen sollen? Das wäre auch eine Taktik gewesen — eine für die Arbeiter verständliche Taktik, die aber den Bankrott der reformistischen Bürokratie, den Zusammenbruch der von ihr zur Rettung Brünings getriebenen Politik bedeutet hätte.

Sehr geehrte Herren vom „Volksblatt"! Schütteln Sie nicht mit einigen abfälligen Bemerkungen die Verantwortung für Sinzheimer von sich ab, sondern sagen Sie uns und allen mitteldeutschen Proleten: Was hätte Sinzheimer Ihrer Meinung nach machen sollen? Um Antwort wird gebeten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0002

Die Anklageschrift der GPU. gegen die konterrevolutionäre „Industriepartei"

Französischer Angriffsplan gegen die Sowjetunion aufgedeckt

Das scharfe Schwert der proletarischen Justiz trifft alle Feinde des sozialistischen Aufbaus

Moskau, 11. November. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit: Die von Krylenko unterzeichnete Anklageschrift in Sachen der konterrevolutionären Organisation „Industriepartei" wurde veröffentlicht. Angeklagt sind Ramsin, Ballinikow, Laritschew, Tischernowski, Fedotow, Kupriianow, Otschkin und Sitnin.

Es heißt in der Anklage u. a.: Die Obengenannten traten zu verschiedenen Zeitpunkten den Schädlingsorganisationen in einzelnen Industriezweigen bei, zu dem Zweck, durch die Anwendung der verschiedensten Schädigungsformen dem Wirtschaftsleben der Sowjetunion möglichst großen Schaden zuzufügen und so die Stellung der Sowjetregierung zu untergraben und die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie zu erleichtern. Die Angeklagten vereinigten sich zu einer einheitlichen Organisation, die sie „Ingenieurtechnisches Zentrum" nannten. Zweck dieser Gründung war eine systematische und planmäßige Leitung der Sabotage in allen Industriezweigen.

Die Angeklagten überzeugten sich jedoch später auf Grund der wachsenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus von der Aussichtslosigkeit ihrer Versuche, diesen Aufbau zu hemmen und vereitelten mit Hilfe des Schädlingswesens die wirtschaftliche und politische Herrschaft der Bourgeoisie wieder herzustellen; sie kamen zu der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, die Sowjetregierung mit bewaffneter Hand zu stürzen und die kapitalistische Ordnung auf gewaltsamem Wege wieder herzustellen. Zu diesem Zweck wandelten sie ihre Organisation zu einer politischen Partei unter der Bezeichnung „Industriepartei" um.

Die Angeklagten traten mit ins Ausland geflüchteten ehemaligen Besitzern nationalisierter Betriebe in Verbindung, die ein sogenanntes „Handels- und Industrie-Komitee" gebildet hatten. Sie konzentrierten nunmehr auf Grund einer Vereinbarung mit diesem Komitee ihr Schädlingstätigkeit auf eine bewaffnete Intervention des Auslandes. Zu diesem Zweck nahmen sie den finanziellen Beistand des „Handels- und Industrie-Komitees" und ausländische Staaten in Anspruch.

Gleichzeitig traten die Angeklagten auch durch dieses Komitee in verbrecherische Beziehungen mit französischen Regierungskreisen, die sich zur Aufgabe gesetzt hatten, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen, und zwar mit dem ehemaligen Chef der französischen Regierung, Poincaré, und dem Außenminister Briand, sowie den drei französischen Generalstabsoffizieren Joinville, Janin und Richard, die nach den Anweisungen der erstgenannten Persönlichkeiten einen militärischen Angriffsplan gegen Sowjetrußland ausarbeiteten.

Dies Verhalten der Angeklagten stellt einen Akt des unmittelbaren Staatsverrates dar.

In dem weiteren Verlauf der beabsichtigten verräterischen Tätigkeit konzentrierten die Angeklagten ihre Schädlingsarbeit auf die Desorganisation des Wirtschaftslebens, um eine Krise in den Hauptindustriezweigen bis zum Jahre 1930 herbeizuführen, d. h. bis zu dem von dem französischen Generalstab für eine militärische Intervention in der Sowjetunion angegebenen Termin.

Die Angeklagten stellten ferner durch Vermittlung der speziell dafür bestimmten Abteilungen K. und R. eine persönliche Verbindung mit dem französischen Generalstab her und führten die Spionageaufträge des französischen Generalstabs aus. Sie verschafften sich im Auftrage dieses Stabes die notwendigen Geheimangaben hinsichtlich der Heeresmacht und Wehrhaftigkeit der Sowjetunion.

Die Angeklagten organisierten auf Vorschlag desselben Generalstabs eine militärische Sondergruppe, deren Aufgabe die Vorbereitung der Zersetzung der Roten Armee sein sollte, wobei sogar schon einzelne verräterische Akte seitens einzelner Truppenteile während der betreffenden Intervention in Betracht gezogen wurden. Im Auftrage des französischen Generalstabs bildeten die Angeklagten innerhalb ihrer Organisation eine Störungsgruppe, um die militärische Intervention des Auslandes durch Sprengung öffentlicher Bauten, Kraftstationen und Eisenbahnstrecken der für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken und Betriebe zu unterstützen.

Die II. Internationale setzt die Linie des 18. Oktober fort!

Lappo-Terrorgesetze angenommen

Finnische Sozialfaschisten leisten dem Faschismus Hilfsstellung

Helsingfors, 11. November. Heute hat der neue finnische Reichstag, aus dem bekanntlich die Kommunisten durch Terror vertrieben sind, die von den Lappo-Leuten verlangten Gesetze zur Unterdrückung und Ausrottung des Kommunismus mit der für diese verfassungsänderunden Gesetze notwendigen Zweidrittelmehrheit, mit 132 gegen 66 sozialdemokratische Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten hatten sich bereit erklärt, einen Teil ihrer Abgeordneten „abzukommandieren", falls durch Erkrankung eines Bürgerlichen die Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen wäre.

Die II. Internationale hat die durch das Vertrauensvotum für Brüning am 18. Oktober in Deutschland neue Kette ihrer Verrätereien um ein neues Glied bereichert. Sie hat ihre Zusicherung gegeben, im Notfall durch Abkommandierungen oder Stimmenthaltungen ihrer Abgeordneten den Lappo-Gesetzen zur Annahme zu verhelfen. Was bedeutet es, daß ihre Abgeordneten doch geschlossen gegen die Gesetze stimmen konnten, weil zufällig kein bürgerlicher Abgeordneter krank war? Entscheidend ist ihr Wille zur Hilfe für den Lappo-Faschismus.

Annahme der Lappo-Gesetze bedeutet Zerschlagung der letzten noch bestehenden legalen Reste der revolutionären Arbeiterbewegung, bedeutet Legalisierung der Ermordung und Verschleppung von Arbeiterführern durch Lappo-Banden, der Zerstörung und Besetzung von Druckereien und Volkshäusern, bedeutet blutigste Knechtschaft der Gesamtheit der finnischen Werktätigen.

Die ungeheuerliche Tatsache der Handlangerdienste der finnischen Sozialdemokratie für den Lappo-Faschismus, der die Werktätigen in den Krieg gegen die Sowjetunion hineintreiben will, wird den Sturm der Empörung in den finnischen Massen verzehnfachen.

Macdonalds Arbeiterregierung in Brünings Fußstapfen

Kampfstimmung unter den englischen Bergarbeitern gegen geplanten Lohnabbau

London, 11. November. Die Abkommen im Bergbau Großbritanniens laufen am 1. Dezember ab. Die Unternehmer drängen auf Verkürzung der Arbeitswoche und Lohnabbau, was sie durch den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie noch ermutigt werden. Aus den Pressekommentaren geht hervor, daß die „Arbeiter"regierung eine gleiche Lohnabbauaktion betreiben will wie die halbsozialistische Brüning-Regierung.

Die Bergarbeiter der zwei Bezirke Lancashire und Northumberland haben sich bereits geweigert, auf die Vorschläge der Unternehmer einzugehen. Der Bergarbeiterrat des Bezirks Durham empfahl den Ortsgruppen die Ablehnung durch Abstimmung. In Wheatle Hill, Dawdon und Shotton wurde einstimmig Widerstand beschlossen. Die Kampagne der RFG. für die „Arbeitercharte", für Lohnerhöhung, Siebenstundentag usw. findet unter den Bergarbeitern guten Widerhall.

Die Wahlziffern in Oesterreich

Wien, 11. November. Das vorläufige Gesamtresultat aller abgegebenen Stimmen zur Nationalratswahl beträgt:

Sozialdemokraten	1 517 603	(1 539 088)
Christlich-Soziale	1 303 608	(Einheitsliste 1 756 761 *)
Heimatblock	228 338	
Nationalsozialisten	108 445	(28 000)
Schober-Block	449 425	*
Landbündler (Oberösterr. u. Salzburg)	43 000	
Kommunisten	20 879	(16 131)
Demokraten	6 719	(—)
Zionisten	2 134	(10 717)
Aufwertler	12 630	(—)

* Auf der Einheitsliste kandidierten 1927 auch die Großdeutschen, die sich jetzt dem Schober-Block angeschlossen haben. Die im Schober-Block aufgegangenen Großdeutschen erhielten 1927 299 977 Stimmen.

In einem Aufruf an die Heimwehren nennt Starhemberg die Wahlen ein „unwesentliches Zwischenspiel" auf dem Vormarsch zum Siege des Faschismus.

Regierungsrücktritt in Belgien

Brüssel, 11. November. Das Gesamtkabinett hat demissioniert, nachdem die liberalen Mitglieder der Regierung, der Außen-, Kultus-, Verkehrs-, Justiz- und Postminister auf Beschluß der Liberalen Vereinigung in Brüssel, die die Haltung dieser Minister in den Landesverteidigungsfragen mißbilligt hat, zurücktreten mußten.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

Fortsetzung.

Auch Jupp Zermack und Fritz Raup, die vom Koppstadtplatz her mitgefeuert hatten, schoben sich durch die Menge vor, um zu sehen, was los war. Sie hörten, wie einer der Zivilisten von der Treppe herunter auf die Arbeiter einsprach: „Kameraden, wir haben mit der Besatzung verhandelt — —" Neben ihm stand ein zweiter Zivilist, dem man den verkleideten Offizier auf den ersten Blick ansah.

„Verhandeln gibts nicht! Los, rin!" Die Arbeiter stürmten in Haufen die Treppe hinauf, einer gab dem Zivilisten einen Stoß und warf sich zwischen die Nachdrängenden. Zermack und Raup mit, die Treppe hinauf und rin in den Korridor. Dort begegneten die Grünen, denen man freien Abzug zugesichert hatte. Sie machten bestürzte Gesichter, als sie plötzlich die Arbeiter vor sich sahen.

„Los, die Brocken abgeben und heraus!" schrien die Arbeiter. „Vorwärts, sonst gibt's was!" Die Grünen legten schnell die Waffen ab. Unter dem Protest des zivilen Offiziers wurde die Truppe nach der anderen entwaffnet und hinausgestoßen.

„Hände hoch! Marsch!" Die Zivilen verdrückten sich in der Dunkelheit. Die Arbeiter steckten sofort eine rote Fahne aus dem Fenster heraus. Das zweite Bollwerk der Stadt war gefallen. Es wurde, von allen Seiten umzingelt und bedrängt, preisgegeben werden. Eine Menge Gewehre, Munition und Handgranaten wurden vorgefunden. Kraftwagen und sonstiges Fahrzeugmaterial.

Die rote Front rollte vorwärts. Immer mehr und mehr füllten sich die kämpfenden Arbeiterbataillone durch frischen Zuzug auf und schoben sich über den Burgplatz, über die Steeler Straße, überall vorwärts, dem Postgebäude, dem Hauptbahnhof zu, wo sich die Reste der Grünen und der Einwohnerwehr zum verzweifelten Widerstand zusammengezogen und verschanzt hatten.

In der Kettwiger Straße stauten sich wieder die Massen. „In der Post sitzen sie drin!" „Los, mit Handgranaten hin!"

Da begannen die Maschinengewehre zu knattern. Die Stoßtrupps rannten ins Feuer und mußten unter Verlusten zurück. „In den Handelshof rein und ringefunkt!"

Einige M.-G.-Mannschaften packten ihre Gewehre und rannten über den Burgplatz durch die Vereinsstraße durch und besetzten den Handelshof. Oben aus den Fenstern heraus gaben sie auf das Postgebäude Dauerfeuer. Doch die Besatzung des Bahnhofs knallte herüber und beunruhigte die Schützen im Handelshof.

Raup hatte sich einer M.-G.-Bedienung angeschlossen. Er wurde in der Kettwiger Straße von Zermack getrennt. Nun suchte er mit dem Maschinengewehr eine günstige Stelle. In dem Zimmer eines Hürchens entspann sich erst ein heftiger Wortstreit. Die Kumpels stießen das Weib heraus und montierten das Maschinengewehr ans Fenster. Dann nahmen sie die Fenster der Post unter Feuer. Unter ihnen schoß ein Maschinengewehr nach dem Bahnhof hinüber. An den Fenstern des Postgebäudes zeigten sich zuweilen die weißen Gesichter der Grünen und Hände, die Handgranaten herauswarfen.

Die Straße dröhnte und zitterte unter den krachenden Aufschlägen.

22.

Franz unternahm sofort nach der Einlieferung eine Besichtigung der Zelle. Grau gestrichene Wände. An der einen Wand eine aufgeklappte Pritsche. Ein Schemel. Wenige Schritte breit, sechs Schritte lang. Oben, kaum mit gestreckten Händen erreichbar, das schmale, vergitterte Fenster. Die Zelle war halbdunkel. Franz stieß einen Freudenschrei aus. Neben dem Tischchen stand ein Tonkrug. Er griff mit zitternden Händen danach. Das Wasser war schal und abgestanden. Doch er trank. Trank lange und gierig, setzte ab und trank noch einmal. Als er genug getrunken hatte, hockte er sich auf den Schemel und versuchte, seine Gedanken zu sammeln. Wo er sich befand, das wußte er. Im Untersuchungsgefängnis. Sie sollten vor ein Kriegsgericht kommen, hatte der Grüne gesagt. Es ließ ihn gleichgültig. Es war ihm eine Wohltat, die Gesichter der Grünen nicht mehr sehen zu müssen.

„Was machen die Genossen wohl jetzt? Jupp Zermack —? — Fritz Raup? Was die Mutter?"

Die Mutter zermarterte sich heftmmt in Angst um ihn. Wenn sie ihn nur wohl so sich hätte.

„Jung, paß mir nur ja auf!" zitterte sie, als er die erste Schicht im Pütt anfahren sollte. Sie hatte nichts essen können und saß untätig da, bis er wieder zurück war. Mit Oel hatte sie ihm die ersten Narben und Schürfen bestrichen, die er sich in der Erde an Stein und Kohle zerissen hatte.

Dann, als er in den Krieg mußte! „Wenn sie dich nur nicht totschießen! Mein Jung — mein armer Jung! —" Da war sie noch voll und kräftig. Als die beiden Aeltesten fielen und er aus dem Kriege kam, war sie ihm wie eine Fremde vorgekommen. Nur die Augen, die großen, angstvollen Augen blieben die gleichen. Nur tiefer lagen sie. In diesen Augen saß der Schrecken und das Grauen der überstandenen Kriegsjahre.

„Nun geht mir nicht mehr fort, Jung!" hatte sie gesagt und ihm den Soldatenrock ausgezogen. Dann hatte sie sich jede Nacht an sein Bett geschlichen und gewacht, wie sie es früher getan hatte, als er noch in den Windeln lag.

„Mutter! Mutter!" Der Schrei zerschlug sich an den Steinwänden und riß ihn empor. — Man hatte ihn verhaftet, geschlagen — wofür? Er sollte vor ein Kriegsgericht gestellt werden — wofür? Sie sollten erschossen oder erschlagen werden — warum? Weil die Arbeiter die Mißhandlungen, die Rechtlosigkeit leid geworden waren und sich gegen ihre Unterdrücker zur Wehr setzen wollten!

Franz vergaß die Mutter. Er blieb stehen und starrte die steinernen, schweigenden Wände an. Sein Gesicht verlor den weichen, zärtlichen Ausdruck, es wurde hart, es schien mit zu versteinern. Fest biß sich die Zähne aufeinander. Er ging unruhig mit auf dem Rücken gekreuzten Armen, den Kopf auf den braunen Fußboden der Zelle gesenkt, getrieben von stürmenden, aufpeitschenden und quälenden Gedanken. Stunde um Stunde im gleichen Schweigen, im gleichen Trott. Dann wurde sein Schritt müder, schwerfälliger. Er nahm wieder auf dem Schemel Platz und grübelte vor sich hin. Bleischwer befiel ihn der entbehrte Schlaf. Er hörte noch irgendwo Schlüsselgerassel und eine harte Männerstimme, die jemand anschalt.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0003

Landarbeitern die Beleuchtung gesperrt

Der Junker behält das Lichtgeld ein und bestiehlt es für sich

A.-R. Tristewitz. Das Ueberlandwerk Liebenwerda hat den bei dem Baron v. Stammer beschäftigten Landarbeitern in Kamitz und Tristewitz das Licht gesperrt. Der Herr Baron hat den Arbeitern regelmäßig das Lichtgeld vom Lohn einbehalten, aber er hat es nicht seiner Bestimmung, nämlich der Kasse des Elektrizitätswerks in Liebenwerda zugeführt, sondern für sich behalten. Jetzt sitzen die Landarbeiter im Dustern. Uebrigens ist dem Herrn Baron selber das Licht gesperrt worden. Der Herr von Stammer kann sich nicht darauf berufen, daß infolge einer Notlage das Geld nicht abgeführt wurde. Der Junker ist nur ein sehr gutes Leben gewöhnt. Wer weiß, wie er das Geld verpulvert hat. Es ist noch nicht lange her, daß die Gesellschaft durch aller Herren Länder Reisen gemacht hat.

Wenn die Junker nicht fähig sind, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, die Landarbeiter denken nicht daran, deshalb heute auf das elektrische Licht zu verzichten und heute schon und morgen sich auf das Strafenpflaster werfen zu lassen. Die Landarbeiter müssen Seite an Seite mit den Arbeitern in der Stadt für Sowjet-Deutschland kämpfen, das ihnen ebenso wie den Industriearbeitern die Möglichkeit geben wird, zu arbeiten und zu essen, und ein anständiges Leben zu führen.

Der Junker zahlt nicht einmal den tarifmäßigen Hungerlohn

Herr Brautzsch jun. in Reibitz (Kreis Delitzsch) zahlt den Wohlfahrtserwerbslosen, die zwangsweise zu ihm zum Kartoffelroden geschickt worden sind, Löhne, die so gering sind, daß das städtische Fürsorgeamt gezwungen ist, den Erwerbslosen die Differenz zwischen dem Lohn und der bisher erhaltenen Unterstützung auszuzahlen. Die Stadt also bezahlt zu einem Teil die Arbeiter des Brautzsch.

Wie das möglich ist, geht z. B. auch daraus hervor, daß Prausch noch nicht einmal den tarifmäßigen Lohn bezahlt. Zuerst zahlte er als Ausgleich für das Deputat 10 Pf. in der Stunde. Als die Arbeiter zu murren begannen, bequemte er sich, 15 Pf. pro Stunde zu zahlen. Aber auch das ist nicht der tarifmäßige Satz.

Gerade in der Ernte — und das gilt auch von der Kartoffelernte — sind die Landarbeiter in der Lage, nicht nur die Zahlung des tarifmäßigen Lohnes, sondern darüber hinaus Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhungen zu erzwingen. Die Vorbedingung dafür ist, daß sie um die RGO. sich zusammenschließen, daß sie Mitglieder der RGO. werden, daß sie unter ihren eigenen Leitungen und unter Führung der RGO. kämpfen.

Die SPD. wirtschaftet auch in Schraplau ab

Das SPD.-Kleeblatt Moebach, Gäbler und Buschmann will durch demagogische Phrasen seine Arbeiterfeindlichkeit verdecken

A.-R. Schraplau. Die PSDisten machten eine öffentliche Einwohnerversammlung mit dem Thema: „Warum ist ein bürgerlicher Bürgermeister gewählt worden?" Wir antworten darauf folgendes: **Der Bürgerliche ist gewählt worden, weil Ihr bei dem zweiten Wahlgang unseren Kandidaten niedergestimmt habt! Ihr seid mit den Bürgerlichen zusammengegangen. Wenn Ihr schon einen wirklichen Arbeitervertreter niederstimmt, dann solltet Ihr doch wenigstens den Mut haben, Euch offen zu den Bürgerlichen zu bekennen, zu denen Ihr gehört, die Ihr selber sind. Wir haben recht daran getan, daß wir nicht geduldet haben, daß diese Wahl noch länger hinausgeschoben wird. Eure Demagogie ist erkannt. Ihr braucht Euch gar nicht über unser Verhalten in dieser Sache zu empören.**

Gäbler sagte zum Beispiel einmal: „Vor dem Kriege hatten wir auch schon Arbeitslose, und da gab es nicht so eine großartige Unterstützung. Da gingen die Kinder noch barfuß oder in Holzpantinen in die Schule. Das steht man heute alles nicht mehr." Gäbler will wohl damit sagen, daß die SPD. an diesen „Errungenschaften" ein Verdienst hat? Aber noch besser ist das Gaukelspiel der SPD.-Politiker zu entlarven!

Bei den Notverordnungen zum Beispiel stimmte Gäbler im Magistrat den Notverordnungen zu, während sein Genosse in der Stadtverordetenversammlung sie ablehnt. Das ist das Spiel mit den verteilten Rollen.

Genau so ist es mit den Erwerbslosenanträgen. Als die kommunistische Fraktion im Kreistag den Antrag stellte, 60 Prozent der Steuerabgaben an den Kreis zu sperren und für Wohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützungen zu verwenden, stimmte auch der SPD.-Abgeordnete zu, machte aber gleichzeitig die Bemerkung: „Na, beantandet wird ja dieser Antrag doch." Er wußte also schon, daß sein Genosse Harnack diesen Antrag abwürgen wird. So macht man Politik in der SPD.

In der Diskussion sprachen einige Genossen der KPD. Man konnte die Feststellung machen, daß

80 Prozent der Anwesenden voll und ganz mit mit den Ausführungen der kommunistischen Diskussionsredner einverstanden waren. Man hatte es so gedeichselt, daß als letzter der Renegat Busch sprach, der sollte die Ausführungen der Genossen wieder unwirksam machen. Er machte sich aber nur lächerlich. Die anwesenden Arbeiter sagten ihm kräftig Bescheid.

Die SPD. wirtschaftet auch in Schraplau ab. Die Werktätigen stellen sich hinter die KPD. und kämpfen unter deren Führung für ein Sowjet-Deutschland.

Nazis dürfen ungestört krakeelen

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus

A.-R. Eisleben. Am Sonntag ging ich kurz vor 11 Uhr über den Marktplatz. An der Polizeiwache standen einige Nazis und machten Krach. Als ich nach dem Grund dieses Theaters forschte, sagte man mir, daß ein größerer Trupp Nazis geschlossen in Uniform durch die Straßen gezogen sei, und daß die Polizei einige davon verhaftet habe. Nach und nach kamen die Nazis wieder aus der Wache heraus und jedesmal erscholl ein lautes „Heul, Heul" über den Marktplatz. Das war bestimmt ruhestörender Lärm. Die Polizei stand bei alledem dabei und hörte sich das Geschrei an. Wenn aber kommunistische Arbeiter „Rot Front" rufen, laufen sie Gefahr, verhaftet und zu mindestens drei Monaten Gefängnis verurteilt zu werden.

Oeffentliche Versammlungen

Unt-ezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, in der Sozialistischen Frauenversammlung. Referentin Genossin Zinger, Bertfeld.
Könnern. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung (Gründung des Kampfbundes). Referent Genosse Müller.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Theißen. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im „Stern" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Wettelrode. Mittwoch, 12. November, 20 Uhr, im „Ratskeller" öffentliche Versammlung. Referent der BL.
Gehofen. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung der RGO.
Sangerhausen. Freitag, 14. November, 20 Uhr, im „Tivoli" öffentliche Sozialversammlung. Referent Genosse O. Schlag, MdL.

Unterbezirk Bernburg-Köthen-Aschersleben

Zerbst. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" Frauenversammlung. Referentin Genossin Seidel.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Halle, Gruppe Osten. Mittwoch, 12. November, 20 Uhr, bei der Genossin wichtige Funktionärsitzung. Jeder Funktionär muß erscheinen.
Süden. Zelle „Roter Sturm". Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, Zellenabend. Antreten um 8,20 Uhr in der Thüringer Straße. Jeder hierzu erscheinen!

Jung-Spartakus-Bund

Halle. Freitag, den 14. November, von 6 bis 7 Uhr Kassenabend.

Rote Hilfe Ortsleitung

Bezirk: Mittteldeutschland

Halle (Saale), Steinweg 24, Hof 1

Sprechstunden: Dienstags, Mittwochs und Freitags von 15–19 Uhr.

Bad Dürrenberg. Mittwoch, 12. November, 20 Uhr, komb. Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Sonne".
Landsberg. Mittwoch, 12 November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Deutsches Haus".
Dölnitz. Mittwoch, 12 November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.
Halle-West. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im Produktivhaus Mitgliederversammlung mit Lichtbildervorträgen. Zur Deckung der Unkosten Eintritt.
Preßen. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Reinhold Göbicke.
Schladitz. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof.

Bund der Freunde der JAH.

Nebra a. U. Mittwoch, 12. November, Schulungsabend. Referent Genosse Müller.
Bölsdorf. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei der. Referent Reinke.
Halle-Neustadt. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung verbunden mit Lichtbildervortrag, bei Bendlin. Referentin Genossin Schulz.
Zeitz. Achtung, „Rote Raketen" spielen am Freitag, dem 14. November, in der „Reichskrone". Referent Dornberger.
Merseburg. Achtung, „Rote Raketen" spielen am Sonnabend, dem 15. November, in der „Funkenburg". Referent Dornberger.
Generalappell an alle Funktionäre und Mitglieder! Mobilisiert alle für die „Roten Raketen" — organisiert den Vorverkauf.
Könnern. Donnerstag, 13. November, Schulungskursus. Referent Genosse Müller.

Briefkasten

Gemeinde Pieskau. Bericht über Schulneubau diesmal zu unvollständig, nochmal schreiben, wie jetzt die Zustände sind.

Naumburg. Bericht über „Stundlohn" zu allgemein. Die gesamte Gewerkschaftspresse ist so eingestellt. Es kommt darauf an, Berichte zu bringen über die Arbeit der RGO. unter den Bauarbeitern, unter Nähterinnen in Werkstätten und in den Betrieben, Vorzugsweise Taktik: mit Zeitungsartikeln muß eine Mitgliederbewegung verbunden sein. Berichtet in diesem Sinne.

Walhalla
Letzte 4 Tage! Der Riesenerfolg
Frühling im Wiener Wald
Operette in 3 Akten von Leo Asher
5788
Sonnabendnachmittag 4 Uhr Einzige Wiederholung
Aschenbrödel
zu kleinen Preisen 0,50—1,25 Mk.

Stadt Theater
Heute, Mittwoch 8½ bis 23½ Uhr
Viktoria und ihr Husar
Operette von Paul Abraham
Donnerstag 8½—23½ Uhr
Das Lamm des Armen
Zeitkomödie von Stefan Zweig
Verlängerung des zweiten Stammkarten-Rate erbeten

Rakete die kaltische Lachbühne
D. falsche Leutnant
Die größte komische Leistung
Dazu: 5776
10 neue Schlager
Sonntag 3½ Uhr: Volles Programm Einmal 50 Pf.
Montag 17. Nov. **Hauskirmes**

Mehr Licht mehrt, gesch. 5—6mal heller Tischbeleuchtung, ohne ½ Gasverbrauch. Paßt auf jede Gühlampe RM. 2,00 und 1,50. **„Jwoha"**, Dr. Steinhoff & C. F. Ritter, Leipziger Str. 87/91. Sichtbar im Schaufenster.

Donnerstag **Schlachtefest** bei Frida Meyer Weißenfels, 1787 Rickgasse 13

Werbt für den „Klassenkampf"

Die
Rundfunkzeitung für alle werktätigen Hörer ist der „ARBEITER-SENDER" illustrierte Wochenschrift.
Derselbe bringt neben dem ausführlichen Europaprogramm eine reiche Illustration aller wichtigen Ereignisse der ganzen
Welt
Ferner ist aus dem Inhalt hervorzuheben die Besprechung der wichtigsten Vorgänge der Rundfunkprogramme.
Bestellen Sie noch heute den „ARBEITER-SENDER", dann sind Sie als werktätiger Funkfreund richtig
im Bild

Post-Bestellschein
Unterzeichneter bestellt hiermit die Zeitschrift
Arbeiter-Sender
illustrierte Wochenschrift
Verlagsort: Berlin — Zeitungsliste: Berlin
Reichsausgabe A mit Europaprogramm. Bezugspreis monatl. 90 Pf. und 6 Pf. Bestellgeld:
Zu liefern ab: _____
Ort: _____
Name: _____
Wohnung: _____
Postamt: _____

Konsumverein für Roitzsch u. Umg.
e. G. m. b. H.
Mittwoch den 19. Novbr. (Bußtag), nachm. 3 Uhr in der Gemeindeschänke:
Ordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Jahresbericht
2. Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstandes, Verteilung der Erübrigung
3. Statutenänderung
4. Anträge und Geschäftliches
1788
— Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen —
Der Aufsichtsrat. J. A.: Otto Chemnitz

Konsumverein für Borkwitz und Umgeg., eGmbH.
Mittwoch, 19. Nov. (Bußtag), nachm. ½3 Uhr, im Saale des Volkshauses zu Bedwitz:
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1929/30
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Erübrigung
4. Aenderung der Sparkassenordnung
5. Anträge nach § 14 des Statuts
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
5768
Der Aufsichtsrat
Karl Dietrich, Vorsitzender
NB. Die grünen Mitgliedskarten sind wie bisher üblich am Saaleingang vorzuzeigen

Konsumverein für Sangerhausen u. Umg., eGmbH.
Abbau der Warenpreise! 5784

		Erst	Jetzt
Oranienburger Kernseife	1000-g-Riegel	90 Pf.	80 Pf.
" "	500-g-Riegel	45 Pf.	40 Pf.
" "	250-g-Riegel	23 Pf.	20 Pf.
Terpentin-Salmiakseife	1 Pfd.	45 Pf.	42 Pf.
Elainseife	1 Pfd.	38 Pf.	35 Pf.
Transparentseife	1 Pfd.	28 Pf.	26 Pf.
Cocosseife	1 Pfd.	60 Pf.	45 Pf.
Pfeffer, schwarz	¼ Pfd.	45 Pf.	35 Pf.
Pfeffer, weiß	¼ Pfd.	70 Pf.	50 Pf.
Weizenmehl	1 Pfd.	22 Pf.	20 Pf.
"	1 Pfd.	26 Pf.	24 Pf.
Zucker, Raffinade	1 Pfd.	32 Pf.	30 Pf.
Zucker, Melis	1 Pfd.	30 Pf.	27 Pf.

Bei allen Artikeln handelt es sich um erste Qualitäten, bezogen von der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Der Bezug der Waren erfolgt nur an Mitglieder. Der Vorstand

Nach erfolgtem Preisabbau besonders billige

Schlafzimmer
eiche-, nußbaum-, birke-imitiert
früher Mk. 320,- 375,- 550,- 675,-
jetzt Mk. 275,- 330,- 475,- 595,-
echt Eiche
früher Mk. 675,- 875,- 950,- 1050,-
jetzt Mk. 560,- 725,- 800,- 875,-
Transport frei
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 3
3 Minuten vom Markt
Wittwer, 38 Jahre, 2 Kinder, 4 und 7 Jahre alt, sucht ein Fräulein a. Wirtschafterin zwecks spätterer Heirat im Alter von 30 bis 35 Jahren 1789
Otto Gelschläger, Thalheim, Lange Straße 11

Volksbuchhandlung Merseburg
Schmale Straße 16
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur, Schreibmaterialien und Schulartikel
Annahme von Inseraten und Drucksachen aller Art

Lasierte **Küchen** auf **Teilzahlung**
5787
Mark 190,—
Anzahlung Mk. 20,—
Wochenrate Mk. 3,—
Eichmann & Co.,
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 51
Gr. Ulrichstr. 36
Lieferung frei Haus mit Auto

25 NOVEMBER
EIN WICHTIGES DATUM
Der Schlußtag der großen Pilo-Preisfrage.
Jetzt können Sie noch daran teilnehmen.
Es ist aber höchste Zeit.
Prospekte mit Teilnahme-Scheinerhalten Sie bei Ihrem Kaufmann oder von den Pilowerken Mannheim.
Das Ergebnis der großen Pilo-Preisfrage wird Mitte Januar an dieser Stelle bekanntgegeben. — Die Preise gelangen noch vor Weihnachten zum Versand.
20,000 PREISE

Brennholzversteigerung (Heide)

am Montag, dem 17. November 1930, in der Gastwirtschaft „Waldhaus" Zur Versteigerung kommen 334 Stück Nichtenstangen 1. bis 4. Klasse (in Friedhof), 500 Stück Kiefernstangen 3. Klasse und 400 Stück 4. Klasse (an Wege) sowie Brennholz: Kiefer, 20 Raummeter Scheit, 100 Raummeter Knüppel, 30 Raummeter Reis 1., 25 Raummeter Fichtenreis 1., 2 bis 4 Meter lang (Brandbergung).

Halle, den 11. November 1930. Der Magistrat der Stadt Halle.

Rote Hilfe Gebt für die Rote Hilfe

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG
BAND 1
E. JAROSLAWSKI
AUS DER GESCHICHTE DE KOMMUNISTISCHEN PART DER SOWJETUNION
Die erste gründliche und authentische Darstellung aller Phasen ihrer Entwicklung von der Narodniki-Bewegung bis zum Ausbruch des imperialistischen Krieges. 366 Seiten, brosch. RM 3.—, geb. RM 4.—
Zu beziehen durch jeden Literaturverkäufer
VERLAG CARL HOYM NACH
HAMBURG-BERLIN NW
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Gustav Lorenzen, Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Wer billig kaufen will kauft Spielwaren 5765 bei **Sobel**
Das Haus d. volkstümliche Preise
Steinweg 45, Gr. Ulrichstr. 57
Im Norden: Am Reileck —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0004

Das werktätige Dorf

Hitler „rettet" die kleinen Bauern!

Von Edwin Hoernle, MdR.

Im März 1930, als die Not der arbeitenden Bauern sich scharf zuspitzte und die Großagrarier diese Not zum Vorwand nahmen, um nach neuen Zöllen und Wuchermaßnahmen zu schreien, da gab auch Hitler sein landwirtschaftliches Programm bekannt. Tausende seiner Bauern haben am 14. September der Hitler-Partei ihre Stimme gegeben, ohne dieses Programm gesehen zu haben. Sie glaubten, was die Versammlungsredner ihnen vorschwatzten. Wir wollen deshalb nur das Wichtigste hier unter die Lupe nehmen, und zwar die Bodenfrage.

Wir haben in Deutschland über 3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe bis zu 2 Hektar, rund 900 000 Kleinbetriebe von 2 bis 5 Hektar, 1 Million mit je 5 bis 20 Hektar.

Was sagt Hitler den 4 Millionen bodenarmer Zwerg- und Kleinbauern? Stolz erklärte er einst — es war im Februar 1920 — das „native sozialistische" Programm im § 17:

„Wir fordern eine unsern nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und jeder Bodenspekulation."

Schon die Formulierung war reichlich unklar. Die Kommunisten verlangen demgegenüber offen, ohne alle Umschweife: Sofortige entschädigungslose Enteignung aller Bodenschätze und unentgeltliche Uebergabe des bisherigen Pachtlandes sowie von genügend Siedlungsland an die Arbeiter, den Klein- und Zwergbauern.

Allein das Hitlerprogramm war von Anfang an unehrlich gegenüber den Bauern. Schon bei der Reichstagsabstimmung 1926 verteilte die Nazis ihr eigenes Programm, indem sie für das Fürstengeschmeiß, gegen die Bodenreform der Bauern stimmten, und in Thüringen, wo sie bereits Regierungsverantwortung hatten, wo der nimmersatte Fürstenfreund (Ernst von Gotha und dem Fürsten zu Schwarzburg) nach Millionen suchenden, so daß im Thüringen jeder Einwohner 1 Mark für das sorgenlose Schmarotzertum seiner ehemaligen „Landesväter" aufzukommen hat.

Doch auch öffentlich, durch eine feierliche Erklärung, haben die Hitler und Kampagnie sich gegen ihr eigenes Bodenprogramm ausgesprochen. Am 13. April 1928 veröffentlichte Hitler folgende Erklärung" seines Programms:

„Gegenüber den irrigen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Erklärung notwendig: Da die NSDAP. auf dem Boden des privatrechtlichen Eigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften."

Wer führt hier aus die korrigierende Hand der Prinzen, Grafen, Barone, die inzwischen Mitglieder und Geldgeber der Hitler-Partei geworden sind? Die christlichen Schmarotzer beuten auf den jüdischen Schmarotzer. Letzterer ist vorzugsweise städtischer Grundstücksspekulant; die Bodenschmarotzer auf dem Lande sind die meist „edelgermanischen" Großgrundherrschaften. Daß der Pachtwucher eine Verletzung des Bodens „nach den Gesichtspunkten des Volkswohles" wird selbst Hitler nicht zu behaupten wagen.

Der Verrat an der bodenarmen Mehrheit der deutschen Bauernschaft tritt aber noch deutlicher im neuesten Agrarprogramm der Hitler-Partei vom März 1930 hervor. Punkt 8 lautet hier:

„Der Staat hat das Recht gegen angemessene Entschädigung Enteignung vorzunehmen:

a) von Land, das nicht im Besitz deutscher Volksgenossen sich befindet;

b) von Land, das — nach Urteil des zuständigen Berufsstandes — durch verantwortungslose Mißwirtschaft seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient;

c) von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft;

d) von Land, das zugunsten der Volksgesamtheit für besondere staatliche Zwecke (z. B. Verkehrseinrichtungen, Landesverteidigung) benötigt wird.

Unrechtmäßig (im Sinne deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet."

Jeder deutsche Kleinbauer, Pächter oder Siedlungsbewerber trifft das sämtliche hier aufgezählten Punkte ebenso in der („verfassungswidrigen") Weimarer Verfassung und dem Reichsiedlungsgesetz von 1919 enthalten sind, wobei die Worte „angemessene Entschädigung" das Riegel sind, der dem kleinen Landwirt den Zugang zum „freien Boden" unmöglich macht. Die unentgeltliche Enteignung aber kennen die Hitler-Leute nur bei „unrechtmäßigem Erwerb im Sinne deutschen Rechtes" angewendet wissen. Wir fragen nun die Hitler, Goebbels und Frick:

Haben die deutschen Fürsten und Standesherrschaften, die durch Raub, Mord, Wucherzinsen, Verkauf ihrer Landeskinder als Kanonenfutter an das Ausland ungeheure Ländereien zusammengenommen, diesen Boden „im Sinne des deutschen Rechtes" rechtmäßig oder unrechtmäßig erworben?

Wenn ersteres, warum haben dann die Nazis gegen ihre Enteignung gestimmt, als der Volksentscheid dies forderte? Und wie steht es mit dem ostelbischen Großgrundbesitz? Hat nicht der angesehenste Agrarwissenschaftler Deutschlands, der vom Reichsbund und den Bauernvereinen sonst hochgepriesene Professor Sering, die Tatsache festgestellt, daß

in den ersten vier Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts allein in Ostdeutschland mit Hilfe der vom preußischen König eigens hierzu eingerichteten adligen „Landschaftskassen" rund 4 Millionen Hektar Bauernland an den Großgrundbesitz überführt wurden,

Bauernland, das hergegeben werden mußte als Entgelt für die Leihgabe der Leihegenschaft! Wir fragen: Haben die ostdeutschen Standesherren dies Land rechtmäßig oder unrechtmäßig von den Bauern abgenommen? Die Antwort wird Aufklärung schaffen.

Doch heute aber verfügen außerdem allein in Schleswig-Holstein, um neben dem Osten auch den Norden zu nennen — die Landadligen und die „Herrschaft" des Landgrafen von Hessen über 692 bäuerliche Besitzungen, die sie wie Vieh an die „Hofebank" verkauft. In Oldenburg amtierten der Prinz Berthold von Baden und der Graf Douglas jeder über rund 2000 Klein- und Großbauern.

Was es für die Hitler, Farbe zu bekennen. „Die deutsche Landwirtschaft" eine Verlustwirtschaft!" brüllen die Führer der Junker und des Landbundes jeden Tag. Das Reich zahlt für sie Hunderte von Millionen für die verschiedensten Zwecke, insbesondere zur Umschuldung des Großbesitzes, wobei schon von der Einkommensteuer sich frei lügt. Aber die kleinen Bauern verlangt man hohe Steuern, Umlagen und hohe Pachtzinsen! Die Kommunistische Partei kämpft seit ihrem Bestehen für:

1. **Steuerfreiheit der bäuerlichen Ackernahrung.**
2. **Unentgeltliche Uebergabe des Pachtlandes sowie neuen Siedlungslandes an die bodenarmen Klein- und Zwergbauern.**
3. **Streichung der Hypotheken und Personalschulden, die fast alle durch die hohen Wucherzinsen längst abgetragen sind, und zinslose Beihilfen des Staates für die bäuerlichen Zwerg- und Kleinbetriebe.**
4. **Belieferung des kleinen Landwirts mit verbilligten Betriebsmitteln, Mitteln zur Seuchen- und Ungezieferbekämpfung usw.**
5. **Verbot jeder Pfändung und Zwangsvollstreckung bei kleinen selbstarbeitenden Landwirten für die ganze Dauer der Notzeit.**
6. **Staatliche Förderung des Zusammenschlusses der Kleinbauern zu Betriebsgenossenschaften bei unentgeltlicher Flurbereinigung und Bodenmelioration für diese Genossenschaften.**
7. **Unentgeltliche Berufsbildung und Berufsberatung für alle in der Landwirtschaft Werktätigen. Entsprechender Ausbau der Dorfschule.**

Das „Dritte Reich" wird diese Forderungen, die Mindestforderungen der kleinen Bauernschaft sind, nicht durchführen, denn sie sind allerdings mit dem „Boden des Privateigentums", wie ihn Hitler verteidigt, absolut nicht zu vereinbaren.

Aber eine Arbeiter- und Bauernregierung wird sie durchführen, denn sie wird radikal Schluß machen mit der kapitalistischen Ausbeuter- und Schmarotzerwirtschaft in der Industrie, im Bank- und Kreditwesen wie in der Landwirtschaft.

Landarbeiter, rüstet zu neuen Kämpfen!

(Landarbeiterkorrespondenz)

A.-K. Die schwere Arbeit, Kollegen Landarbeiter, haben wir wiederum ein Jahr für unsere Junker geleistet. Und was haben wir erübrigt? Wir stehen mehr denn je vor einem Nichts. Wo wir uns geschunden haben seit der Bestellung bis zur Rübenernte. In der großten Hitze hetzten uns die Antreiber der Junker zu immer schärferem Tempo an, um die Profite zu erhöhen.

Mit den erbärmlichsten Löhnen und langer Arbeitszeit führten wir ein Leben, das jeder Beschreibung spottet.

Was nützen uns die Lehren von einer gesunden Ernährungstheorie, wenn wir müde wie ein Hund uns den Bauch voll Kartoffeln mit Salz, oder wenn es gut ging einen halben Hering, vollgeschlagen haben, um dann auf die Pritsche, genannt Bett, vor Mattigkeit umkippten, derweil unsere Junker mit Anhang erst ihr Schlemmerleben begannen und bis spät in die Nacht hinein sich über uns lustig machten. Kollegen, sind das menschliche Zustände, in denen wir leben? Bestimmt nicht.

Und was erwartet uns diesen Winter?

Kollegen, wer von uns nicht zur Erwerbslosenarmee gestoßen wird, den werden die Helfershelfer des Junkers Spießruten laufen lassen, derweil der Junker mit seiner Familie nach den Süden fährt und — wie im Sommer an der Ostsee — mit aus unseren Knochen geschundenen Geldern sein Herrenleben führt. Der Junker mit Sippe im Winter an der Riviera und wir in der ungeheizten Bude. In Wind und Wetter Kilometermärsche nach der Stempelstelle oder unter der Fuchtel der für sie sorgenden Inspektors, Verwalters und Hofmeisters.

Kollegen, Ihr schimpft, wenn Ihr krank seid und merkt, daß der Junker Euch eine oder zwei Klassen zu tief versichert hat. Auf der Stempelstelle merkt Ihr auch, daß Ihr in einer falschen Klasse versichert, wenn Ihr überhaupt versichert wart.

Es gibt schon einen Ausweg, aber

da können wir nicht auf unsere Verbandsbonzen rechnen, denn die werden uns erneut betrügen, werden im Januar mit einigen gerissenen Junkern zusammenkommen, das Gestunkere der Junker als bare Münze nehmen und uns überzeugen wollen, daß der Junker beim besten Willen nicht mehr zahlen könne.

Also wieder ein Jahr von vorn dieselbe Leier. Nein, Kollegen, wir wollen uns klar werden, daß wir so die Leidtragenden sind. Deshalb

weg mit den Halb- oder Jahresverträgen.

Erkennen wir unsere Macht und nutzen wir sie aus.

Tausende sind unorganisiert, angeekelt von den Verrätereien der Verbandsbonzen.

In Adelwitz zeigte uns die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition den richtigen Weg.

In Mansfeld und in Berlin können wir Landarbeiter sehen, daß nur die Opposition unsere alte Waffe, den Streik, organisiert und führt.

Es kommt darauf an, Kollegen, den Weg zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu finden. Gemeinsam den Kampf gegen Verrat der Gewerkschaftsbonzen und gegen die Junkerbrut nach guter Vorbereitung unter Führung der Opposition aufzunehmen, sowie die Bestellzeit losgeht. Nur im Kampf können wir siegen!

30 Prozent Lohnabbau für die Landarbeiter droht!

In allen Tarifbezirken haben die Großagrarier einen Vorstoß gegen die Landarbeiter unternommen. Getreu den Anweisungen Brünings haben sie angekündigt, die an sich schon erbärmlichen Hungerlöhne der Landproleten noch weiter abzubauen. Der „Schlesische Landbund" veröffentlicht in seiner Nummer vom 15. Oktober eine Entschließung, in der es heißt:

„Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe brauchen heute zu einer fühlbaren Entlastung ihrer Betriebsausgaben eine 30prozentige Senkung des Gehalts-, Lohn- und Sozialversicherungs-Kontos durch entsprechende Minderung der Löhne."

Auch die ostpreußischen Gutsbesitzer haben eine Senkung der Löhne angekündigt. In der Provinz Brandenburg sollen allen Landarbeitern zum 1. Januar die Dienstverträge gekündigt werden und nur diejenigen wieder eingestellt werden, die sich verpflichten, einen 30prozentigen Lohnabbau über sich ergehen zu lassen. Ebenfalls sind in Niedersachsen die Tarife gekündigt worden.

Der Deutsche Landarbeiterverband wird und kann nichts unternehmen, um die Landarbeiter wirklich zu sammeln im Kampfe gegen den Lohnabbau. Darum ist es jetzt gerade die dringendste Aufgabe der RGO., auch in unserem Bezirk sofort an die Schaffung der RGO.-Gruppen heranzugehen und die Landarbeiter zum Kampfe zu organisieren.

Die Parteizellen haben die Aufgabe, in ihren Patenschaftsgebieten die Landarbeiter aufzuklären und den Kampf gegen ihre Junker zu organisieren.

Proletarische Solidarität verhindert Exmittierung von Landarbeitern

A.-K. Im Streik der Adelwitzer und Kauklitzer Landarbeiter in diesem Sommer wurden die beiden Landarbeiter Otto Kaube und Artur Helbig gemaßregelt. Jetzt sollten sie auf Grund eines von dem Gutsbesitzer Nette herbeigeführten Gerichtsbeschlusses aus ihren Wohnungen hinausgeworfen werden. Der Junker konnte seine Absicht aber nicht verwirklichen. Drei polnische Landarbeiter, die den Befehl erhalten hatten, die Möbel der beiden gemaßregelten deutschen Landproleten auf die Straße zu setzen, verweigerten den Gehorsam. Sie erklärten der Polizei offen:

Schickt uns lieber nach Polen, da werden wir auch nicht verrecken. Aber für solche Arbeit geben wir uns nicht her.

Ebenso solidarisch wie die polnischen Klassengenossen handelten die anwesenden Erwerbslosen und die werktätigen Einwohner von Kauklitz. Zwei kleine Hauseigentümer, die schon selbst eng zusammengepfercht mit drei Familien in ihren Häusern wohnen, sollten die beiden Landarbeiter aufnehmen. Sie weigerten sich ganz entschieden, das zu tun, weil ja die beiden Landarbeiter in ihren Wohnungen bleiben konnten, denn sie hätten ja nichts anderes getan, als für ein menschenwürdiges Dasein gekämpft. Der Gutsbesitzer Nette war nicht zu sehen. Die Gespräche mit der Polizeiführer er durch das Telephon. Wenn Nette dagewesen wäre, dann hätte er erfahren, wie „beliebt" er bei den Werktätigen von Kauklitz ist. Die Anwesenden hätten ihm ihre Verachtung und ihre Abscheu gegenüber solchen Handlungen, wie er sie beging, ins Gesicht geschrien.

Abends gegen 7 Uhr, als die anwesenden Dorfbewohner eine immer drohendere Haltung einnahmen, bequemte sich der Herr Amtsvorsteher dazu, die Wohnungen wieder freizugeben.

Alle Anwesenden halfen rasch die Wohnungen wieder einräumen. Proletarische Solidarität hatte den Junkerterror unwirksam gemacht.

Erfolgreicher Polenstreik auf der Domäne Jessen

A.-K. Jessen. Die deutschen Landarbeiter dürfen es nicht zulassen, daß bewußt zwischen sie und ihre polnischen Kollegen ein Keil getrieben wird, um dadurch einen gemeinsamen Kampf zu hintertreiben. Schulter an Schulter müssen die deutschen mit den polnischen Landarbeitern um bessere Lebensbedingungen kämpfen. Man kann immer wieder feststellen, daß gerade die polnischen Landarbeiter viel mutiger und rücksichtsloser für ihre Interessen eintreten als die deutschen Kollegen. Ein Beispiel dafür aus der Nähe:

Die polnischen Arbeiter der Domäne Rettig haben einen Proteststreik von einigen Stunden durchgeführt, weil man ihnen keine Gespanne zur Verfügung gestellt hat, um sie mittags vom Dreschen in einer abgelegenen Feldscheune nach dem Hof zum Essen zu transportieren.

Das ist nur eine Kleinigkeit, aber es zeigt, daß die polnischen Landarbeiter den Mut haben, der den deutschen Kollegen oft fehlt, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Wenn die deutschen Landarbeiter dafür eintreten und kämpfen, daß den Polen dieselben Arbeitsbedingungen hinsichtlich Wohnung und Lohn gewährt werden müssen, erfüllen sie nichts anderes, als ihre internationale Pflicht und sie handeln auch im eigenen Interesse, weil es dem Junker unmöglich wird, polnische Landarbeiter nur deshalb zu beschäftigen, weil er ihnen in der Entrechtung weniger Lohn zahlt.

Auf der anderen Seite können die deutschen Landarbeiter immer damit rechnen, daß die Polen zu einem gemeinsamen Kampf bereit sind. Um diesen notwendigen Kampf um bessere Lebensbedingungen vorzubereiten, ist Not die deutschen und die polnischen Landarbeiter gemeinsam der Revolutionären Gewerkschaftsopposition beitreten, der einzigen Organisation, die heute die Arbeiter in Stadt und Land zum Kampf führt.

Brutale Methoden beim Steuerabzug

A.-K. Schraplau. Auf Wentzelshöhe Schraplau sind fünf männliche und 19 weibliche Wanderarbeiter beschäftigt. Zehn Wochen lang sind ihnen keine Invalidenbeiträge und keine Steuern abgezogen worden. Darüber kann man sich ja nun nicht beklagen. Aber unerhört ist es, daß den Arbeitern in der Lohnwoche mit einem Male die rückständigen Invalidenbeiträge, und zwar den männlichen Arbeitern 5,58 Mark und den weiblichen 5,10 Mark abgezogen wurden und einige Zeit später die rückständigen Steuern, und zwar den männlichen Arbeitern 7,80 Mark und den weiblichen 6,80 Mark pro Person. Die Arbeiter protestieren gegen diese Methoden.

Kleinbauern interessieren sich für den Kommunismus

Vor kurzem fand eine Kleinbauernversammlung in Heidebürg statt. Der Referent, Genosse Biering, sprach über die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Kleinbauernschaft. Er zeigte den einzigen Ausweg für die Kleinbauern aus ihrer Krise auf, nämlich den gemeinsamen Kampf mit den klassenbewußten Arbeitern zum Sturz des kapitalistischen Systems.

Die Diskussion war sehr lebhaft und zog sich bis 1 Uhr hin. Das zeigt sehr deutlich, daß bei den Kleinbauern das Interesse für den Kommunismus sehr stark ist. Es muß selbstverständlich ein Ansporn für unsere Genossen sein, die Arbeit unter den kleinbäuerlichen Massen mit größerem Eifer als bisher zu betreiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0005

Rund um den Erdball

Im „Taganka"-Gefängnis in Moskau

Erziehung, nicht Strafe!

Wir bringen nachfolgend den Artikel eines mit zwei Jahren Gefängnis bestraften Sowjetrussen, der deutlich den Unterschied zwischen der sowjetrussischen Besserungs- und der kapitalistischen Rachejustiz zeigt.

Genau wie in irgendeiner Fabrik . . .

Sechs Uhr früh. . . Hallender Glockenton weckt die Insassen der „Taganka". Morgenkontrolle. Aufräumen. Waschen. . . Tee und Brot werden gebracht, die Zellen geöffnet. Um acht Uhr begibt man sich zur Arbeit. In den Türen der Druckerei, der Schuhfabrik, der Tischlerei und Schlosserwerkstätte verschwindet einer nach dem andern. Sie werden von den Aufsehern der Werkstätten abgezählt und gehen an ihre Arbeit. Bis 12 Uhr mittags währt sie; dann folgt eine Stunde Mittagspause, weiter wieder Arbeit von 1 Uhr bis 5 Uhr. In den Betrieben, wo der eigene Anzug beschmutzt werden könnte, erhält man einen speziellen Arbeitsanzug. Der Lohn beträgt im Durchschnitt 30 Rubel pro Monat und wird nicht in bar gezahlt, sondern in Form von Kreditscheinen, für die in der Kantine Lebensmittel gekauft werden können.

Der Gefangene ist kein wildes Tier

Nach der Verurteilung wird man gewöhnlich der untersten Kategorie zugeteilt, in der ein Viertel der Frist zu verbringen ist, worauf dann Ueberführung in die mittlere und schließlich in die obere Kategorie folgt. In der mittleren Kategorie gibt es im Laufe des Jahres insgesamt sieben Tage, in der oberen Kategorie insgesamt 14 Tage Urlaub. Gefangenenbesuche werden in der unteren Kategorie einmal in zwei Wochen, in der mittleren einmal wöchentlich und in der oberen zweimal wöchentlich bewilligt. Die obere Kategorie hat Recht auf einstündigen persönlichen Besuch, bei dem Besucher und Gefangene unmittelbar nebeneinander sitzen können.

Mit dem Leben verbunden

Die für Einzelgefangene bestimmten Zellen sind für drei bis vier Personen eingerichtet, denn bei dem in der USSR. bestehenden Gefängnissystem dürfen nur Untersuchungsgefangene in Einzelhaft gehalten werden. Eine Waschvorrichtung gibt es im Abtrittsraum, wohin die Inhaftierten mehrmals des Tages gelassen werden. Es fehlt also der berüchtigte Kübel, das charakteristische Merkmal kapitalistischer Gefängnisse. Das elektrische Licht wird um 11 Uhr nachts, d. h. erst eine bis zwei Stunden nach der Abendkontrolle, ausgeschaltet. Die Kost ist befriedigend. Die tägliche Brotration beträgt 600 Gramm. Mittags gibt es Kohlsuppe oder eine andere Suppe mit Fleisch, zum zweiten gedämpfte Hirse oder Buchweizengrütze, abends ebenfalls Grütze oder mit Fett versetzte Stampfkartoffeln. Da alle arbeiten (Arbeit ist obligatorisch für alle!), können sie sich für das verdiente Geld Zucker, Weißbrot, Tabak, Konserven, Wurst usw. zu Preisen der Konsumgenossenschaft zukaufen und ihre Kost aufbessern. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die in der „Taganka" befindlichen Gefangenen in ihren Werkstätten Stoßtruppen geschaffen haben, die den in den Betrieben jenseits der Mauer erzielten Arbeitserfolgen nacheifern und auch andere Gefangenenanstalten zum sozialistischen Wettbewerb auffordern.

Der zur Freiheitsentziehung Verurteilte ist eben nicht von dem jenseits der Mauern sich abrollenden öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Die Schulen von Taganka

Die Lehr- und Erziehungsarbeit ist in der „Taganka" besonders gut entwickelt. Hier verfügen die Gefangenen über einen für 700 Mann berechneten schönen Klub. Er wurde im vorigen Jahre an die Stelle der früheren Kirche errichtet. Eine große Bühne mit den erforderlichen Toilettenräumen usw. ist vorhanden. Die kulturelle erzieherische Arbeit wird vom Verwalter des Klubs, unter aktiver Mitwirkung [illegible] in allgemeiner Versammlung von den Gefangenen gewählten Kulturkommission geleitet. In den Zirkeln unterrichten die Gefangene. Außer den Zirkeln gibt es noch Schulen in [illegible] Gefangenenanstalt für Analphabeten, für Schreibkundige ([illegible] wenig Vorgebildete), für politische Schulung, für Selbstbildung durch Fernunterricht, für Wirtschaftskunde der USSR., für [illegible] wirtschaftliche Bildung und zwei Betriebsschulen, und zwar [illegible] Schuhmacherei und Schlosserei.

So leben, arbeiten und lernen die Insassen der „Taganka" ein mit eisernen Toren, hoher Mauer und Wachtposten ausgestattetes „Gefängnis".

Denn als Grundlage für den „Strafvollzug in der Sowjetunion gilt der Satz, daß das Verbrechen als soziale Erscheinung bekämpft, nicht aber der einzelne „Verbrecher" bestraft werden muß.

Aus dem überschwemmten Frankfurt

Der Verkehr wird mit Booten aufrechterhalten

Polen eröffnet strategische Bahn

Pfaffe hebt ihre militärische Bedeutung hervor

Kattowitz, 10. November. Die neue polnische Eisenbahnlinie Kattowitz—Gdingen wurde am Sonntag dem Verkehr übergeben. Diese Linie, die das polnisch-oberschlesische Industrierevier mit dem einzigen Hafen Polens verbindet, ist von großer wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung. Der nördliche Teil der Strecke wird an den „französischen Krupp", die Geschützfabrik Schneider-Creuzot, abgetreten. Dadurch soll der französische Generalstab an der Aufrechterhaltung dieser einzigen Seeverbindung Polens interessiert werden. Bei [illegible] Eröffnung wies ein polnischer Pfaffe auch ganz offen [illegible] die ungeheure militärische Bedeutung der neuen Linie hin.

Die ersten Sowjet-Autos vom Fließband

Moskau, 10. November. Die Moskauer Automobilwerke sind in Betrieb gesetzt worden. Die ersten 20 Autos haben das Fließband bereits verlassen. Die Werke werden [illegible] Ende des Jahres 1930 1000 Maschinen montieren, im Jahre 1931 35 000. Die Automontagewerke wurden innerhalb des Jahres erbaut und sind vollständig mechanisiert. Bisher montieren die Werke von Ford gelieferte Autos; später werden sie Autos montieren, deren Einzelteile die Werke Nishni-Nowgorord herstellen werden.

Kein Leichenraub Saffrans

Königsberg, 10. November. Die Nachgrabungen auf [illegible] Sensburger evangelischen Friedhof, von dem der [illegible] Brandstiftung verhaftete Saffran die nach dem Brand [illegible] fundene Leiche gestohlen haben soll, haben ergeben, daß [illegible] Gräber unberührt sind. Auch auf dem katholischen und auf dem jüdischen Kirchhof fand man keine Spuren eines Leichenraubs. In der Umgebung von Rastenburg sollen noch weitere [illegible] grabungen angestellt werden.

Das neue Lenin-Mausoleum

Am Sonntag ist das neuerrichtete Mausoleum Lenins auf dem Roten Platz in Moskau feierlich der Oeffentlichkeit übergeben worden. Tausende von Arbeitern strömten [illegible] den ersten Stunden zum Grabe Lenins.

Do X in England gelandet

London, 11. November. Schon seit den frühen Morgenstunden erwartete eine große Menschenmenge im Flugboothafen Calshot die Ankunft von Do X. Um 16.33 Uhr landete das Flugzeug glatt auf dem Wasser.

Italien kauft Riesenflugboote

Rom, 10. November. Das italienische Luftfahrtministerium hat bei den Dornierwerken zwei Flugboote des Typs [illegible] bestellt. Bereits in sechs Wochen soll das erste zum Probeflug starten.

Schweres Einsturzunglück in einem Pfarrhaus

Madrid, 10. November. In dem Dorf Celorio in der spanischen Provinz Oviedo fand im Pfarrhaus eine Feierlichkeit statt. Plötzlich brach der Fußboden des Gemeindesaales ein. 250 Festteilnehmer stürzten in Tiefe. Eine Person sofort tot, 100 wurden schwer verletzt.

Kriminalbeamter schießt sich selber an

Mißglückte Verhaftung eines Ausbrechers

Berlin, 11. November. Montagabend kam es vor einem Lokal in der Utrechter Straße zu schweren Zusammenstößen zwischen drei Kriminalbeamten und einer Ansammlung von mehreren hundert Menschen. Die Beamten wollten einen Mann namens Kolanus verhaften, der vor einiger Zeit aus der Strafanstalt in Halle entflohen war.

Als zwei von den Beamten das Lokal betraten, um Kolanus festzunehmen, stürzten sich dessen Freunde auf die beiden Kriminalen. Nur mit großer Mühe gelang es den Beamten, dem Flüchtling Handfesseln anzulegen und ihn auf die Straße zu ziehen. Dort versuchte der dritte Beamte die nachdrängenden Freunde des Kolanus mit der Pistole in Schach zu halten. Als er stark bedrängt wurde, gab er einen Schuß ab, der aber fehl ging und ihm einen Finger seiner linken Hand abriß.

Während nun die Beamten ihren Gefangenen in einer Autotaxe wegbringen wollten, soll sich nach dem Polizeibericht eine große Menschenmenge angesammelt haben, die den Gefangenen zu befreien versuchte. Dabei sollen die Scheiben des Wagens zertrümmert und die Beamten zu Boden geschlagen worden sein. In dem allgemeinen Getümmel ist dann Kolanus mit dem Auto davongefahren.

Die drei Kriminalbeamten sollen bei dem Kampf mit der Menge schwere Verletzungen davongetragen haben.

Im Polizeibericht erscheint der ganze Vorfall reichlich unklar, um so mehr, als die drei Beamten angeblich langjährige Spezialisten sein sollen und es kaum glaubhaft erscheint, daß das Publikum grundlos Stellung gegen sie genommen hat.

Von Löwen zerfleischt

Stettin, 10. November. Der 27jährige Tierwärter Max Wilhan hat am Sonntag einen Löwenkäfig. Als der Wärter die drei Tiere tränken wollte, fiel ein Löwe über ihn her, warf ihn zu Boden und verletzte ihn schwer. Die beiden anderen Tiere stürzten sich darauf gleichfalls auf den am Boden Liegenden.

Auf die gellenden Hilferufe des Schwerverletzten eilten vier auf dem Hofe befindliche Personen herbei. Unter eigener Lebensgefahr gelang es ihnen schließlich, die wütenden Tiere mit Forken von ihrem Opfer abzuhalten und den Wärter aus dem Käfig zu holen. Wilhan erlag nach kurzer Zeit seinen schweren Verletzungen.

Der „lebende Leichnam"

Der Rastenburger Kaufmann Saffran, der in betrügerischer Absicht sein eigenes Geschäft in Brand setzte und eine Leiche mitverbrennen ließ, um seinen eigenen Tod vorzutäuschen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R.G.O.

Nr. 266 – 10. Jahrg. 1. Beilage

Klassenkampf

Mittwoch, 12. November 1930

Geiseltal-Kumpels, rüstet zum Streik!

Ein Arbeiterkorrespondent von „Lea" mahnt

Auf „Leonhardt" im Geiseltal soll am 15. November der Abraumbetrieb stillgelegt werden. Außer den Abraumkumpels werden noch 40 aus anderen Abteilungen entlassen. Man rechnet 120 bis 130 Mann, die am 15. November ihre Papiere in die Hand gedrückt bekommen. Auch Angestellte werden dabei sein. So mancher zittert um seinen Posten. Gerade diejenigen, die auf der Belegschaftsversammlung und der Direktion gegenüber katzbuckelten. Einer ist der Oberheizer W. Pretzsch. Wenn dieser Mann Befehle erteilt und diese werden nicht sofort ausgeführt, dann droht er damit „in die Fresse hauen"! Dabei beschäftigt er den Kesselheizer mit anderen Arbeiten, was absolut unzulässig ist. Ein Heizer darf niemals den Kessel verlassen, sonst wird es sehr bald ein zweites Neurode geben. Die Bergpolizei wird in solchen Fällen nach Schuldfrage nach dem Unglück pro forma auftrollen. Vorher aber sie jedenfalls nicht in den Betrieben für Abhilfe sorgen. **Das müssen die Proleten selbst tun!**

Kumpels von Leonhardt, haltet Euch an die Forderungen, die die Bergarbeiterreviere in Bitterfeld aufgestellt wurden. Sie gelten auch für Euren Betrieb im Geiseltal. Ergänzt sie noch, wenn es notwendig ist. Schützt Euer Leben und Eure Gesundheit, bildet eine starke Betriebsgruppe der RGO. Nur durch Kampf, durch offenen Streik könnt Ihr Eure Interessen vertreten, könnt Euch gegen Entlassungen und weiteren Lohnraub wehren. Die Entlassungen werden jetzt wieder vorgenommen, um die Kampfstimmung, die in Euch wächst, zu erdrücken. Die Entscheidungsstunde ist da, das wissen die Unternehmer. Die Bonzen wissen es. Sie werden bremsen, soweit sie es können. Danach fragt Euch nicht. **Rüstet zum Streik, macht auf der ganzen Linie mobil!**

Wo bleiben die Kündigungen?

R.-K. Mit großer Stirn haben unsere Bonzen vom Bergarbeiterverband zum 30. Nov. das Mehrarbeitsabkommen gekündigt. Wir Kumpels sind gespannt, was nun werden soll. Nach den „allerhöchsten" Theorien dieser Herrschaften müßten jetzt Kündigungszettel ausgegeben werden, die von den Arbeitern unterschrieben und von den Direktionen gesandt werden sollen, natürlich zu dem Zweck, die Schwankenden unter uns noch schwankender zu machen und den Kampfwillen der Belegschaften zu zerstören. Weil wir dieses Spiel kennen, sehnen wir uns auch gar nicht nach den Kündigungszettel — wenn sie kämen, würden wir sie verbrennen. Es ist schon alt genug. **Zum Streik brauchen wir kein Papierchen.** Es geht auch so. Wenn die Belegschaften den Streik beschließen, **wird eben gestreikt,** und die Kündigungszettel soll der Teufel holen. Wir wissen aber, daß Reddigau nicht auf diesem Standpunkt steht — warum schickt er also die Zettel nicht aus, wenn die Kündigungen am 1. Dezember „rechtswirksam" werden? Haben etwa von Berlin her ein kalter Reif auf seine schönen Illusionen gefallen sein?

Bauproleten, nicht murren, sondern kämpfen

R.-K. Bei der Firma Hermann Pfeiffer, Baustelle Friedrich-Ebert-Straße in Halle, wühlen acht Meister herum. Es ist eine Wirtschaft. Am schlimmsten ist es, wenn der Geschäftsführer Schmidt kommt. Da heißt es, man müßte den Alten sofort Feuer geben und kräftigere Leute einstellen. „Es wird nichts gemacht." Schmidt hat die Akkordbezahlung abgeschafft, die er erst einführte, um festzustellen, was zu leisten ist, und jetzt muß im Stundenlohn das Gleiche geschafft werden. 25 bis 28 Gesellen und Lehrlinge sind auf dem Bau. Auf vier Maurer kommt ein Heizer. Daß unter diesen Umständen ein furchtbares Gewühl sein muß, kann sich jeder denken. Heimlich murren die Kollegen über diese Zustände. Aber keiner hat den Mut, sich dagegen aufzulehnen. Es kann weiter nichts helfen als wie eine Belegschaftsversammlung, die die Forderungen aufstellt und die gewillt ist, diese unter Führung der RGO. im Streike durchzusetzen.

Reformistische Betriebsräte als Ueberstundenschieber

R.-K. Ein schlechtes Beispiel für die Ueberstundenschieberei im Werk Frankleben hat der reformistische Betriebsratsobmann gegeben, der sich sonst in Worten gegen die Ueberstundenarbeit aufspielt. Er hat es selbst nicht fertgebracht, die Ueberstundenarbeit zu verweigern. Das ist so richtig reformistisches Verhalten. Uebrigens ist der getreue Fridolin Zeiger, der ehemalige Obmann des Werkes, ein reicher Couleur. Auch er leistet „im Interesse des Betriebes" Ueberstunden. Die Belegschaft sieht, daß sie unter reformistischer Führung nur auf den Hund kommt. Sie muß Abhilfe schaffen, um die Betriebsgruppe der RGO. stärkt und Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich erkämpft!

Der 5. RGI.-Kongreß stellt den Betrieben die Aufgabe:

Vorbereitung der Tarifkämpfe

Der 5. RGI.-Kongreß legte in seinen Thesen zu den Tarifkämpfen der Arbeiterschaft folgendes fest:

„Notwendig ist die sorgfältigste Vorbereitung, energische, selbständige Durchführung und bestmögliche Ausnützung der Tarifkampagnen für die Organisierung des Kampfes um bessere Arbeitsverhältnisse, für die Befreiung der Massen vom sozialfaschistischen Einfluß und ihre Eroberung für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung . . . In Ländern, wo rote Gewerkschaften nicht bestehen, sollen die RGI.-Anhänger die Initiative übernehmen, hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen durch Arbeitervertreter in Gestalt von Tarifausschüssen, die von allen Arbeitern in Betriebsversammlungen gewählt werden. Die RGI.-Anhänger müssen eine großangelegte Massenkampagne gegen die von den Gewerkschaftsbürokraten und Kapitalisten hinter den Kulissen betriebenen Tarifverhandlungen und für eine Stellungnahme zu den Tarifverträgen in den Betrieben einleiten . . .

Durch Einleitung einer breiten Aufklärungskampagne ist die Annahme von Arbeiterbeschlüssen in dem Sinne zu erzielen, daß die Arbeiter nur solche Verträge anerkennen werden, zu denen sie Stellung genommen und ihre Zustimmung gegeben haben und die daraufhin in ihrem Namen von den selbstgewählten Tarifausschüssen abgeschlossen werden."

Führt die Beschlüsse durch! Hinein in die RGO.!

Scheinheilige Frage der Bonzen:

„Was geht bei der Reichsbahn vor?..."

Die sozialfaschistischen Erzdemagogen werden entlarvt — Kommt zur Eisenbahnerversammlung der RGO.

Unter diesem Titel bringt die sozialdemokratische Presse Teile des Offenen Briefes, den der Einheitsverband der Eisenbahner an den Generaldirektor der Reichsbahn gerichtet hat. Es wird hierin u. a. Dorpmüller die Frage gestellt, ob es wahr ist, daß im Verwaltungsrat der Reichsbahn der Antrag eingebracht ist, die bisher in den Reichsbahnausbesserungswerken ausgeführten Reparaturen der Privatindustrie zu überweisen, weil sie dort zuverlässiger und billiger ausgeführt werden.

Gegenüber diesem Antrag eines Mitgliedes des Verwaltungsrats, der gleich dem größten Teil der übrigen zweifellos zu den Kapitalsvertretern vom Schlage eines Siemens, Klöckner usw. gerechnet werden kann, glaubt jetzt Scheffel mit einem Offenen Brief antworten zu müssen.

Die schwammige und kriechende Fassung des Briefes läßt aber erkennen, daß die Bürokratie des Einheitsverbandes nicht die Absicht hat, mit aller Schärfe entsprechend den tatsächlichen Werkstättenverhältnissen diesem Versuchsballon der Kapitalisten an richtiger Stelle entgegenzutreten. Jeder Werkstättenkollege, der die Leistungssteigerung seit Beginn der Rationalisierung am eigenen Leibe verspürt, wird daher diese neueste Agitationstour Scheffels als vollendete Demagogie bezeichnen.

In seinem Schreiben richtet Scheffel an den Generaldirektor z. B. die Bitte, doch einmal „Erwägungen anzustellen", inwieweit die Behauptung des Antragstellers zutreffend ist, daß die Privatindustrie besser und billiger arbeitet. Er glaubt also Zweifel hegen zu müssen, wie zahlreiche Berichte aus Arbeiter- und Beamtenkreisen bewiesen haben, daß die heutigen Leistungen der Werkstätten mit jedem Privatbetrieb in Vergleich gestellt werden können. Die Hauptverwaltung selbst weiß dieses und haben ihre Direktoren wiederholt hierüber berichtet. Hiernach konnte festgestellt werden, daß gegenüber den 114 Werkstätten im Jahre 1913 bis jetzt insgesamt 23 Werkstätten und rund 53 Werkstättenabteilungen infolge der Rationalisierung geschlossen worden sind und eine Einschränkung der seinerzeit geplanten Neubauten um 61 v. H. erfolgt ist. Die Arbeiterzahl ist demnach gleichfalls erheblich verringert und steht, trotz der Mehrheit, infolge der weit komplizierteren Bauart der Fahrzeuge, bereits in der Höhe des Vorkriegsstandes. Weitere Mehrleistungen sind von den Werkstätten aufzubringen durch die Einführung der KK-Bremse, die der Verwaltung die Möglichkeit gab, im Fahrdienst rund 28 000 Bedienstete einzusparen. Die Belastung der Züge infolge der allgemein stärkeren Lokmpen beträgt bereits mehr als 30 v. H., und dennoch konnte die Geschwindigkeit der Güterzüge von 30 bis 40 Kilometer auf 50 bis 65 Kilometer erhöht werden, was wiederum zur Folge hatte, daß Hunderte von Schaffnern im Fahrdienst eingespart wurden.

Nachdem die Rationalisierung der Werkstätten sich im letzten Stadium befindet und bereits eine Mehrleistung von 40 bis 60 Prozent erreicht worden ist, glaubt man eine noch weitere Steigerung durch die Konzentration der Reparaturstellen, d. h. Schließung von Werkstätten, zu ermöglichen. Ebenso wird versucht werden, durch die Drohung der Werkstattschließungen ein Mittel in die Hand zu bekommen, um gegenüber den Arbeitern und Beamten die geplante Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und den Abbau der Löhne und Gehälter beginnen zu können.

Schon jetzt muß daher von den Werkstättenarbeitern der schärfste Protest hiergegen erhoben werden. Eine endgültige Sicherung der Existenz der Werkstättenarbeiter wird nur möglich, wenn auch sie sich einreihen in die allgemeine Kampffront gegen das Kapital, in die Front der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Achtung! Achtung!

Eisenbahner, Beamte, Werkstättenarbeiter!

Am 14. November, Freitag, abends 8 Uhr, findet im „Deutschen Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, eine

große öffentliche Eisenbahnerversammlung

statt. Als Referent erscheint der Kollege Chwalek, M. d. R. und Vorsitzender des Reichsbahnbetriebes Königsberg.

Tagesordnung: 5. RGI.-Kongreß. Die augenblickliche Lage im Reichsbahnbetrieb. Kurzarbeit. Arbeitszeitabkommen. Auf Grund der gespannten Lage innerhalb des Reichsbahnbetriebes ist es notwendig, daß alle Eisenbahner sich Aufklärung holen.

Heraus zur Versammlung!

Das ist der Reichsbahnbetrieb . . .

Stimme aus Naumburg — Eisenbahner, besinnt Euch!

R.-K. Bei der Bahnmeisterei Naumburg fühlt sich ein Herr Hirschfeld, ein Antreiber ersten Ranges, gemütlich, immer schärfere Arbeitsmethoden auszuknobeln. Er ist Vorarbeiter, und da muß er sich der Verwaltung gegenüber erkenntlich zeigen. Hirschfeld versucht mit allen Mitteln, den Personalausfall auf Kosten der Eisenbahner wieder wettzumachen. Oft genug wird Sonntags geschuftet, und wie ...? In einem Wahnsinnstempo wurden die Schienen auf der Strecke Leißling—Naumburg abgeladen.

Nicht weniger als fünf Mann wurden dabei verletzt, drei davon haben sich krank melden müssen!

Auf Unfallschutz wird gepfiffen, obwohl immer neue Unfallbestimmungen herauskommen. Die Verwaltung glaubt sich damit zu decken. Die Hauptsache ist, daß die Unfallbestimmungen existieren. Eingehalten werden sie nicht, denn das würde ein Sinken des Profits bedeuten. Hirschfeld verbindet seine Antreiberei mit niederträchtigen Redensarten. Z. B. „Wenn Ihr nichts machen wollt, dann macht, daß Ihr fortkommt", oder „Je älter Ihr werdet, je dümmer werdet Ihr!" Dabei hat der Mann die Hände bis an die Ellbogen in der Tasche. Bisher haben die Kollegen gegen die Zustände und gegen die skandalöse Behandlung noch nicht Front gemacht. Sie glauben, daß sie beim geringsten Mucken entlassen werden.

Diese Einstellung ist falsch. Es kommt darauf an, daß alle geschlossen stehen. **Eisenbahner, hinein in die Betriebsgruppe der RGO.! Nur durch Kampf könnt Ihr unter ihrer revolutionären Führung Eure Interessen wahrnehmen.**

„Wie ein Kammerdiener lief er hinter den Ausbeutern her . . ."

R.-K. Als die IG. Farbengewaltigen in Wolfen die Giftküchen besichtigten, stolperte ein Kerlchen hinter ihnen her. Die Proleten machten ihre Glossen über ihn. Sie sagten, er hätte seine Ledergamaschen nur angehabt, damit er nicht aus den Latschen kippe, wenn er vor Duisberg und Konsorten Bücklinge mache. Er hätte sich ausgenommen wie ein Kammerdiener. Wißt Ihr, wer das war? Der reformistische Betriebsratsvorsitzende der IG. Farbenfabrik Wolfen, Rupprecht. Wie er sich hinter verschlossenen Türen bewegt hat, ist nicht bekannt geworden. Es genügt aber schon sein Auftreten in der Oeffentlichkeit. Während die Arbeitermassen gegen die Giftigaskönige und gegen ihre Ausbeutung in wuchtiger Kampfdemonstration aufmarschierten, hielt es der Herr Betriebsratsvorsitzende für angebracht, mit dem IG.-Gewaltigen durch die Betriebe zu gehen. (Durch „unsere" Betriebe wird er sagen, denn nach Meinung der Reformisten gehören die Giftbuden schon halb und halb der Allgemeinheit. Der Ber.)

Rupprechts Haltung während des Aktionärbesuchs ist übrigens nur zu begrüßen, denn da lernen ihn die Proleten, die ihn bisher noch nicht kannten, endlich in seiner wahren Gestalt kennen, und bei der nächsten Betriebsratswahl heißt es für Rupprecht: Abtreten!

Nur rote Betriebsräte kommen für die IG.-Belegschaft in Frage!

Zur Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe

Im graphischen Gewerbe Deutschlands führen die Unternehmer jetzt eine Lohnabbauoffensive durch. Sie versuchen mit allen Mitteln, die übertariflichen Löhne der gelernten Berufsarbeiter zu senken. Die von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarife begünstigen diese Durchführung der Lohnsenkungsaktion.

In den Provinzstädten und in den maßgebenden Druckorten wie Leipzig, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M., München usw. ist es wiederholt zu betrieblichen Vorstößen der Unternehmer gekommen. Die Prozeßaktion des Buchdruckunternehmerverbandes gegen den Buchdruckerverband zeigte deutlich, daß die bürgerliche Justiz der Arbeitsgerichte im Interesse der Unternehmer arbeitet.

Die sozialdemokratische Bürokratie der graphischen Verbände hat, trotz aller neuesten Auslassungen ihrer „Prominenten" klar gezeigt, die Absicht, die Kollegenschaft der graphischen Industrie durch Verrat zu schädigen, wie ihre Kumpane im Metallarbeiterverband, im Bergbau u. Co., die Metallarbeiter verraten haben. Der Vorstand des Verbandes der Buchdrucker, Krautz, hat schon vor der Kündigung des Lohntarifes in der Dresdner Buchdruckerverhandlung verraten, daß die Bürokraten nicht gewillt sind, um einen Lohn und bessere Arbeitszeit zu kämpfen. Die SPD.-Clique in den Bürokratensesseln will folgendes Manöver durchführen: Sie will 44 Stunden Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Kollegen durchschlagen und die Unternehmer sollen dann um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden ersucht werden.

In Leipzig wurde Krautz noch deutlicher, dort erklärte er in der Mitgliederversammlung am 20. Oktober 1930:

daß eine Arbeitszeitherabsetzung auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden müsse, ohne daß es möglich sein werde, einen Lohnausgleich zu erkämpfen, da die „deutsche Wirtschaft" nicht in der Lage sei, Lasten hierfür aufzubringen".

Durch die Ausführungen von Krautz ist bewiesen, daß die SPD.-Bürokratie durch ihre grundsätzliche Einstellung die Lohnsenkungsoffensive der Unternehmer unterstützt. Sie will nur klüger und gerissener vorgehen und hofft, daß sie mit Betrugsmanövern die graphische Arbeiterschaft täuschen kann. Den rigorosen Lohnabbau, der in den Harburger Oelraffinerien durch Arbeitszeitverkürzung auf täglich sechs Stunden ohne Lohnausgleich vorgenommen wurde, preisen sie im „Korrespondent" Nr. 86, S. 519, als „einen verheißungsvollen Anfang zum Sechsstundentag".

In Pößneck (Thüringen) wurde mit Wissen des Gauvorstehers Wislaug der Lohn abgebaut mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß der jetzige Lohnabzug bei der kommenden Senkung der Tariflöhne abgerechnet werden soll. Um diesen Verrat fertigzubekommen, soll sich der Bürgermeister von Pößneck selbst bemüht haben. Bei der Auseinanderreißung dieser arbeiterfeindlichen Argumente und Handlungen der SPD.-Bürokratie und graphischen Verbände wird jeder zur Schlußfolgerung kommen, daß die kommende Lohntarifbewegung im Buchdruckgewerbe von Krautz u. Co. ebenso schändlich verraten werden wird, wie der Metallarbeiterstreik in Berlin.

Auch in Hamburg behauptete der sozialfaschistische Referent am Schlusse seiner Ausführungen wörtlich: „Arbeitszeitverkürzung mit einem gewissen kleinen Opfer ist besser als ein Kampf." Die Hamburger Kollegen haben diesem sozialfaschistischen Bürokraten die richtige Antwort gegeben. Sie sind für die Aufnahme des Kampfes um die Vierzigstundenwoche, sie sind gewillt, gegen direkten und indirekten Lohnabbau, für Erhöhung der Löhne mit allen Mitteln zu kämpfen. Und sie wissen, daß nur die RGO. der graphischen Industrie diese Kämpfe organisiert und führt.

Graphische Arbeiter! Treffe alle Vorbereitungen, verstärkt die Reihen der RGO., um gegen die Lohnräuber den Kampf aufnehmen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0007

HALLE

Mittwoch, 12. November 1930.

Wenn die Nazis ... den Krampf bekommen

Im Lager der Hakenkreuzler fängt es an zu rumoren. Während des Wahlkampfes schrien sie aus Leibeskräften: „Baut Sie zusammen! Stampft Sie nieder! Mistet aus!“ Ueber 6 Millionen Wähler in Deutschland und über 30 000 Wähler in Halle waren auf diese Marktschreierei hereingefallen. Am 15. September und einige Zeit danach berauschten sich die „Kämpfer für das Dritte Reich“ an ihrem großen Sieg und warteten darauf, daß die 107 Nazi-Abgeordneten mit dem Zusammenbauen und Ausmisten anfangen würden. Sie warteten darauf, daß etwas kommt. Irgend etwas muß doch nach einem solch „gewaltigen Sieg“ kommen, meinten die im Siegestaumel schwelgenden und in banger Erwartung schwebenden SA.-Kolonnen. Aber es kam nichts. Die Leute in der Regierung taten so, als ob überhaupt nichts passiert wäre. Brüning sitzt fester im Sattel denn je. Und die 107 Nazi-Abgeordneten hatten, als sie im Reichstagsgebäude saßen und ihre Diäten und Fahrtkarten im Besitz hatten, regelrecht „vergessen“, daß sie ihren Wählern einmal versprochen hatten, auszumisten und die ganze Bande zusammenzuhauen.

Und nun sind die SA.-Leute unzufrieden. Sie fangen an zu maulen. Sie wollen nicht länger warten. Sie brauchen Arbeit, sie wollen ihren „Heldenmut“ beweisen. Die Nazi-Führer wissen weder ein noch aus. In höchster Not sind sie dazu übergegangen, durch die Fabrikation von niedlichen Versen über kleine Mädchen den Unmut ihrer „Sturmkolonnen“ etwas zu besänftigen. Aber auch diese rührselige SA.-Poesie hat nichts genutzt.

Die SA.-Leute haben dann in höchster Verzweiflung die „Initiative“ ergriffen. Sie haben in den letzten Tagen eine Reihe von heimtückischen und feigen Ueberfällen auf revolutionäre Arbeiter unternommen. Aber sie zogen dabei den Kürzeren. Denn die Bekanntschaft mit Proletenfäusten ist etwas Unangenehmes. Proletenfäuste sind nicht von Pappe und hauen ganz anständig dazwischen.

Der „Klassenkampf“ hat den feigen politischen Verrat der Nationalsozialisten an ihren Wählern in den letzten Tagen gebührend gelobt. Die Nazis haben bekanntlich im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages bei der Abstimmung über die sozialistischen Anträge auf Einstellung der Young-Zahlungen und Räumung aus dem Rheinland sich der Stimme enthalten. Die Führer, die ehemals (vor den Wahlen) in Heidenpose die „Zerstörung des Young-Planes“ ankündigten, sind zu hündischen Knechten der Young-Ausbeuter geworden. Da kommt man das hallische Blättchen, „Der Kampf“, und versucht, die Haltung der Nazis im Auswärtigen Ausschuß zu verteidigen. Man schreibt:

„Der „Klassenkampf“ weiß genau, daß wir, wenn Deutschland einmal nationalsozialistisch sein wird, den Young-Plan zerreißen werden.“

Wenn wir also mal ein Nazi-Deutschland haben, dann werden ... Aber trotzdem wagen es die Nazis nicht, für das, was durch ihr demagogisches Volksbegehren „gegen den Young-Plan“ vorbereitet haben, jetzt die Verantwortung zu übernehmen, zu feige sind. Sie wollen den Young-Plan zerreißen, wenn einmal an der Macht sind. Aber trotzdem kämpfen sie heute gegen Anträge der Kommunisten auf Einstellung der Young-Zahlungen. Das, was der „Kampf“ also zum Ausdruck bringt, ist nichts weiter als regelrechter — Krampf.

Ebenso ist es mit Herrn Cyarnowsky, dem Laufjungen der hallischen Bürgerblocks. Der tapfere Knabe wagte es nicht, der Einladung der hallischen Erwerbslosen Folge zu leisten und öffentlich für seine erbärmliche Rolle in der Stadtverordnetenversammlung Rechenschaft abzulegen. Und deshalb stammelt der „Kampf“: „Löst das Stadtparlament auf, und wir werden schon Ordnung machen!“

Wenn also erst einmal die Nazis im hallischen Stadtparlament die Mehrheit haben — dann wird ... (Genau so wie die Sozialdemokraten.)

Ja, wenn der Hand nicht gesch—tolpert wäre, hätte er den Hasen gekriegt! Auch dazu kann man nichts weiter sagen, als: Krampf, nichts als Krampf. Und wenn man dann noch hinzufügt, daß das Nazi-Blättchen mit Herz und Seele und im Bunde mit den so viel bekebdeten „jüdischen Warenhäusern“ den Rummel der „Deutschen Woche“ unterstützt und die Judenbank Preis einer Menge gut bezahlter Inserate (auch von großen Warenhäusern) weit zurückstellt, dann muß man sich fragen: Wo sind die Nazis hingekommen?

Sie sind beim glatten Betrug und Verrat ihrer Wählerschaft gelandet! Sie sind politisch bankrott! Und sie sind nahe daran, auf den Hund zu kommen.

*

Der Kampfbund gegen den Faschismus, dem immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen zustoßen, wird in den nächsten Tagen eine große antifaschistische Kundgebung abhalten. Auf Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

„Unsere Scheunen sind voll“

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Den Auftakt zu der gegenwärtig in Halle stattfindenden „Deutschen Woche“ bildete ein pompöser Reklameumzug am Sonntag. Da wurde der hallischen Bevölkerung wieder einmal deutscher Geist und deutsches Wesen en gros vorgeführt. Was da der Bevölkerung alles an deutschen Fabrikaten angepriesen wurde, geht über keine Kuhhaut. Der größte Teil des Umzuges bestand aus deutschen Blumenwagen. „Deutsche Frauen, laßt Euch nur deutsche Blumen schenken“, war an diesen Wagen zu lesen. Dabei erzählte man sich, daß der Wagen eines bekannten Blumenhändlers mit von Holland eingeführten „deutschen“ Blumen geschmückt gewesen sei. Ein Großagrarier führte einen mit Zuckerrüben vollbeladenen Wagen spazieren. Außen war der Wagen mit Rübenkraut behangen. Wollte man damit den deutschen Hungernden vielleicht kund tun, daß der „Teufel“ (sprich Erwerbslose) in der Not sich auch mit Rübenkraut begnügen kann? Verschiedene Gemüsehändler führten deutsches Obst und deutschen Kohl spazieren. Darunter befand sich auch ein Wagen eines anscheinend großen Gemüsebauern, der die Inschrift enthielt:

„Unsere Scheunen sind voll, wir brauchen Absatz.“

So ist es richtig! 14 000 Erwerbslose müssen mit ihren Angehörigen Hunger und Not leiden. 7000 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger können sich kaum den „Luxus“ eines warmen Mittagessens leisten. Aber die Scheunen sind voll so voll, daß die Lebensmittel bald verfaulen. Draußen hungern die Massen und werden, wenn sie einmal rebellieren, mit Gummiknüppelsuppe nach Severingschem Rezept gesättigt.

Das ist die „Deutsche Woche“. Sie hat noch einen erheblichen Mangel. Trotz gewaltiger Bemühungen prominenter Vertreter der deutschen Wissenschaft ist es noch nicht gelungen, die Gummiknüppel, die in diesem Winter in besonders scharfer Weise auf die Schädel der Erwerbslosen niedersausen sollen, aus deutschem Material herzustellen. Soweit hat es deutsche Kraft und deutscher Geistesaft eben noch nicht gebracht. In Deutschland wachsen noch keine Gummibäume und deshalb können die Erwerbslosen auch noch keine echt deutsche Gummiknüppelsuppe verabreicht bekommen. Aber sie sollen sich trösten. Die Gummiknüppel werden von fernigen deutschen Polizistenfäusten geschwungen, so daß der „Nachteil“ wieder etwas ausgeglichen wird.

Alles in allem: An teutschem Wesen wirs einmal die Welt...

Ausstellung „Neues Bauen“. Der Bund Deutscher Architekten (BDA.) veranstaltet gemeinsam mit dem Hall. Kunstverein in besen Ausstellungsraum in der ehemaligen Garnisonkirche, Domplatz 5, eine Ausstellung „Neues Bauen“. Es werden etwa 150 Arbeiten gezeigt, in der Hauptsache Photographien ausgeführter Bauwerke aus dem letzten Jahrzehnt, Wohnbauten, Kirchen, Schulen, Geschäftshäuser, Industriebauten und Villen, und zwar aus dem Gebiete der Provinz Sachsen und Anhalt. Die Ausstellung ist vom 12. bis 30. November täglich von 15 bis 21 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Mit dem Messer gegen die Mutter. Am Montagabend brachte in der Dessauer Straße ein 17jähriger Arbeiter nach vorhergegangenem Streit seiner Mutter mit einem Taschenmesser einen Stich in den Kopf bei. Der Täter, welcher sich versteckt hielt, wurde später von Zivilpersonen erkannt und der Polizei übergeben. Er wurde in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Parteigenossen, Sympathisierende von Halle!

Große Mitgliederversammlungen

Thema: Die RGO. und die Bedeutung des 5. RGI.-Kongresses. Das antifaschistische Aufgebot für Partei und Presse!

Osten: Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im Lokal Hüfne..
Süden: Mittwoch, 12. November, 20 Uhr, in der Schulheis-Klause.
Südwesten: Freitag, 14. November, 20 Uhr, im Lokal Weinrich.
Zentrum: Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette“.
Westen: Freitag, 14. November, 20 Uhr, in der Produktiv.
Jungarbeiter, Frauen, „Klassenkampf“-Leser und Sympathisierende haben Zutritt.

Die KPD.-Stadtteilleitungen.

Die Weltliche Schule fördert die

Nationalistische Verhetzung der Arbeiterkinder

Am Montag fand anläßlich der „Deutschen Woche“ in Halle in der Saalschloßbrauerei, dem Hauptquartier der Stahlhelmer und nationalsozialistischen Mordbandviten, eine Veranstaltung statt, zu der die hallischen Schulkinder hingeleitet worden sind. Was im allgemeinen über die „Deutsche Woche“ zu sagen ist, haben wir schon mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Wir haben auch die Arbeitereltern davor gewarnt, ihre Kinder für diesen nationalistischen Reklame-Rummel mißbrauchen zu lassen. Die Herren Lehrer sollen in diesen Tagen ihren Unterricht in den Schulen auf die Veranstaltung der „Deutschen Woche“ einstellen, „Aufsatzwettbewerbe“ durchführen und die Verkleisterung der Hirne der Arbeiterkinder mit nationalistischen Phrasen nach allen Regeln der Kunst fördern. Wer nun geglaubt hätte, daß diese Tätigkeit im Dienste der schwarzweißroten Reaktion ausschließlich den Nazi- und Stahlhelmlehrern vorbehalten bleiben würde, sah sich gewaltig getäuscht.

Nicht nur die Stahlhelmlehrer, sondern auch die sogenannten sozialistischen Lehrer der Weltlichen Schule haben sich in den Dienst dieser reaktionären Veranstaltung gestellt.

Die Weltliche Schule in Halle hat sich geschlossen an den Kinderveranstaltungen anläßlich der „Deutschen Woche“ beteiligt. Die Lehrer der Weltlichen Schule haben die Kinder ihrer Klassen am Montag selbst nach der Saalschloßbrauerei geführt. Hier haben sie in trauter Gemeinschaft mit den Stahlhelmern und Hurrapatrioten, den Hauptbeteiligten dieses Reklamerummels, die nationalistische Verhetzung und Verseichung der Arbeiterkinder unterstützt und gefördert. Diese ungeheuerliche Tatsache, über die wir uns nicht im geringsten wundern, da sie ja völlig in der Linie der Politik der „weltlichen“ Schule liegt, sollte doch alle Arbeitereltern veranlassen, sich über die Rolle dieser Schule im Dienste der Kulturreaktion und des Nationalismus klar werden.

Es ist notwendig, daß alle Arbeitereltern gegen diesen Mißbrauch ihrer Kinder durch die Weltliche Schule in Halle den allerschärfsten Protest erheben und daraus ihre Konsequenzen ziehen!

Verschleuderung von Genossenschaftsgeldern

statt Senkung der Warenpreise

Wie wir unserem Bruderorgan, der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ entnehmen, finden heute in Leipzig fünf große öffentliche Versammlungen der Revolutionären Genossenschaftsopposition Leipzig und Umgebung statt mit dem Thema: „Verschleuderung von ¼ Million Genossenschaftsgeldern statt Senkung der Warenpreise“. Die Mitglieder des reformistischen Konsumvereins Leipzig werden vor die Frage gestellt, ob sie für die finanziellen Folgen der Mißwirtschaft der reformistischen Genossenschaftsbürokratie die Haftung übernehmen oder sich unter Führung der Revolutionären Genossenschaftsopposition dagegen zur Wehr setzen wollen.

Wie wir erfahren, handelt es sich hierbei vor allem um den Protest gegen die verbrecherischen Spaltungsabsichten der Sozialfaschisten, gegen den Plan, im Bereich des AKW. Halle Verkaufsstellen des Leipziger Konsumvereins zu errichten. Der verantwortungsbewußte und klassenbewußte Teil der Leipziger Genossenschaftsmitglieder erkennt darin mit Recht eine skrupellose Verschleuderung von Genossenschaftsgeldern, weil die Verkaufsstellen des Leipziger Vereins im hallischen Bezirk Fiasko erleiden müssen, genau wie es in Neurößen der Fall ist, wo die Genossenschaftsbürokratie mit Hilfe des Chemiekapitals einen sozialfaschistischen Werkskonsumverein gegen den Merseburger Konsumverein ausgemacht hat.

Die hallischen Arbeiter begrüßen die Initiative ihrer Leipziger Klassengenossen und sind überzeugt davon, daß die Verbreiterung ihrer Kampffront den Genossenschaftsspaltern eine neue Niederlage beibringen wird.

„Terror in Jugoslavien“ — „Gefängniswesen in der Sowjetunion“

wird am

Donnerstag, dem 13. November, 20 Uhr,

im Produktiv-Saal in Lichtbildern vorgeführt.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Stadtteils Westen werden zu dieser Veranstaltung eingeladen. Eintrittspreis 10 Pfennige.

Rote Hilfe, Stadtteil Westen.

Mehr Klassenbewußtsein

Sechs Monate Gefängnis für zwei Messerstiche

Vor dem hallischen Schöffengericht marschierten zwei junge Burschen aus Wehlitz und Rodden auf, um sich wegen einer schweren Schlägerei am 29. Juni in Rodden, bei der gefährliche Messerstiche gab, zu verantworten. Anläßlich eines Zusammenstoßes in Rodden, bei welchem dem Alkohol rüchtig zugesprochen wurde, kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Beteiligten sollen hierbei die Angreifer gewesen sein und zwei Messerstiche dem Mann hoch auf der Anklagebank. Der Schweizer R., der mit dem Teilnehmer mit dem Messer verletzt hatte, sitzt sogar seit Monaten Vorfall in Haft. Die Angeklagten wurden von ihren „Genossen“ aus Rodden schwer belastet, so daß es dem Vertreter der Anklage leicht fiel, die Anklagepunkte wegen schwerer Körperverletzung aufrecht zu halten. Dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend wurden Urteile von 30 Mark Geldstrafe bis zu 6 Monaten Gefängnis gefällt.

Täglich fordert der Alkohol seine Opfer. Auch die Felder der Schlägerei sind auf übermäßigen Genuß von Alkohol zurückzuführen. Auch diese jungen Burschen müßten endlich zu der Erkenntnis kommen, daß die Arbeiterschaft wichtigere Aufgaben zu erfüllen hat als derartige Selbstzerfleischungen. Den Vorteil hieraus sichern sich die Feinde der Arbeiterschaft, die das größte Interesse daran haben, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu zerschlagen.

Einbrüche in der Nacht

In der Nacht zum 10. November wurde bei einem hiesigen Lebensmittelhändler und bei einem Altesenhändler je ein Einbruchdiebstahl ausgeführt.

Während die Einbrecher bei dem Eisenhändler hauptsächlich Werkzeuge und Kleidungsstücke stahlen, sind ihnen bei dem Lebensmittelhändler Bargeld und Schmucksachen aller Art, insbesondere eine goldene Damenuhr mit Sprungdeckel und einem Monogramm sowie in die Hände gefallen, desgleichen 10 einzelne Dollarscheine.

„Als Arbeiter-Fotograf in Sowjet-Rußland“

Unter diesem Titel veranstaltet die Vereinigung der Berufsfotografen, Ortsgruppe Halle, am Dienstag, 18. November, 20 Uhr, im Saale der Produktiv, Leuchtenfelder Straße, einen Lichtbildervortrag (zirka 100 Bilder). Trotz der Hetze der faschistischen und sozialfaschistischen Presse gegen die Sowjetunion ist es der Arbeiterschaft nur anzuraten, diesen Vortrag zu besuchen.

Zwei Schlüssel gefunden. An der Ecke Schützen- und Dreyhauptstraße wurden heute morgen zwei Schlüssel gefunden. Abzuholen bei der Redaktion „Klassenkampf“.

Stadtteil Südwest. Der Kursus muß wegen Lokalschwierigkeiten diese Woche ausfallen. Nächster Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Theater Konzerte Vorträge

Stefan Zweig — Premiere im Stadttheater. Am Donnerstag dieser Woche als Erstaufführung Stefan Zweigs Tragikomödie „Das Haus des Wunders“ in 4 Akten mit die Damen: Hasse Heller und Alice-Liese Jadow, daneben die Herren: Günther Boehnert, Alfred Durra, Eugen Eisenlohr, Fritz Reiß, Hans Jungk, Hans Richter und Otto Liebemann. Spielleitung: Alfred Durra. Bild: Professor Hoh.

Opernbühne. „Rotkäppchen und ihr Husar“ wahlfrei am Mittwoch 20 Uhr, „Lampe des Armen“, von Stefan Zweig. Erstaufführung am Donnerstag, „Die Hexe“ am 24. für H. (Einführung bis 15.). „Die heilige Flamme“ von Maugham als 2. Abonnement am 27. November (Einführung bis 15.). Kindertheater am 17.: „Alexe haben dich gern!“ Kleinkindertheater. Zum Besuch der Deutschen Sprachvereins am 20. (Sprechvorträge: Dr. Rich. Wolff und Elly Martin-Heinicke) erhalten unsere Mitglieder Vorzugsartikel in unserer Geschäftsstelle, Bismarckstraße 14, Ruf 2514.

Metropol-Theater. Das Gastspiel des Wiener Operetten-Ensembles bei den Wiener Operette: „Frühling im Wienerwald“ dauert nur noch bis einschließlich Sonnabend. — Sonnabend nachmittag 4 Uhr ist die einzige Wiederholung des beliebten Märchens „Aschenbrödel“ unter Mitwirkung des beliebten Staatsballetts. Sonntag findet hierzu eine Märchenvorstellung statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0008

Streicher will die Kommunisten überall ausrotten

Der Otto Streicher, seines Zeichens Landrat des Saalkreises, Wahrheit Perle Mitteldeutschlands, dünkt sich keine Sekunde Ruhe, Unausgeseiht ist er bestrebt, im Saalkreis die Kommunisten aus allen öffentlichen Aemtern und Funktionen auszurotten. Die Tätigkeit Streichers auf diesem Gebiete erregt in der Tat Bedenken. Es scheint, als ob dieser stramme Sozialdemokrat durch seine Terrorjustiz gegen die Kommunisten den Beläufigungsnachweis für höhere und besser bezahlte Pöstchen erbringen wollte. Auf die Kommunalfunktionären hat er ja schon den Rekord geschlagen und soll sich auch schon überall herumgesprochen haben.

Sonntags hat Streicher sich abermals ein Skandalstückchen geleistet.

Der Genosse Wilhelm Wollmann (Ammendorf) erhielt in diesen Tagen eine Zuschrift vom ersten Zivilsenat des Oberlandesgerichts Naumburg, in der ihm mitgeteilt wird, daß der Landrat nach einer Mitteilung des Landrates im Saalkreis (!) erfahren habe, daß Wollmann Mitglied der Kommunistischen Partei ist und die Erklärung der kommunistischen Parteifunktionäre vom 7. August unterschrieben habe. Genosse Wollmann soll sich zu diesen „ungeheuerlichen Tatsachen", Mitglied der KPD. zu sein und jene Erklärung gegen die Diktatursteuern unterschrieben zu haben, gegenüber dem Zivilsenat des Oberlandesgerichts äußern. Der Zweck dieser ominösen Aktion gegen den Genossen Wollmann ist,

ihn seines Amtes als Schiedsmann zu entheben.

Deutlich hat Herr Streicher seine Finger dabei wieder mit im Spiele. Tatsachen kann es ja auch nicht sein. Wo es einen Kommunisten zu maßregeln und zu denunzieren gibt, da ist Streicher mit Leib und Seele dabei. Lassen wir ihm das Vergnügen. Hoffen wir, daß ihm für seine besonderen Verdienste im Kampfe gegen die Kommunisten auch bald die von ihm ersehnte Anerkennung zuteil wird und er bald die Treppe hinaufpurzelt. Herr Streicher soll aber gelegt sein lassen, daß seine Treibereien natürlich auch einmal ein Ende haben werden. Wann dieses Ende kommt, darüber bestimmt einzig und allein das von Streicher so tief gehaßte revolutionäre Proletariat. Fest steht aber heute schon, daß Streicher seine Kommunisten mehr maßregeln wird.

Arbeit für Streicher

Kommunist zum Bürgermeister gewählt

In der letzten Stadtverordnetensitzung in Löbejün wurde der Genosse Wilhelm Wollmann (Ammendorf) mit 6 Stimmen der KPD. und einer SPD.-Stimme abermals zum Bürgermeister gewählt. Er wurde schon im Jahre 1928 einmal gewählt, aber nicht bestätigt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die sozialfaschistischen Regierungsclique auch diesmal wieder auf den Willen der Mehrheit der Löbejüner Bevölkerung pfeifen und den Genossen Wollmann nicht bestätigen. Um so mehr muß die Arbeiterschaft von Löbejün zu der Erkenntnis kommen, daß es Zeit wird, gegen die sozialfaschistische Willkürherrschaft im Dienste des kapitalistischen Staates mit anderen als parlamentarischen Mitteln zu kämpfen.

In derselben Stadtverordnetensitzung wurde die Einführung der Diktatursteuern ebenfalls einstimmig abgelehnt.

Der SPD.-Landrat Streicher wird deshalb sehr bald einen Zwangskommissar nach Löbejün schicken, der die Eintreibung der Diktatursteuern vornehmen soll. Die werktätige Bevölkerung von Löbejün wird aber der Aufforderung der kommunistischen Kommunalfunktionäre Folge leisten und den Kampf gegen die Diktatursteuern aufnehmen!

„Im Rosengarten von Sanssouci . . ."

A.-R. Ammendorf. Hallo! Am Sonnabend, 15. November, alles nach „Möllers Rosengarten". Jeder amüsiert sich wie er kann und will. Für Unterhaltung für jedermann ist gesorgt. — Mit solchem Tamtam wird große Reklame gemacht für einen Schwoof der Gemeindearbeiter Ammendorfs. Die Arbeiter, die im Sommer mit Hilfe des Betriebsrates auf die Straße gefegen sind, sind besonders eingeladen, denen sie sollen sich einmal satt trinken. Diese Kollegen verzichten darauf, mit solchen Leuten „einen zu trinken". Die Veranstaltung hat „der Kesse" in den Händen. Er mit seiner Minna wird den Laden schmeißen. Der Schnellläufer wird mit seinen Indianertänzen wahre Lachsalven hervorrufen. Als großer „Kartenkünstler" wird der „Kiesser" mit seinen Mätschelbeinen auftreten. Er hat für diesen Abend besondere „schwere Sachen" eingeübt.

Die Hochzeit des Leutnants Ferchlandt wird dort ihren Abschluß erfahren. Ein Pfaffe ist dazu besonders eingeladen. Die Hauskapelle der Gemeinde unter Leitung von „Spektagel" hat schon die neuesten Tänze einstudiert. Eine besondere Ueberraschung ist noch geplant: Dem Leutnant seine angetraute junge Frau hat noch verschiedene Reste von Likör stehen. Fritze kann diese Reste nicht allein wegmachen und deshalb wird ein Likörstand errichtet. Den Verkauf des Likörs wird Fritze selbst übernehmen, denn einen anderen traut man nicht, weil heute viel gekaupelt wird. Er wird seine alte Leutnantsuniform anziehen, während seine Frau in Kranz und Schleier hinter der Likörtheke stehen wird. Die ganze Gesellschaft wird diesen Stand nur so umlagern, denn es wird ein „Hochgenuß" sein, aus der Hand der jungen Gattin ein Gläschen Likör empfangen zu können. Dummheiten darf keiner machen, denn Fritze steht dabei und wird ein wachsames Auge haben. Wenn jeder den Kanal voll hat, wird er auf Kosten der Gewerkschaftskasse per Auto nach Hause gefahren.

Die klassenbewußten Arbeiter werden diese Sorte von Leuten, die vor lauter Unterwürfigkeit vor ihrem Herrn „Chef" und vor dem Leutnant nicht wissen, wie sie sich am besten bei ihnen beliebt machen sollen und sich gegeneinander selbst lächerlich machen, unter sich lassen.

Achtung, Jungkommunisten von Halle-Saalkreis!

Am Sonntag früh 8 Uhr ab Paradeplatz Abfahrt nach Schkeuditz zum Antifaschistischen Jugendtreffen. Fahrgeld 60 Pfennige.

Wir gratulieren der SAJ.

Vor nicht allzulanger Zeit wurde durch die BV. des Kommunistischen Jugendverbandes mitgeteilt, daß der Maurerlehrling Willi Walther aus dem KJVD. wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern, besonders von Geldern der Roten Hilfe, ausgeschlossen worden sei. Dieser korrumpierte Geselle fand freudige Aufnahme bei der SAJ. Wahrscheinlich wollte man damit beweisen, daß die SAJ. gerade die richtige Organisation für derartige Elemente ist. Wie wir nun erfahren haben, hat dieser Strolch, der auch zu Funktionen herangezogen ist, zwei Maurerlehrlinge in den Verband aufgenommen und gleichzeitig das Eintrittsgeld sowie die erste Beitragsmarke kassiert. Diese beiden Jungarbeiter warten nun aber bereits seit drei Wochen auf ihre Mitgliedsbücher. Wir fragen hiermit öffentlich bei der SAJ. und deren „Ehrenmitglied" Willi Walther an, wo das Geld für diese Aufnahmen hingekommen ist. Es besteht der starke Verdacht, daß auch dieses Geld an den klebrigen Fingern dieses Bürschchens hängen geblieben ist. Der gesamten Arbeiterjugend ist hier wiederum bewiesen, daß in der SAJ genügend Platz für korrumpierte Elemente ist, aber jeder klassenbewußte Jungarbeiter sich in die Organisation einreiht, die derartige Schädlinge der proletarischen Jugendorganisationen rücksichtslos entfernt: In den Kommunistischen Jugendverband!

Wörmlitz-Böllberg. Am Donnerstag, dem 13. November, findet bei Rauschenbach eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß sich die Werktätigen, vor allem aber die Erwerbslosen, an dieser Sitzung beteiligen.

Wörmlitz-Böllberg. Heute abend 20 Uhr findet bei Rauschenbach eine wichtige Mitgliederversammlung des ARV. statt. Alle Mitglieder, besonders die proletarischen Frauen, müssen in dieser wichtigen Versammlung erscheinen. Es referiert die Genossin Ida Lehmann.

Ammendorf. In der Nacht vom 11. zum 12. November sind aus einem Gartenzaun eines Grundstücks in der Hohe-Straße 14 Zaunlatten herausgebrochen worden. Ob die Täter einen Einbruch verüben wollten und dabei gestört worden sind oder ob grober Unfug vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Gestohlen wurde nichts.

Arbeiter-Sport

Großer Gerätewettkampf im „Volkspark"

Sonntag, dem 16. November, vorm. 1/2 11 Uhr

Am kommenden Sonntag findet im „Volkspark" der erste Gerätewettkampf der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit statt. Da bereits alle Meldungen eingegangen sind und ein sehr reiches Programm aufgestellt ist, verlohnt es sich, die Veranstaltung zu besuchen. Die Einleitung zu den Kämpfen gibt die Sportkapelle Halle". In bunter Reihe folgen die Aufgaben. Zuerst treten die Schwimmer Schkeuditz mit ihrem Turnschuh auf den Plan. Die Schülerinnen von FTS. 30 und gehen einen neu einstudierten Schmetterlingsreigen. Es folgen die Kämpfe der Turner ein. Erst das Barrenturnen, anschließend das Turnen am Reck. Während dann die Turnerinnen des Turnvereins Seeben Stabübungen zur Schau bringen, die Turner mit dem Pferdturnen an der Reihe.

Das Turnen wird von den Vereinen aus den Bezirken Halle, Delitzsch, Eisleben und Weißenfels ausgetragen. Zu jeder Mannschaft gehören sechs Turner, von denen die fünf besten gewertet werden. Den Teil füllen die einzelnen Vereine mit einem gemischten Programm aus. Die Turnerinnen von Wörmlitz produzieren sich in Keulenübungen, die Artistengruppe Weißenfels wird Darbietungen zur Schau bringen. Ferner bringen die Turnerinnen von FTS. 30 gymnastische Uebungen und die Turnerinnen von Seeben werden in sportlichen Tänzen und Gelenkübungen ihre Fähigkeiten zeigen. Das Springen am Pferd von den Eisleber Turnern vervollständigt das Programm. Zum Schluß ist es der Bewegungsspielen, der dem reichhaltigen Gerätekampf einen würdigen Abschluß gibt.

Wir laden hiermit die Arbeiterschaft von Halle und Umgebung ein und erwarten, daß sie die roten Sportler durch einen Massenbesuch unterstützen.

Eintrittspreise sind so gering gehalten, daß es sich der letzte leisten kann, ein wirklich gediegenes Programm anzusehen. Sitzplätze 30 Pf., Erwerbslose und Jugendliche 20 Pf. Ausgenommen übernehmen die Kegler.

Bezirk Halle. Fußballsparte

Serienspiele am 16. November 1930

1. Klasse, 1. Gruppe

13 Uhr	Sportfreunde 1. — ASC. 1. (Peißnitz)	Gadde, Ammendorf
13 Uhr	Minerva 1. — Wörmlitz 1.	Knauth, Diemitz
13 Uhr	Fortuna 1. — Zörbig 1.	Förster, Lettin

2. Klasse, 1. Gruppe

13 Uhr	Friedrichsschwerz 1. — Zörbig 2.	Teicha
13 Uhr	Ammendorf 2. — Wörmlitz 2. (in Wörmlitz)	Merseburg

2. Klasse, 2. Gruppe

13 Uhr	Fortuna 3. — Zörbig 3.	Brachwitz
13 Uhr	03 Weißenfels 3. — Künnern 3.	Linton

Jugend, 2. Gruppe

12 Uhr	Gleichstenkein Jgd. — Brachstedt Jgd.	Minerva

Jugend, 3. Gruppe

14 Uhr	FTS. 30 Jgd. — Zörbig Jgd.	Wörmlitz
14 Uhr	ESV. Jgd. — 03 Jgd.	Sportbrüder

Gesellschaftsspiele am 16. November 1930

13 Uhr	Cölme 1. — Plesku 1.	Gerbstedt
13 Uhr	Brachstedt 1. — Minerva 2.	Gnetz, Teutha
13 Uhr	Bruckdorf Jgd. — Lettin Jgd.	Rettmann
13 Uhr	Bruckdorf 3. — Lettin 3.	Reichardt
13 Uhr	Bruckdorf 2. — Lettin 2.	Weißmar
13 Uhr	Bruckdorf 1. — Lettin 1.	Thieme, Zeitz
13 Uhr	Friedrichsschwerz 2. — Benndorf 1.	Cölme
13 Uhr	Viktoria Jgd. — Teutha Jgd.	Diemitz
13 Uhr	Viktoria 3. — Teutha 3.	Cröllwitz
13 Uhr	Viktoria 2. — Teutha 2.	Teutha
13 Uhr	Viktoria 1. — Teutha 1.	Harnisch, Zörbig
13 Uhr	Sangerhausen 2. — Amsdorf 2.	Eisleben
13 Uhr	Sangerhausen 1. — Amsdorf 1.	Eisleben
13 Uhr	Diemitz Jgd. — Wörmlitz Jgd.	Teutha
13 Uhr	Eisleben 1. — Hungenhagen 1.	Amsdorf
13 Uhr	Eisleben 2. — Höhnstedt 1.	Amsdorf
13 Uhr	Reideburg 2. Jgd. — Weißmar Jgd.	Wörmlitz
13 Uhr	Kasania Jgd. — Atlas Jgd.	Giebichenstein
13 Uhr	Kasania 2. — Teutha 2b.	FTS. 30
13 Uhr	Fortuna 2. — ESV. 2.	Cröllwitz
13 Uhr	Spielvereinigung 2. — Atlas 2.	Teutonia
13 Uhr	Spielvereinigung 1. — Atlas 1.	Bührig, Cölme
13 Uhr	Plesku 2. — Brachstedt 3.	Zörbig
13 Uhr	Cirsau 1. — Brachstedt 2.	Zörbig
13 Uhr	Gröbers Jgd. — Ammendorf Jgd.	Dölnitz
13 Uhr	Gröbers 2. — Ammendorf 2.	Weißmar
13 Uhr	Gröbers 1. — Ammendorf 1.	Gäbler, ESV.
13 Uhr	Freiimwitz Jgd. — Reideburg Jgd.	Zscherben
13 Uhr	Freiimwitz 2. — Reideburg 2.	Zscherben
13 Uhr	Freiimwitz 1. — Reideburg 1.	Schmidt, Teicha
13 Uhr	Diemitz 2. — Sportfreunde 2.	ESV.
13 Uhr	Diemitz 1. — Sportfreunde 1.	Schade, Wörmlitz
13 Uhr	Weißmar 2. — Dölnitz 2.	Ammendorf
13 Uhr	Weißmar 1. — Dölnitz 1.	H. Ehrhardt, Dölnitz
13 Uhr	Cröllwitz 3. — Dölnitz 3.	FTS. 30
13 Uhr	Cröllwitz 2. — Teutonia 2.	Viktoria
13/15 Uhr	Cröllwitz 1. — Teutonia 1.	Blume, Sportclub
13/15 Uhr	Teicha 3. — Merseburg 3.	Brachwitz
13 Uhr	Teicha 2. — Merseburg 2.	Teicha
13/15 Uhr	Teicha 1. — Merseburg 1.	Herze, Lettin
13 Uhr	Giebichenstein 2. — Teutschenthal 2.	Kasania
13/15 Uhr	Giebichenstein 1. — Teutschenthal 1.	Kasania
15 Uhr	FTS. 30 1. — Giebichenstein 1.	Kleinschmager, Beuddorf
13/15 Uhr	FTS. 30 2. — Giebichenstein 2.	Teutonia
11 Uhr	FTS. 30 3. — Giebichenstein 3.	Viktoria
13/15 Uhr	Wansleben Jgd. — Zscherben Jgd.	Eisdorf
13/14 Uhr	Wansleben 2. — Zscherben 2.	Giebichenstein
10 Uhr	Wansleben 1. — Zscherben 1.	Giebichenstein
12 Uhr	Reideburg 3. — Magdeburg 3.	Ammendorf
13/14 Uhr	Reideburg 2. — Magdeburg 2.	Minerva
15 Uhr	Reideburg 1. — Magdeburg 1.	Nebe, Teutha
11 Uhr	Reideburg Jgd. — Magdeburg Jgd.	Ammendorf
10 Uhr	Fortuna 3b. — MSC. 3.	Viktoria
11 Uhr	Kasania 3. — Sportbrüder 2.	Sportclub
11 Uhr	Viktoria 1. Schüler — Wörmlitz Schüler	Viktoria
9 Uhr	Viktoria 2. Schüler — Diemitz Schüler	Viktoria
14 Uhr	Mötzlich 2. — Ammendorf 3.	Fortuna
9 Uhr	Fortuna Jgd. — Ammendorf Jgd.	Viktoria

Pflichtspiele am 16. November 1930

15 Uhr	Löbejün 1. — Kasania 1.	König, Sportbrüder
14 Uhr	Minerva Jgd. — Giebichenstein 2. Jgd.	Cröllwitz

Solidaritätsspiele

1456	1/10 Uhr	Brachwitz 3. — Wettin 2.	Fortuna
1457	1/14 Uhr	Bieskau 2. — Wettin 1. (in Cölme)	Gerbstedt

Sportleitung: Schönfeld, Kaster.

VfB.-Wettin in der Kampffront

Nachdem im Weißerfelser Bezirk am vergangenen Sonntag Sportfreunde Taucha zu Solidaritätsspielen übergingen, können wir heut. mitteilen, daß am kommenden Sonntag zwei Mannschaften des VfB. Wettin in den Spielverkehr eintreten. In Brachwitz trifft sich 3/10 Uhr VfB. Wettin 2. gegen Brachwitz 3. und in Cölme tritt 3/14 Uhr VfB. Wettin 1. gegen Bieskau an.

Wir erwarten von der Arbeitersschaft, daß sie die Solidaritätsspiele durch regen Besuch unterstützt.

Turnsparte, Bezirk Weißenfels

Sonntag, den 23. November, vormittags 8 Uhr, findet in Weißenfels, in der Oberrealturnhalle die erste Begirks-Lehrstunde statt. Im Interesse unserer Bewegung — Aufbau des Bezirks sowie reichhaltigen Turnvorbereitung ist es Pflicht eines jeden Turnwartes, Vorturners und Kampfrichters, zu erscheinen. Sportgenossen, auch die Ihr dem Bunde noch angehört und Interesse habt, unsere Bewegung weiter auszubauen, laßt Euch von Eurem Verein zu dieser Lehrstunde delegieren.

Sportgenossen, Leichtathleten, entsendet Eure Vereinssportwarte zu der am 15. November, abends 7 Uhr, in Halle, „Volkspark" stattfindenden Sitzung für Leichtathleten. Paul Lux, Bezirksturnwart.

Resultate vom Sonntag, 9. November 1930

Zscherben Jgd. — Atlas Jgd. 0 : 4. Zscherben 2. — Atlas 2. 2 : 5. Zscherben 1. gegen Atlas 1. 0 : 4.

Basenspiel für den 16. November findet in Dommitzsch statt, nicht in Pretzsch.

	Solidaritätsspiel
11 Uhr	Dommitzsch 2. — Komlin Alte Herren
1/2 1 Uhr	Pretzsch 2. — Komlin 2.
2 Uhr	Pretzsch 1. — Komlin 1.

Spielausschuß. Der Arbeiter-Sportverein „Germania" Künnern (Abt. Fußball) lucht für 1., 2. und 4. Mannschaft laufend Spiele auf eigenem Platz und auch auswärts. Spielangebote sind zu richten an Fritz Glodis, Künnern a. S., Obere Braunschweiger Straße 9, parterre.

Achtung, Arbeiter-Foto-Amateure!

Ein Anfängerkursus der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen, Ortsgruppe Halle, beginnt morgen, Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, in der Dunkelkammer, Lerchenfeldstraße 14. Dauer: fünf bis sechs Abende. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Vereinsmitteilungen

Handballsparte!

Heute 18½ bis 20 Uhr Böse. 20 Uhr Schriftausführung. Nichterscheinen wird bestraft. F. Richter.

93 Weißenfels. Fußball-Abteilung. Freitag, den 14. November, 20 Uhr, sehr wichtige Spielersitzung auf dem „Weißenfels". Genosse Dorbitz berichtet über den Reichstagsrest der Fußballsparte. Es ist Pflicht, daß jeder Genosse erscheint. 3. A.: Fritz Jach.

93 Weißenfels. Jugendgruppe. Am Donnerstag, den 13. November, 20 Uhr, im Jugendheim Einteilung und Probe zur Weihnachtsfeier. Alles muß erscheinen. 570 Fritz Jach, Jugendleiter.

6. Bezirk. Leichtathletik (ATSB.) Am Sonntag, den 16. November, findet in der Turnhalle der Friedrichschule in Ammendorf unsere letzte Sportlehrstunde statt. Anschließend Wahl des Bezirkssportwarts. Da das Programm für 1931 festgesetzt wird, ist es Pflicht aller Vereine, zu erscheinen. Zugleich Wahl der Gruppensportwarte der 1. Gruppe. Anfang 9 Uhr.

VfB. Teutha. Mittwoch, den 12. November, 20½ Uhr, Vorstandssitzung. 5772

Zweiter Wasserpartiesprung (Handball). Freitag, den 14. November, 20 Uhr, Handballübung im Bade. Das Erscheinen aller Spieler und Spielerinnen ist Pflicht.

Sportvereinigung Adlitzes Halle. Heute, Mittwoch, 12. November, nach der Uebungsstunde beim Sportgenossen P. Hammer Listenführerkursus. Interessenten können daran teilnehmen. 3. A.: Paul Kretschmann.

ZTB. „Die Naturfreunde" Halle. Mittwoch, den 12. November, 20 Uhr, Sportgruppe: Vortrag über Weltwirtschaftskrise und ihre inneren und weltwirtschaftlichen Ursachen. 5774

Fußball-Schiri-Kursus, Bezirk Halle. Der Schiri-Kursus nimmt am 16. November im „Volkspark" seinen Fortgang. Alle Kursisten, welche am 9. November teilgenommen haben, müssen unbedingt erscheinen. Anfang pünktlich 9 Uhr. 3. A.: W. Küster.

Neue Arbeiter-Literatur

Es war einmal

— eine SPD., die vor 40 Jahren (1890) in ihrer sozialdemokratischen Bibliothek (als Heft 34) die blutige Satire des französischen revolutionären Marxisten Paul Lafargue „Die Religion des Kapitals", herausgegeben hat. Die Schrift verzeichnete London als Druck- und Verlagsort — aus Illegalitätsgründen, denn damals bestand in Deutschland noch das Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". — Es war einmal!

Lafargue, der von 1842 bis 1911 gelebt hat, Mediziner und freier Schriftsteller, Freund und Schwiegersohn von Karl Marx, war Mitglied der 1. Internationale gewesen, Kommuneagitator und 1879 Mitbegründer der marxistischen französischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier francais). Seine stärkste Begabung entfaltete er auf literarischem Gebiet. Eine große Reihe geistreicher Untersuchungen über Probleme des historischen Materialismus — besonders religionskritischer Natur — sind von ihm erschienen. Daneben schuf er köstliche politische Satiren, wie das „Recht auf Faulheit", den „Kerkaufen Appetit" und eben die Schrift, die wir jetzt dem proletarischen Leser wieder unterbreiten. Sie ist im Zeitpunkt des Preußenkonkordats, der religiösen Sozialisten, der Steuers-Freidenker und des Papstfeldzugs gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt leider noch nicht historisch geworden. Mit Recht zählte Lenin 1909 (Werke Bd. XIII S. 249) neben Marx, Engels und Mehring auch Lafargue unter die „sozialistischen Autoritäten".

Unsere Ausgabe ist unveränderter Abdruck des Originals (die Anmerkungen von Lafargue sind durch P. L. kenntlich gemacht).

„Die Religion des Kapitals" von Paul Lafargue (Internationaler Arbeiterverlag, Berlin, 48 Seiten. 50 Pf.)

Wir wird das Wetter?

Donnerstag: Zunächst ruhig und ziemlich heiter. Nachtfrost, später Bewölkungszunahme mit nachfolgenden Niederschlägen und Erwärmung.

Freitag: Bei westlichen Winden mildes, trübes und zu Niederschlägen neigendes Wetter wahrscheinlich.

Rundfunk-Programm

Freitag, 14. November

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Wetterdienst. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 bis 10.55 Uhr: Schulfunk. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Hallo 1929! (Schallplatten). 12.55 Uhr: Kauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorauslage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Schallplattenkonzert. 14 Uhr: Wirtschaftliche Umschau. 14.30 Uhr: Studio der Mitteldeutschen Sender. 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Kampf dem Bergmannsiech! 16.30 bis 17.30 Uhr: Konzert. 17.15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Spracherkunt (Silberonte). 18.20 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe. 18.25 Uhr: Sprachenkunt (Englisch). 18.50 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft. 19.05 Uhr: „Angst". 19.50 Uhr: Gilbert-Stunde. 21 Uhr: „Die Schuld der Jonathan Bradford" (Ein Hörspiel mit einem Epilog von Ernst Sander. Regie: Josef Krahe. 22 Uhr: Zeitangabe, Wettervorauslage, Presse-bericht und Sportkunt. Anschließend bis 24 Uhr: Unterhaltungskonzert (Schallplatten).

Sonnabend, 15. November

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.30 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Schallplattenkonzert. 12.20 Uhr: Schulfunk. 12.55 Uhr: Kauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorauslage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Musikprogramm (Schallplatten). 14.30 Uhr: Basteltunde für die Jugend. 15.15 Uhr: Blick in Zeitschriften. 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Stunde der Jugendlichen. 16.30 Uhr: Radiomitgetanzert. 17.30 bis 17.45 Uhr: Kurzhöhte. 18 Uhr: Funkbastelstunde. 18.20 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe. 18.25 Uhr: Deutsch (Die Anrede). 19 Uhr: Zum 300 Todestage Johannes Keplers. 19.30 Uhr: Tanzmusik. 20.30 Uhr: Kabarett „Kurbrecher". 22 Uhr: Zeitangabe, Wettervorauslage, Pressebericht. Bekanntgabe des Sonntagsprogramms und Sportkunt. Anschließend bis 0.30 Uhr: Tanzmusik.

Aus dem Geschäftsverkehr

Ein wichtiger Termin naht! Der Schlußtag für die Beteiligung an der großen Pilo-Preis-Frage wurde auf den **25. November 1930** festgesetzt. Wer seine Lösung noch nicht eingesandt hat, wird gut tun, keinen Tag mehr zu warten. Man muß die Gelegenheit erfassen. Preise im Werte von 20.000 Mark kommen zur Verteilung.

Sämtl. Gummiwaren billigst ● Gummi-Bieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0009

Halle

Richard Fricke Salzschuhe — Leder — Pantoffelfabrikation / Mauerstr. 1 30318

Reserviert 117 30416

Trinkt die gute Milch aus der Molkerei Trotha Gebr. Hagel 30198

Auto-Kühler Neuanfertigung Reparatur E. Pape, Mansfelder Straße 45 30430

Lederhandlung L. Wa... G. Wa...

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze, Krukenbergstr. 7 Geschäftsstelle des Deutschen Reichsbunds-Versicherungsvereins 30114

Rest. Friedr. Thurm, Verkehrslokal für jedermann 30067

Brennholz ofenfertig, 4 Ztr. Mk. 1,50 laufend abzugeben. Bez. Bürstenfabrik Delauer Str. 7. Tel. 26462 30167

C. Schober Auto-Oele Schweitzerstr. 36 Tel. 26835 30321

Rosen-Apotheke Merseburger Straße 112 Ecke Lauchstädter Straße 30099

Baumgartel, Gr. Steinstr. Fachgeschäft für Bandagen Lieferant sämtlicher Krankenkassen

F. Lindenhahn, Königstr. 8 — Eisenwaren, Werkzeuge Baubeschläge, Oefen, Herde 30326

Reserviert Nr. 9 30150

Bartels & Beck, Leipziger Str. 32. Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte 30151

:: Autoreifen — Reparatur :: A. Schreiber, Krondorfer Str. 8 30155

Reserviert Nr. 3 30156

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät" Inhaber: M. Burkel Kleine Steinstraße 4 Telephon ...

Paul Kraneis, Kohlenhandlung Beesener Str. 222 Telephon 29827 — Briketts, Koks, Grude, Holz — Frei Haus und ab Lager 30322

Wiesenheu, ferner sämtl. Futterartikel liefert Friedrich Brandt, Dessauer Str. 82-87 30145

Friedrich Berger sen. Bäckerwagenfabrik, Leipzigerstraße 15 30146

Schaufensterreklamen u. Dekorationsgegenstände, Metall- u. Glasartikel, Gehänge für Fleisch und Wurstwaren Fritz Fügemann, Halle a. d. S. Augustor Straße 11 30153

Reserviert für Schmiedemeister Richard Beyer, Landsberger Straße 63 30148

Reserviert 118 30424

Groß-Lackieranstalt Halle-Dieskau Inh.: Paul Steinbach, Tel. 34390 30425

Elektrische Anlagen Funger & Haage, K. Rast Hans der Elektrotechnik — Geiststraße 28 30178

Reserviert 111 30144

Fabrik für Kupferwaren, Rohrleitungsbau und Zentralheizungen Ernst Nilius Delitzsch. Str. 76 Fernr. Nr. 2366 30419

Reserviert 30319

Reserviert 110

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung

Rohschlächterei K. Böhl... Halle (Saale) Dieskauerstraße 3 A. Fleisch- u. Wurstwaren

Reserviert 101a 30307

Fliesen liefert und verlegt **Gebr. Selzer** Delitzscher Straße 90 Telephon 33650 30421

Reserviert 106 30414

Halle-Zentrum

Otto Mucha Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung Lerchenfeldstraße 12 und Große Nikolaistraße 6 30195

Zoo Herrlich gelegen Stand. wechselnd. Tierbestand Große Neuanlagen 30191

Mostrich- und Speiseölfabrik empfehlen **Wilhelm Krahnert** Tafelsenf, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden Fernruf 21058 Kontor und Fabrik: Fischerstraße ...

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S. Weinessig - Tafelessig Essigsprit - Mostrich - Speiseöl 30187

OPEL das wahre Volksauto **OTTO KÜHN, Halle** Tel. 27351 Merseburger Str. 40

Färberei Nuumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert / Fabrik: Jacobstr. 8

50 Jahre 1880-1930 **Aug. Zeiß** Erste Hallesch. Sauerkohlfabrik u. Gurkeneinlegerei m. elektr. Betr./Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 26536 30309

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 30199

Gute Romane stehen im „Klassenkampf"

Hallensia die gute Eiernudel

Halle-West

Drogen - Farben - Foto Seifen - - Haushaltungsartikel Bruno Preitzsch, Moritzzwinger 1 31198

Albert Müller Futtermittel Glaucha Straße 31 - - Fernruf 2887 30186

Waldemar Förster Bäckerei 30317 Schweizerstraße 26

Otto Fricke, Fischerplan 1 Eier Herrenstr. Kolonial- u. hauptsächl. Wurstwaren 30030

Otto Hertrampf, Blauscher Straße 53 Drogerie u. Farbenhandlung 30064

Richard Marschalleck Tischlerei u. Glaserei ◆ Jägerplatz 30 30313

Max Hunger, Adolfstr. 1 Milch, Butter, Spez. Schlagsahne Tel. 21663 30334

Extrak reiche Liköressenzen zum Selbstbereiten von Likören, 1 Dtzd. sortiert, für 12 Liter ausreichend Mk. 4,20 Laborat. E. Walther Halle-Trotha 112 30332

Gebrauchsgeschirre jeglicher Art liefert die Firma **Heinrich Baensch** Porzellanfabrik, LETTIN 30335

Reserviert Nr. 4

Möbel aller Art, preiswert **C. Bernhardt** Herrenstraße 19

Nur für Wiederverkäufer: Fleischsalat •• Heringssalat **E. Eisner,** Feinkostfabrik Moritzzwinger 12 30319

Halle-Nord

I. Lotze Trothaer Straße 20 Herren- u. Damen-Konfektion / Arbeitskleidung 30331

Werbt für die „Rote Hilfe"

Hausfrauen kaufen nur bei unseren Inserenten!

Oskar Sperling Klempnerei u. Installation Reilstraße 24 30177

Werbt neue Leser!

Gaststätte „Erholung" u. Lebensmittelgesch. Friedrich Schmidt, Trothaer Straße 36 30063

Else Klingbell Ww., Woll- und Weißwaren Merseburger Str. 119 30070

Glaserei und Tischlerei ALFRED BÜTTNER Teilstraße 33 30192

Barbara-Drogerie Merseburger Str. 194 Tel. 32950 Farben, Tapeten, Photo, Drogen 30071

JOHANNES-DROGERIE Emil Schulze, Büttnerstr. 8, neben dem Zeisigloch. Photo Farben 30173

Konditorei u. Bäckerei **Otto Schaaf** Trebitzscher Straße 12 Spez.: Kaffee- und Teegebäck 30344

Paul Schneider, G.m.b.H. Werkzeuge Eisenwaren u. Stahlwaren 30180

Adler-Drogerie, Königstraße 14 Echte Landseife, Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 30189

Max Zaubitzer Steinweg 52 Kl. Ritterstr. Prima Kochfleisch und Wurstwaren Spezialwirtschaft 30325

Klara Jänicke Lebensmittel Kochen 30345

Nur dem unser Geld, der es mit unser Partei hält

Halle-Süd

Halle-Cröllwitz

Burgliebenau

Trinkt nur Braunbier aus der Brauerei Marx 30221

Löbejün

Gasthaus „Zum schwarzen Adler" Beschehrslokal aller Werktätigen 30368

Albert Refert Brot- und Feinbäckerei 30366

Werbt für den Klassenkampf

Eisleben

„Zur neuen Sonne" / Kino. Gartenlokal 30341

Hermann Pfaffe Fleisch- und Wurstwaren 30340

Bäckerei - Konditorei Ernst Landau Pul-erhof 30

Reserviert 25 30342

Lettin

Genossenschaftler denkt Euren Bedarf im eigenen Geschäft 30192

Könnern

Walter Ramdor Moderne alt. Art Stoff-Ausstellung, günstige Zahlungsweise 30

Schraplau

Gasth. Zur Erholung Beschehrslokal der Arbeiter Schraplauer Str. 15 30349

„Zum Bürgergarten" Beschehrslokal aller Werktätigen Telephon 282 30290

Brot-, Wein-, Feinbäckerei, Motormühle, Futtermühle Wilh. Thümler mit Braunschweig, Straße 1 30347

Lochau

Kurt Genthe Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 30131

Wettin

Otto Heunig Brot- und Feinbäckerei 30351

Oberröblingen

Arbeiter gehen zum Herren- und Damenfriseur Paul Wölbing Erwerbslose benorzugte Preise 3276

Landbrot-Bäckerei Franz König 3277

Kaufe in unserem Volksbuchhandlungen

Döllnitz

Der Kenner trinkt nur **HANISCH-GOSE** Döllnitzer Gose-Brauerei Hanisch & Neumann 30137

Schüfers Gärtnerei, Steg 3 30223

Gustav Ulrich, Hauptstr. Fleisch- und Wurstwaren. Verkaufsstand: Markt Ammendorf 30224

Ammendorf

Konfektionshaus **Kurt Binnewies** Ammendorf 30226

Kauft bei Probsthayn, Mittelstr. 10 30132

Ratskeller Ammendorf, der angenehme Familien-Aufenthalt / Gute Küche Spezialausschank: Sandler-Bräu 30232

Gustav Schröter Hohe Straße 1 Hauptsächl. Wurst, Wild, Geflügel, Rostbrat...

Karl Möhus, Hallesche Straße 12 — Rind- und Schweineschlächterei — 30120

Albert Henze Klempnerei, Installation, Heizungen, Be- u. Entlüftungen 3124

Gasthaus Radewell Empfehle meine Lokalitäten 30230

Gustav Godehardt Hüte / Mützen Herrenartikel Beesener Straße 4

Curt Rosenhahn Gärtnerei und Baumschule Chausseehaus Rosengarten 31121

Schoioladenhaus Heinrich Schneider Regenburger Straße 5 30127

Reserviert

M. Kopp Lebensmittel Brauhausstraße 23 30134

Max Steinmetz Bäckerei u. Konditorei Rosengarten 30234

Zentral-Molkerei, Ammendorf Lindenstraße 2 empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Kauft nur Liptfert-Zigarren 30122

Paul Schmidt, Regenburger Straße 93 Rind- und Schweineschlächterei 30128

Ida Hennig Lebensmittel Alte Herrstraße 22 30135

Reserviert 50

Otto Schieferdecker Rind- und Schweineschlächterei

Spezialwerkstatt für Motorfahrzeuge Paul Hauck, Tel. 34098 Rosenq. 30128

Die Arbeiterschaft trinkt **Jeßnitzer Braunbier** Vertreter: Otto Zornemann 3124

Erich Müller Motor- u. Fahrräder-Reparatur. Elbestr. 3 30303

Berta Schröder Lebensmittel 30229

Lina Kranz Strumpf-, Woll- und Weißwaren 30126

Frau Paul Thiele Regenstraße 15 empfiehlt: Strumpfwaren

Mar Gabler Rosenstraße 3, Milchstraße 5a Langestraße und Hallesche Straße

Wilh. Bauermann, Fleisch u. Wurstwaren Hallesche Straße 114 30125

Eisleben

Trinkt Eilemi-Markenmilch aus dem Milchhof Eisleben 30178

SINGER-Nähmaschinen in altbewährter Güte Eisleben: Wiedemann, Hettstedt: Freimuth 30179

Kitzern

Loth & Köhler, G. m. b. H. liefert erstklassige Dielbretts, Grubenholz, Holz 30078

Modenhaus Diestau Leipziger Straße 15 Die richtige Quelle für guten Einkauf 3079

Teutschenthal

Arbeiter! kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei Richard Zachäus, Oberfurter Str. 19 30186

Brot- und Feinbäckerei empfiehlt sich der Arbeiterschaft **Rudolf Boltze** 30287

Schuhwarenhaus Paul Keitel 30 80

Bäckerei u. Konditorei Kaffee- und Teegebäck stets frisch Paul Lüdolfs, Johannisstraße 2 3381

Schuhwaren, Maße und Reparaturwerkstatt OTTO HAHN, Oberfurter Straße 48 ◆ 30288

Werner's Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Winkler 30182

Wäsche und Weißwaren, Herrenartikel Franz Strube, Oberfurter Straße 44 30285

Dienstag, Freitag — Schlachtefest — Otto Köhler 30077

Reserviert 100 30289

Reserviert 50 30283

Nordhausen

Bestattungshaus Karl Höfer Spezialgeschäft für Beerdigungen Gartenstr. 10-11 Telephon 468 30501

Pinthus & Ahlfeld Das gute Warenhaus

Kaisermühle Mehl und Brot in bester Qualität 30495

Drogerie Karl Krampe

Paul König, mobel. Werkstatt für feine Polsterarbeiten Körnerstraße 2 30496

Bringe meine Qualitäts-Biere in Empfehlung **Friedr. Gerlach** 30197

Trinkt Harzer Bierverlag ...

Tafel-Stadt Weimar Gut gepflegte Spezialitäten 30494

Zigarren, Tabakwaren, Bürsten, Kämme **G. Schneider,** Barfüßerstr. 17

:: Herren- und Damen-Friseur-Salon :: Karl Hörning, Weberstr. 18 30506

Kaufe Euren Bedarf an Radio-Artikel bei Max Tessmer, Elisabethstr. 1 30491

Kaufe Euren Bedarf an Hut-Spezialgeschäft, Markt zum Pfau, O. Specht, Neue Str. ...

Kelbra

Brot- u. Weißbäckerei Paul ...

Kühne Schnell-Beschlo-Anstalt und Schuhfabrik, Neue Straße 5 3499

Schuhwarenlager u. Reparaturwerkstatt von Wilhelm Bornhäuser, Straße ...

Arbeitsstiefel, Gesundheitsschuhe, Straßenstiefel in guter Qualität. Bahnhofstraße 2 Strohmeyer & Hertel 3494

Karl Balten, Kohlen, Kolonialw., Drogen, Seifen, Weine, Wolle, Kurz- u. Schnittwaren

Decken Sie Ihren Bedarf in Textilwaren bei Willi Rosenmüller

Schnell-Reparaturanstalt, Lederhandlung L. Gerlach, Bäckerstr. 7 3503

Reserviert Nr. 7 30649

Kolonialwaren, Bäckerei, Kohlenhandlung und Kolos bei Gottfried ...

Nordhausen

Kindling & Tolle Beerdigungs-Institut, Möbellager Bäckerstr. 19 / Tel. 1173 30364

:: Grabdenkmäler :: nur bei **Riemer & Schulze** 30302

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0010

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Zahna auf Vorposten!

Die IAH. greift ein!

Seit drei Wochen kämpfen in Zahna die Schamotte-Arbeiter gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer. 300 Arbeiter und Arbeiterinnen wehren heldenhaft den brutalen Vorstoß des Unternehmertums ab. Als vor drei Wochen die Belegschaft unter Führung der RGO. den Betrieb verließ, versuchte der reformistische Verbandsbonze Feustel die Streikleitung der RGO. zu zerschlagen. Dieser Versuch scheiterte kläglich an dem revolutionären Kampfeswillen der Belegschaft, die ihr volles Vertrauen der RGO.-Führung entgegenbrachte.

Da die Reformisten mit Ueberredungskunst den Verrat nicht vollziehen konnten, setzte die Severingsche Knüppelpolizei sich in Tätigkeit und ging gegen Streikposten und Bevölkerung mit den brutalsten Methoden vor. Dieses schändliche Vorgehen löste bei der gesamten Einwohnerschaft einen wahren Proteststurm aus. In mehreren Einwohnerversammlungen drückte die gesamte Bevölkerung den streikenden Arbeitern ihre volle Sympathie aus.

Trotz Verratsversuchen der Gewerkschaftsbonzen, trotz blutiger Niederknüppelung der Belegschaft stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen fester denn je zur revolutionären Führung. Jetzt ist es Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft und insbesondere der der Schamotte-Industrie verwandten Belegschaften, Beweise der praktischen Solidarität zu liefern.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe richtet sich deshalb insbesondere an die Orte Annaburg, Elsterwerda-Biehla, Torgau, Dommitzsch, Bitterfeld, Niedersachswerfen, Passendorf, Pilas, Lettin, Ellrich, Sennewitz, da hier, falls die Arbeiterschaft in Zahna zurückgeschlagen wird, in kurzer Zeit derselbe Vorstoß von seiten der Unternehmer erfolgen wird.

Die IAH. ist es gelungen, durch

tatsächliche Hilfe des roten Konsumvereins Wittenberg

eine Unterstützung vorzunehmen. Durch die verschärften Formen des Kampfes von seiten des Staates und des Unternehmers ist es nicht eines jeden Arbeiters und einer jeden Arbeiterin, sich verstärkt für die Sammeltätigkeit einzusetzen.

Zahna kämpft unter blutigem Terror! Zahna kämpft auch für uns! Darum übe Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern und Arbeiterinnen!

Mobilisiert alle Kräfte für die auf Vorposten stehenden Schamotte-Arbeiter!

Zeichne auf die Sammellisten der IAH.!

Reihe Euch ein in die Kampffront des Proletariats!

IAH. Halle-Merseburg.

Heraus zum antifaschistischen Jugendtreffen

am Sonntag, 16. November, in Schkeuditz!

Jugendgenossen der Unterbezirke Halle-Saalkreis und Schkeuditz! Marsch zum Massenaufmarsch!

Programm:

Sonntag früh Eintreffen der auswärtigen Teilnehmer.

9 bis 11 Uhr Unterbezirkskonferenz der UB. Schkeuditz, Eilenburg, Halle-Saalkreis im Lokal „Weiße Taube".

12 Uhr Demonstration. Antreten am Lokal „Weiße Taube".

1 Uhr Pionierkundgebung. Auftreten der „Roten Trommler" Leipzig, Spieltruppe des Jung-Spartakusbundes. Lokal: Bahnhofsschänke.

4 Uhr im Bahnhofssaal Abschlußkundgebung. Auftreten der „Roten Schmiede" Halle. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.

Die Rote Hilfe mahnt!

Anläßlich des Gustav-Menzel-Aufgebotes wurden gesammelt:

Durch die roten Betriebsräte der Produktiv Buchdruckerei 48,00 Mk.

Betrieb Lange & Geilen 8,50 Mk.

Welcher Betrieb ist der nächste?

Bezirksleitung Rote Hilfe.

Unter der Kontrolle der Massen

Novemberfeiern und wie man sie so wie jede andere Gelegenheit für das antifaschistische Parteiaufgebot ausnützen soll

Vorbemerkung der Redaktion: Die nachfolgenden Briefe veröffentlichen wir, weil sie, insbesondere der erste Brief, allgemein verbreitete Mißstände unserer Parteiarbeit kennzeichnen. Es sollen sich also auch jene Organisationen getroffen fühlen, die nicht namentlich genannt werden.

Werte Genossen!

Unsere Revolutionsfeier in Naumburg, der bisherigen faschistischen Hochburg, war direkt ein Ereignis. Solche Massen, solche Kampfstimmung, soviel Begeisterung haben wir seit vielen Jahren nicht gehabt. Aber eine Frage drängt sich auf:

Warum wurde so wenig getan, um diese glänzende Situation für das antifaschistische Parteiaufgebot und für den Kampfbund gegen den Faschismus auszunützen?

Unser Orgleiter, der zugleich Leiter der IAH.-Organisation ist, forderte nach dem Referat die versammelten Massen (ich betone nochmals, daß es die größte und beste Versammlung seit vielen Jahren war) dazu auf, der IAH. beizutreten und für ihre Nähstuben und Kindergruppen Geld zu geben. War das in diesem Augenblick die richtige Parole? Der Referent der BL. ist dann später nochmals hinaufgesprungen und hat für das antifaschistische Parteiaufgebot gesprochen. Er hat sehr recht gehabt, als er sagte, man soll nicht immer Bravo rufen, sondern mit dem Beitritt zur Partei ernst machen. Aber was hat die Ortsgruppe von sich aus getan, um die glänzende Gelegenheit zur Werbung neuer Mitglieder auszunützen? Es ist doch nicht richtig, wenn der Referent im Saale herumlaufen und förmlich an den Ohren Genossen herbeischleppen muß, damit sie im Saal herumgehen und für die Partei werben. Natürlich war es das einzige, was er in dieser Situation machen konnte — aber es wäre besser gewesen, wenn die Genossen der Ortsgruppe, die ihr Leute doch besser kennen, und wahrscheinlich die besten Werber hätten ausfindig machen können, aus eigener Initiative den Laden geschmissen hätten. Es sind dann 23 Parteiaufnahmen herausgekommen, das ist sehr schön und die Ortsgruppe ist sehr stolz darauf. Ich bin aber der Meinung, daß die Genossen der Ortsgruppe gar keine Ursache haben, auf eine Sache, die sie nicht selbst organisiert haben, stolz zu sein und daß, wenn man hier die Sache rechtzeitig angepackt hätte, noch viel mehr herausgekommen wäre. Bemerkt muß noch werden, daß für den Kampfbund gegen den Faschismus überhaupt nichts gemacht wurde und daß der Literaturvertrieb im wesentlichen eine Angelegenheit der Spieltruppe war, die ihre Sache übrigens gut gemacht hat.

Mit kommunistischem Gruß!

Wie man Revolutionsfeiern nicht machen soll

Ich möchte die Redaktion bitten, die folgenden Zeilen im „Klassenkampf" zu veröffentlichen: Am Sonntag war bei uns in Großörner die Feier aus Anlaß des 13. Jahrestages der siegreichen proletarischen Revolution in Rußland. Dabei wirkte auch eine Musikkapelle mit. Als der Referent eingetroffen war und die offizielle Feier begann, spielte die Kapelle einen Wiener Walzer. Sie hat ihn sehr gut gespielt. Aber ich bin der Meinung, daß ein ernstes Stück gespielt werden mußte. Es gibt doch genügend proletarische Kampflieder.

Dann hat sich noch etwas ereignet, womit ich nicht einverstanden bin. Zwischen den Darbietungen die sich an das Referat anschlossen, spielte die Kapelle die „Internationale". Bevor sie anfingen, sagte einer der Musiker zu der Versammlung, alle müßten mitsingen, und wer es nicht täte, der müßte eine Lage ausgeben (!). Nachher ging er durch den Saal und bezeichnete mit dem Violinbogen diejenigen, die nicht mitgesungen hatten und die „Lage" bezahlen sollten. Ich will nicht den Musikern einen Vorwurf machen. Denn sie waren gewiß der Meinung, daß sie zur Verschönerung der Feier beitragen. Aber unsere leitenden Genossen sagen, daß die Versammlungsbesucher es so haben wollen. Damit kann ich nicht einverstanden sein. Die Kommunisten sollen doch die Führer sein und deshalb sollen sie auch in ihren eigenen Veranstaltungen bestimmen, was vorgetragen wird und es nicht anderen überlassen. Die Ortsleitung mußte für ein ernstes, dem Kampfcharakter des Tages Rechnung tragendes Programm sorgen.

Mir ist auch aufgefallen, daß die Veranstaltung **nicht dazu ausgenutzt worden ist, um Mitglieder für die Partei und Abonnenten für den „Klassenkampf" zu werben.** Ich glaube, daß dort eine günstige Gelegenheit dazu gewesen wäre.

Mit kommunistischem Gruß.

So kann es nicht mehr weitergehen!

A.-K. Die Ortsgruppe Wolfen der Kommunistischen Partei veranstaltete eine Revolutionsfeier. Wie sah das aus? Ein Restaurationssaal, in dem die Dekoration vom letzten rheinischen Winzerfest prangte, schön bunt mit Girlanden, Weinlaub und was alles dazu gehört. Im Saal kein Transparent, keine Losung, die auf die Bedeutung des Tages hinwies. Festlich gedeckte Tische, an denen sich so nach und nach festlich gekleidete Leute hinsetzten, ihr Bier oder ihren Kaffee tranken und der Dinge warteten, die da kommen sollten.

Und dann gings los. Traditionell, wie das seit 10 Jahren so gemacht wird, tritt zuerst der Arbeitergesangverein auf und singt einige gefühlsvolle Freiheitslieder, mit „Vogelsang" und „Frühlingsfreude". Sicher mit sehr viel Lust und Liebe von den Mitwirkenden vorgetragen. Dann kommt eine Gruppe junger Turnerinnen, die gymnastische Uebungen und — in farbenfrohe Gewänder gekleidet — rhythmische Tänze vorführen und schließlich haben sich in lobenswertem Eifer auch die Arbeiterturner zur Verfügung gestellt und lassen ihre Kraftkunststücke steigen.

Bis dahin unterschied sich der ganze Verlauf der Veranstaltung in nichts von einem beliebigen Vereinsvergnügen.

Wäre nicht zufälligerweise eine eben gegründete Agitproptruppe dagewesen, die nun wirklich einen frischen Wind in diese muffige Atmosphäre gebracht und dadurch den packenden Ausführungen des Referenten der Partei wenigstens einen revolutionären Rahmen gegeben hätte, das ganze wäre unerträglich gewesen. Erst die Mitglieder dieser Agitproptruppe und der Referent wiesen auf Literaturvertauf und Eintritt in die Partei hin. Erst der Referent mußte die Genossen zum Werben von Mitgliedern in Bewegung setzen. An diesem Einzelbeispiel muß einmal demonstriert werden, daß mit der traditionellen Abhaltung, diesen gedankenlosen Vorbereiten von Veranstaltungen, die erfüllt sein sollten und müßten von dem revolutionären Kampfinhalt unserer Tage, ein für allemal gebrochen werden muß. Glauben unsere Genossen auf diese Weise wirklich, den Arbeitermassen die Notwendigkeit des antifaschistischen Parteiaufgebots klarmachen zu können? Sie werden sich schwer irren, wenn sie das denken. Weg mit den bürgerlich-sozialdemokratischen Traditionen, die heute noch unsere Feiern, die Kampfveranstaltungen sein sollen, vergiften!

Spalten, zerschlagen, vernichten

wollen die Sozialfaschisten den roten Konsumverein. Legt den Zerstörern des Arbeitereigentums das Handwerk durch

Masseneintritt in den AKV.!

Vom Abraumzug zermalmt

Auf der Grube Klara 3 bei Hoyerswerda fand man auf der Strecke der Abraumbahn den furchtbar verstümmelten Körper des kurz vor seiner Pensionierung stehenden Streckenarbeiters Urbig. Daß es sich um den Genannten handelt, konnte nur an seiner Mütze festgestellt werden.

Nachterstedt. Zwei Arbeiter vom Baggerangefahren. Auf der Braunkohlengrube Concordia wurden ein Zimmermann und ein Arbeiter im Abraumbetrieb vom Baggerzug angefahren. Beide wurden erheblich verletzt.

Dessau. Von der Wiegemaschine zermalmt. In der hiesigen Waggonfabrik geriet der Arbeiter Erich Kitzing in das Getriebe der Wiegemaschine. Er wurde so übel zugerichtet, daß er bald darauf verstarb.

Wurzen. Von herein brechendem Gestein erschlagen. Der auf dem Braunkohlenwerk „Gottes Segen" (!) beschäftigte Häuer Paul Vogel aus Seelingstädt wurde von plötzlich sich lösenden Tonmassen verschüttet. Mit einem schweren Wirbelsäulenbruch wurde er noch lebend geborgen, verstarb aber bereits am nächsten Tag im Wurzener Krankenhaus an der schweren Verletzung.

Senftenberg. Ein Arbeiter im Walde überfallen. Ein von der Schicht kommender Arbeiter wurde in der Nähe der Grube Viktoria 3 im Walde von drei Männern angefallen. Der Arbeiter setzte sich kräftig zur Wehr und konnte einen der Angreifer stellen, während die anderen die Flucht ergriffen. Es handelt sich bei dem Festgenommenen um einen Arbeiter der genannten Grube. Die Ermittlungen ergaben, daß die beiden anderen Täter aus Dresden stammen.

Der Gastwirt nagt am Hungertuch

Wie es abends nach 10 Uhr in einer Kneipe einer mitteldeutschen Kleinstadt aussieht — „E Dreck kriegen die, aber keine Steuern . . ."

Die drei Stufen, die zum Eingang der kleinen Kleinstadtkneipe emporführen, sind reichlich ausgetreten. Das könnte für den, der diese Stufen sein Augenmerk widmet, che er das Lokal betritt, Veranlassung sein, anzunehmen, daß hier starker Verkehr herrscht.

Oft dem ist nicht so. Früher mag es der Fall gewesen sein, daß bei den Wirt vor Zigarrendunst nicht gesehen hat, aber heute — „Nee", sagt der Wirt, dem man ansieht, daß er schon mit besseren Zeiten gerechnet hat, auch ein besseres Auskommen hatte, „nee, heute ist das ganze beschissen. Gehen Sie mal durch die Häuser nebenan, in denen meine Gäste wohnen. Arbeitslos, arbeitslos; selbst die Kunden müssen die Straßen, weil sie hier, wo überall Kohldampf geschoben wird, doch nischt erben können."

Im Lokal sieht's trübe aus. Hinten im Vereinszimmer brennt kein Licht. Nur vorn im Gastzimmer über der Theke glänzt eine schwache Lampe. Der Wirt wirft einen nachdenklichen Blick nach der Birne empor und sagt: „Möchte bloß wissen, wie die sich da oben das vorgestellt haben. Ich weeß ni, aber so ziemlich 25 oder 30 Stammgäste bezahlen wir Gastwirte jetzt schon. Un jetzt komm' die und wollen noch eine Getränkesteuer. Wissen Sie, was vorhin eben eener meiner Gäste sagte? Er könnte sich ja sein Bier ooch noch hol'n lassen. Er brauchte er keene Steuer zahl'n!"

Inzwischen ist ein verspäteter Gast eingetreten und hat sich an den Tisch niedergelassen, an dem schon drei Männer sitzen, die einen Skat dreschen. „E' kleenes Helles, mehr wird's heut nich!" ruft er dem Wirt zu — „und dann komm mal her, Fritz."

Der Wirt kommt hinter der Theke hervor. „Was'n los?" Es ist, als ob in seinem Gesicht schon die Ahnung neuen Unheils zu lesen war. Der eben Gekommene sagt: „Also, Fritz, der Verein hat beschlossen, von jetzt ab nich mehr bei Dir zu spiel'n. 's ist wegen den neuen Steuern. Die Frauen ham gesagt, mir braucht'n der Stadt ni das Geld in Rachen schmeißen. Da könnt mor ooch abwechselnd bei de Mitglieder spiel'n . . ."

Der, welcher eben die bedeutungsvollen Worte ausgesprochen, hat längst sein Bier ausgetrunken und ist sicher schon daheim. Aber immer noch sitzt der Wirt mit düster-ernstem Gesicht am Tisch neben dem geleerten Glas des Gastes und starrte die Reste der „Blume" an, die am Grunde des Glases zu einer schalen Flüssigkeit zusammenrinnen.

Schließlich blickt er auf: „Sehn Sie", sagt er, „das ist die Praxis, und die Herren im Rathaus machen die Theorie. Heute habe ich 18,80 Mark Einnahme. Es scheint, als ob man uns Kleine ruinieren will. Es ist ein Jammer: wir sorgen für Speis' und Trank und müssen selber am Hungertuch nagen."

Ein Gast steht auf und zahlt zu ihm: „So, ich zahle — aber ohne Steuer." Auf die Vorhalte des Wirtes sagt er: „Du weißt ja, wer ich bin. Schick nur den Steuereinnehmer zu mir. Soll sich sei Fett bei mir abschöppen."

Der Wirt, halb bestürzt und halb freudig gestimmt von der Art, mit der jener Gast die Steuerfrage regelt, sagt: „Da könn' die aber lange warten!"

„Das soll'n se ja ooch", sagt der andere und ist zur Tür hinaus. Dann geht auch ich. Hinter mir rasselt der Rolladen herunter und der Wirt ruft mir nach: „E Dreck kriegen die von uns. Da mach mer eben die Bude zu . . ."

Hunderttausende Mark Spargroschen

haben die Sozialfaschisten dem Arbeiter-Konsumverein Halle durch ihre gut bezahlten Gewerkschaftsbonzen, Krankenkassenangestellten, Beamten und Angestellten mit ihrer politischen Hetzkampagne entzogen. Die Anhänger der proletarischen Genossenschaftsopposition und alle klassenbewußten Arbeiter können deshalb

Keinen Tag ihre Spargroschen in den reformistischen Konsumvereinen u. Sparkassen lassen. Alle Spargroschen der Arbeiter müssen sofort dem Konsumverein Halle zur Verfügung gestellt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0011

Zweckverband Dürrenberg aufgelöst

Auch Dürrenberg lehnt Diktatursteuern ab

In der neuen Großgemeinde das alte Elend — Allein der Kampf bringt Rettung

A.-K. Dürrenberg. In der Gemeindevertretersitzung vom 7. November lag eine Masseneingabe der Anwohner der Ostauer und der Strahlauer Straße wegen der schlechten Wegeverhältnisse vor. Diese Anträge werden den zuständigen Kommissionen überwiesen. Auf eine Anfrage teilt Helfer mit, daß er den Beschluß auf Ausschreibung des Gemeindevorsteherpostens beanstandet habe, da dieser Beschluß nicht ordnungsgemäß zustandegekommen und die Gemeinde nicht in der Lage sei, zwei Gemeindevorsteher besolden zu können. Er, Helfer, beansprucht bis 1941 sein Gehalt von 10 000 Mark.

Die kommunistische Fraktion sprach sich aufs schärfste gegen die Verschleppung der Gemeindevorsteherwahlen aus. Sie stellte den Antrag, Helfer das Mißtrauen auszusprechen. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Genosse H. weist nach, daß Helfer erst durch die SPD.-Staatsfunktionäre in dieses Amt gekommen ist und daß die SPD. voll und ganz die Schuld an diesen Zuständen trägt.

In der Tagesordnung wurde der Erweiterungsbau der Siedlungsschule für weitere sechs Klassen behandelt. Der Bau wurde beschlossen. Die KPD. stellte den Antrag, eine Wärmehalle für die Erwerbslosen zu errichten. Der Antrag wurde angenommen. Die Auflösung des Zweckverbandes wurde mit 15 Stimmen beschlossen. In der neuen Großgemeinde Dürrenberg erwartet die Werktätigen das alte Elend. Sie müssen sich wehren im Kampf, Betriebsarbeiter und Erwerbslose in einer Front unter Führung der KPD.

Vor einiger Zeit waren Anträge gestellt worden, den bedürftigen Einwohnern von Dürrenberg Unterstützung zu gewähren. Der Landrat hat aber in einer Anweisung an den Gemeindevorsteher bestimmt, daß diese Anträge nicht durchgeführt werden. Die KPD.-Fraktion kritisiert, daß die jetzt gestellten Sätze zu niedrig sind, stimmt aber dann zu, damit den Erwerbslosen schnellstens Hilfe zuteil wird.

Auf Anregung Schmöllers ist eine Hundesteuer eingeführt worden. Allerdings hat man sich nicht an die von Schmöller vorgeschlagene Höhe der Steuer gehalten, sondern ist wesentlich darüber hinausgegangen. Ein Bürgerlicher schlägt die Einführung einer Katzensteuer vor. Helfer will sie in den neuen Etat aufnehmen!

Der Genosse Herfuth ist von dem SPD.-Landrat nicht bestätigt worden. Die KPD.-Fraktion schlägt ihn wiederum vor. Schmöller schlägt einen Kandidaten seiner Liste vor. Der bürgerliche Wahlvorschlag geht durch.

Ein Antrag unserer Fraktion auf Nichterhebung der Diktatursteuern wird mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die Werktätigen von Mücheln stehen zur KPD.

In der vergangenen Woche fand aus Anlaß der Vorgänge im Mücheln er Stadtparlament eine öffentliche Einwohnerversammlung der KPD. statt, die in Möckerling abgehalten wurde. Der Referent der Bezirksleitung deckte die Fehler auf, die die Fraktion in der letzten Versammlung der Stadtverordneten begangen hatte. Unsere Genossen hätten die Entfernung der Polizei fordern, aber in der Versammlung bleiben sollen. Uebrigens gingen die Anträge der Erwerbslosen allein der Not der Erwerbslosen zu Leibe. Die Anträge der SPD. sind Spiegelfechtereien.

Deshalb wird es der SPD. und kann es ihr nicht gelingen, durch diese Anträge sich irgendwelche Sympathien bei den Erwerbslosen und bei den übrigen Werktätigen zu erobern.

Wie wenig der SPD. ihr Manöver gelungen ist, bewies die Beantwortung der Frage, die Genosse Böschen der Versammlung vorlegte. Bis auf einen, nämlich den „Volksblatt"-Schmierfinken Meinecke, erklärten alle Versammlungsbesucher, 230 an der Zahl, daß sie unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen bereit sind. Aber auch das Geschreibsel des Meinecke im „Volksblatt" wird der SPD. nichts einbringen. Es verlohnt sich nicht, auf die dummen Einwürfe gegenüber unserm Referenten einzugehen, um so weniger, als Meinecke ja in der Versammlung aufstehen und die Haltung der SPD. verteidigen konnte, was er wohlweislich unterließ.

Wie die Erziehung in den Volksschulen aussieht

A.-K. Merseburg. Ein Kriegsinvalide aus Merseburg schreibt folgenden Brief:

Als mein Sohn heute aus der Schule kam, sagte er zu mir, daß die Lehrerin ihm gesagt hätte, er sollte doch wieder in den Religionsunterricht gehen, da lernte er doch wenigstens was richtiges. Ich habe dem Jungen natürlich gesagt, daß sein Vater zur roten Front gehört und daß er selber auch einmal ein tüchtiger Kommunist werden soll. Natürlich ist es da wichtiger, etwas anderes zu lernen als Religion. Als der Junge Kartoffelstoppeln gegangen ist, weil er Hunger hatte, da gab es gleich ein Strafmandat. Das kennzeichnet aber doch am besten die Gesinnung der Lehrerin, denn es ist dieselbe, die den Jungen angezeigt hat, weil er nur mal einen Nachmittag den Unterricht versäumt hat.

So hetzt und arbeitet der bürgerliche Staatsapparat gegen uns und unsere Kinder. Auch die Frauen versucht man zu verdummen. So hat wiederholt der Pfaffe zu meiner Frau gesagt: „Frau K.! Sie waren doch wieder der Kirche beitreten, da bekommen Sie doch öfter etwas." So will man die Arbeiterfrauen einfangen. Bei aufgeklärten Proletern zieht das aber nicht.

Notwendig ist es, daß alle, die noch abseits stehen und die bürgerlichen Schmutzblätter lesen, jetzt Schluß machen mit ihrer Passivität und auch die bürgerlichen Zeitungen aus ihrer Wohnung werfen.

Wir dürfen nicht müde werden, immer und immer wieder aufzuklären. Wenn wir alle Schulter an Schulter den Kampf aufnehmen, gelingt uns auch die Zerschlagung des kapitalistischen und der Aufbau des sozialistischen Systems.

Forderungen der RGO. für Arbeiterinnen

Herausnahme der besonderen „Rubrik" Frauenlöhne aus den Tarifverträgen

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Pausen am Fließband von 10 Minuten nach jeder Stunde

Verringerung des Tempos des Bandes

5 Minuten Waschzeit vor Schluß der Arbeitszeit und 5 Pausen, die mit dem Durchschnittsverdienst bezahlt werden

Lieferung von Kleidung bei Schmutzarbeit

Lieferung von Lebensmitteln bei Schwerarbeit

Siebenstundentag mit Lohnausgleich

Für diese Forderungen ruft der

Reichskongreß werktätiger Frauen am 22. u. 23. November

die Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren in der RGO. und überall Delegiertinnen für diesen Reichsfrauenkongreß zu wählen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Auch in der Zeitzer Ecke geht es vorwärts

Massenorganisationen schließen sich kollektiv dem Kampfbund gegen Faschismus an

A.-K. Zur öffentlichen Versammlung hatte die KPD.-Ortsgruppe Zeitz aufgerufen. Genosse Wilhelm Koenen riß den Arbeiterverrätern die Maske vom Gesicht, und mit Scham und Ekel wandten sich alle Anwesenden der stark besuchten Versammlung von diesen Wegbereitern des Faschismus ab. In längeren trefflichen Ausführungen zeigte er die gegenwärtige politische Lage und den Weg, den die revolutionäre Arbeiterschaft jetzt gehen muß, auf. Begeistert stimmten die Anwesenden seinen Ausführungen zu und gelobten weitere Arbeit zur Erreichung des großen Zieles. Die Kommunistische Partei muß und wird den verzweifelten und betrogenen Massen zeigen, daß sie die einzige Partei ist, die im Interesse des revolutionären Proletariats wirkt.

Eine Wendung wird auch hier in Zeitz in Kürze vor sich gehen. Die Frage des Faschismus muß die Arbeiterschaft sorgsam beachten. Es muß planmäßig und mit anderen Methoden als bisher an die Massen herangegangen werden. Es ist die Aufgabe einer revolutionären Partei, wie es eben die Kommunistische Partei ist, diese Massen zu erobern. Bergholz und Wolkersdörfer, ein paar interessante Figuren. Nazis und Sozis, Jacke wie Hose, alles stramme Staatserhalter und Kapitalistenknechte. Wenn wir die SPD. am Orte und im Reich nicht schlagen, so können wir auch den Faschismus nicht beseitigen. Das gilt für uns in Zeitz als wie auch für Wien, mit dem die hiesige linke SPD. so grasen geht. Mit Demokratie wollen die SPDisten den Faschismus schlagen! Mit dem Stimmzettel und Druckerschwärze verbleiben sie die Massen.

Unter der breitesten Form, in einem Kampfbund gegen Faschismus, wird die Kommunistische Partei die werktätigen Massen organisieren, und jeder Arbeiter, der ernstlich den Kampf gegen den Faschismus will, muß hinein in diesen Reihen.

Einige proletarische Massenorganisationen in Zeitz haben schon ihren Kollektiveintritt in den Kampfbund gegen Faschismus erklärt.

Genosse Kleiberg, als Stadtverordneter, berichtet dann noch über die letzten Ereignisse im hiesigen Stadtparlament. Genosse Koenen befaßte sich noch mit einem Artikel aus der „Metallarbeiter-Zeitung" vom 18. Oktober von Brandes, in dem gesagt wird, daß eine der reaktionärsten Regierungen wohl die Brüning-Regierung sei. Den Geschlagenen des 14. September stehen noch schwerere Schläge bevor, wenn sie sich im Kielwasser dieser Regierung bewegen, wenn sie nicht diese reaktionärsten aller Regierungen bekämpfen. Es ist spaltenlang. Ein infames Doppelspiel wird überall von der SPD. getrieben. Deshalb heran an die Massen und gemeinsam mit der Kommunistischen Partei das Banner der Revolution entrollt!

Achtung, Arbeitsgebiet Naumburg!

Am Sonntag, dem 16. November, 10 Uhr vormittags, findet in Naumburg im „Goldenen Hahn" die Arbeitsgebietskonferenz statt. Folgende Orte müssen unbedingt vertreten sein: Bad Kösen, Naumburg in Sachsen, Flemmingen, Roßbach, Mertendorf, Wetzdorf, Giecau, Politz, Lengefeld bei Bad Kösen.

Funktionäre, seid pflichtbewußt! Auch die Naumburger Funktionäre müssen alle erscheinen.

Der Gemeindevorsteher läßt sich pensionieren

Die Gemeinde muß zahlen

A.-K. Droyßig. Durch die reichhaltige Tagesordnung befaßte sich die letzte Gemeindevertretersitzung bis nachts ½2 Uhr mit der Erledigung dieser Angelegenheit beauftragt.

Es wurde längere Zeit über die Auffassung der Wasser- und Nordstraße verhandelt und schließlich der Gemeindevorsteher mit der Erledigung dieser Angelegenheit beauftragt.

Dem Maurer W. Schumann wird eine Bauparzelle, pro Quadratmeter zu einer Mark, zugesprochen unter der Bedingung, daß er der Gemeinde drei Wohnungen stellt. — Der Bau der Wasserleitung soll erweitert werden. Zu den Vorarbeiten werden 500 Mark bewilligt. Die Gastwirte hatten einen Antrag gestellt, für die Monate September und Oktober die Biersteuer zu erlassen. Es wurde beschlossen, für Monat September die Steuer zu erlassen und für Oktober zu stunden unter der Bedingung, daß die Bierpreise nicht erhöht werden.

Als einer der wichtigsten Punkte wurde dann noch behandelt der Antrag des Gemeindevorstehers Rönicke auf Versetzung in den Ruhestand. Es entspann sich eine Diskussion über die Regelung der Pensionsansprüche. **Rönicke hat es verstanden, durch Verschiebung der notwendigen Gemeindevorsteherwahlen sich die Pensionsberechtigung zu sichern.** Voriges Jahr hat ihn der Landrat daran erinnert, daß er Gemeindevorsteherwahlen vornehmen müsse. Nun hat er schnell den Antrag auf Pensionierung eingereicht. Er, als Rönicke noch SPD.-Mitglied war, war er für die Genossen" der beste Mann. So sichern diese Herrschaften sich ihr angenehmes Dasein. — Aber auch damit wird die Arbeiterschaft sich einmal aufräumen.

Büdo Beize

gibt dem Boden schönen Farbglanz und tritt sich nicht ab

Mansfeld-Sangerhausen

Mansfelder Bergarbeiterfrauen — Arbeiterinnen Frauen der Erwerbslosen!

Eine neue Teuerungswelle geht durch das Land. Ungeheure Massensteuern werden der werktätigen Bevölkerung durch die Hindenburg-Brüning-Regierung auferlegt. Ueberall im ganzen Lande Lohnabbau. Zu all diesen Maßnahmen sind die Sozialfaschisten und reformistischen Gewerkschaftsbonzen die willigsten Helfer. Sie helfen, alle Lasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Dadurch wollen sie den morschen kapitalistischen Staat vor dem Untergang retten. Der Schiedsspruch im Berliner Metallarbeiterkampf ist ein warnendes Beispiel. Im Kohlenbergbau laufen die Tarifverträge ab. Auch hier werden Kohlenbarone mit Hilfe der Sozialfaschisten die Hungerlöhne noch weiter abbauen, die Rationalisierung in noch verschärftem Maße durchführen.

Bei der Mansfeld A.-G. laufen Ende Dezember die Staatssubventionen ab. **Schon jetzt versucht der Generaldirektor Stahl einen neuen Lohnraub** auf die Taschen der Mansfelder Bergarbeiter vorzubereiten. Die Sozialfaschisten stehen ihm hilfreich zur Seite. Sie werden genau wie im vergangenen Mansfeld-Streik einem weiteren Lohnabbau zustimmen. Dies darf nicht geschehen. Schon jetzt steht es fest, daß seit dem letzten Lohnraub das Elend im Mansfelder Land ungeheuer gewachsen ist, daß der Lohn im Durchschnitt nicht höher ist als die höchsten Wohlfahrtsunterstützungsbeträgen. Dazu herrschen ungeheure Arbeitshetzen und Rationalisierung. Das Elend der Erwerbslosen steigert sich ebenfalls von Tag zu Tag. Unbekümmert um das Massenelend setzt die Brüning-Regierung ihren Hungerkurs fort. Durch die von Willel ausgedachte Notverordnung mit Zustimmung der SPD. wurden Zehntausenden die Unterstützung gekürzt und gekürzt. Stegerwald, der christliche Zentrumsminister, baut die schmale Krisenunterstützung weiter ab. Weit über eine Million Erwerbslose erhalten überhaupt keine Unterstützung.

Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen, hierüber müßt Ihr nachdenken, hiergegen gilt es Front zu machen, jetzt muß der Kampf organisiert werden unter Führung der RGO. und der KPD. Die Verteilung der reformistischen und sozialfaschistischen Führer muß in Angriff genommen werden.

Entsendet deshalb am Sonntag, dem 16. November, vormittags 10 Uhr, nach Eisleben, Breiter Weg 30 (Turnhalle), aus allen Orten und Betrieben Delegierte zur Frauendelegiertenkonferenz, die Stellung nehmen wird zu den bevorstehenden Wirtschaftlichen und politischen Kämpfen und zum Reichskongreß werktätiger Frauen in Berlin.

Revolutionsfeier in Wansleben

A.-K. Die Revolutionsfeier in Wansleben war gut besucht. Genosse Reinke wies auf den 13. Jahrestag der russischen Revolution hin und zeigte in eindringlichen Worten die Gegensätze zwischen der siegreichen russischen Revolution von 1917 und der von der SPD. verratenen „Revolution" von 1918 auf. Es ist die Pflicht und die große Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, in Kürze das durchzuführen, was unsere russischen Brüder schon 1917 getan haben. Um einen solchen Kampf zu führen, bedarf es einer starken Kommunistischen Partei. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin darf heute mehr beiseite stehen. Sie müssen sich einreihen in die antifaschistische Front.

Hinein in die Kommunistische Partei! Hinein in den Kampfbund gegen Faschismus!

Die erst kürzlich gebildete Agitproptruppe der Kommunistischen Jugend Wansleben zeigte einige Szenen, in welchen zur Einreihung in den Jugendverband, in die rote Front aufgefordert wurde.

Gespannt lauschten dann die Anwesenden den Ausführungen des Genossen Seidel, die einen Bericht über die Verhältnisse in Russland gab. Viele arbeitslose Kumpels von Wansleben wollen mal nach Sowjetunion. Deshalb erweckte der Rußlandbericht auch das größte Interesse aller Anwesenden. Lebhaft war die Diskussion. Zum Schluß wieder kamen die Arbeiter und Arbeiterinnen mit neuen Kampfesmut.

Am Schlusse der Veranstaltung wurden für die streikenden Zahnarzt Schamottearbeiter 3,58 Mark gesammelt.

Ferner wurden einige Delegierte zur Unterbezirks-Frauendelegiertenkonferenz am Sonntag, dem 16. September, nach Eisleben gewählt. Ein Genosse trat der KPD. bei.

Bitterfeld-Wittenberg

Einwohner von Brehna, aufgepaßt!

Am Donnerstag, dem 13. November, 19 Uhr Stadtverordnetensitzung. Zur Beratung stehen unter anderem: **Einführung der Hundesteuer, Erhöhung der Biersteuer um 100 Prozent, der Grundvermögensteuer um 95 Prozent, des kleinen Hausbesitzes um 20 Prozent. Ferner Stellungnahme zu den kommunistischen Anträgen, betreffs Nichtdurchführung der Anträge durch den Magistrat.**

Einwohner von Brehna, macht diese Stadtverordnetenversammlung zur Protestversammlung gegen Steuerraub und Brüning-Diktatur.

Der teure Gemeindevorsteher

Sorgt dafür, daß er verschwindet — Sammelt die Massen zum Kampf

A.-K. Wolfen. Er ist wieder da, der Gemeindevorsteher von Wolfen nämlich, der zwei Monate krank war. Er hatte ja schon einen Antrag auf Pensionierung eingereicht. Scheinbar will er aber noch etwas länger das volle Gehalt schlucken. Die Werktätigen von Wolfen verlangen, daß er verschwindet, und zwar ohne einen Pfennig Pension.

Der Gemeindevorsteher Schröder hat sich nun bald mit allen Gemeindevertretern schon geklagt. Der Bevölkerung gegenüber hat er immer den Herrenstandpunkt herausgekehrt. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung wurden einfach nicht von ihm akzeptiert.

Die Erwerbslosen wurden von ihm gedrückt, daß sie ein großes Lied davon singen können.

Die Hauptsache ist immer für ihn, daß seine 1100 Mark Monatsgehalt zusammenkommen.

Wie er sich dieses hohe Gehalt verschafft hat, wollen wir einmal kurz schildern. Als Schröder nach Wolfen kam, war es sein erstes, ein Bauamt einzurichten. Der dazu gehörige Baumeister mußte nach Tarif bezahlt werden und die Gruppe, nach welcher er besoldet werden mußte, war die Gruppe 10. Da nun der Gemeindevorsteher eine Gruppe höher besoldet werden muß wie der höchste der ihm unterstellten Beamten, so mußte er eben nach Gruppe 11 bezahlt werden. Die Gemeindevertreter haben das damals abgelehnt. Nachdem aber Schröder mit Klage drohte, haben SPD. und die übrigen bürgerlichen Vertreter diesem hohen Gehalt zugestimmt. Nun hat es Schröder geschafft. Wenn also heute die bürgerlichen und die SPD.-Leute gegen dieses hohe Gehalt meckern, so ist das nur Heuchelei. Die kommunistische Fraktion wird aber in allernächster Zeit einen Antrag stellen, das Gehalt des Bürgermeisters anzubauen.

Die Wahl des neuen Gemeindevorstehers muß ja auch bald vorbereitet werden. Der Regierungspräsident und der sozialdemokratische Innenminister haben durch ihre berüchtigten Erlasse angeordnet, daß kein Kommunist eine solche Funktion bekleiden soll. Durch diese Methoden trägt die sozialdemokratische Partei, in deren Auftrage die SPD.-Minister ihre arbeiterfeindliche Politik treiben, selbst dazu bei, daß die Massen zu der Erkenntnis kommen:

Nur im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung unter Führung der KPD. kann der Ausweg aus dem Elend gefunden werden.

Alle Sammellisten für den Reichskongreß werktätiger Frauen

müssen bis zum 15. November abgerechnet sein! Genossen, seid pflichtbewußt!

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin; für Politik und Beilagen: Bruno Rothe, Halle; für Lokales und Sachsen: Otto Seidel, Halle; für Kultur: Kurt Kühn, Merseburg; für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit: Fritz Lange; für Anzeigenteil:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301112-17/fragment/page=0012